

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis pr. Nummer: 10 Pf.
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne
 je oberer Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 7. September 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Chinas Zollverhältnisse.

Je mehr das Zusammenwirken der Mächte in China in die Brüche zu gehen droht, je eifriger versuchen sie durch ihre dienstwillige Presse, daß ihre Aktion nur die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d. h. ihrer Handelsinteressen bezweckt. Und doch ist, wie unklar auch sonst die ganze jetzige Lage in China sein mag, nichts sicherer, als daß die Vorgänge der letzten Monate eine schwere Schädigung des chinesischen Außenhandels zur Folge haben werden. Nicht nur insofern, als die inneren Unruhen und der neu erregte Haß auf die Handelsbeziehungen nicht ohne Rückwirkung bleiben kann, sondern noch mehr deshalb, weil China gezwungen wird, sich nach neuen Einnahmequellen umzuschauen, und die unvermeidliche Steuererhöhung in erster Linie die Einfuhrzölle auf fremde Produkte und die Zinszölle treffen wird. Die beiden sonst noch vorhandenen wichtigeren Steuern, die Grund- und die Salzsteuer, können kaum wesentlich erhöht werden, soll nicht die Masse zu neuen, gefährlicheren Aufständen gereizt werden. Jede neue Regierung, die sich auf solche „Steuerreform“ einlasse, spiele von vornherein ein verlorenes Spiel.

Die chinesischen Seezölle, deren Erhebung unter englischer Leitung steht und deren Erträge vertragsmäßig zur Deckung der Zinsen jener Anleihen dienen, die China bei fremden Bankkonforten aufgenommen hat, sind nach dem Wertverhältnis der Waren berechnet, und zwar gilt als Regel, daß der Zoll 5 Proz. vom Wert zu betragen hat. Dieser Zoll wird sowohl von eingeführten fremden, als von ausgehenden chinesischen Waren gefordert. Einheimische Artikel, die in chinesischen Fahrzeugen von einem Hafen zum andern versandt werden, sowie Waren, die von chinesischen Schuppen unter chinesischer Flagge eingebracht werden oder in solchen zur Verladung gelangen, zahlen jedoch keine Seezölle.

Zudem ist dieses Verhältnis von 5 Proz. ad valorem in dem schon aus dem Anfang der sechziger Jahre stammenden chinesischen Zolltarif nicht konsequent durchgeführt. Manche Artikel sind laut Vertrag (der preussisch-chinesische Vertrag, der später Ausdehnung auf das ganze Deutsche Reich fand, datiert vom 2. September 1861) zollfrei; andre zahlen einen niedrigeren oder höheren Zoll, als 5 Prozent vom Wert. Zudem hat die englische Zollverwaltung manchen Zollfällen eine etwas eigentümliche Auslegung angedeihen lassen. Planelle z. B. werden auch dann, wenn sie ganz oder größtenteils aus Baumwolle bestehen, nicht zu den „gefärbten Baumwollgeweben“ gezählt, sondern zu den Wollfabrikaten, als welche sie einen höheren Zoll zahlen. Dazu kommt, daß im Laufe der letzten drei, vier Jahrzehnte manche Artikel ihren Wert bedeutend verändert haben; einige sind gefallen, andre gestiegen. Ferner hat infolge der Silberwertung der Kurswert des Saitwan-Lael bedeutend abgenommen; ursprünglich galt er 6,40 M., 1890 noch 5,29, 1897 nur noch 3,03 M.

Aus diesen und noch einigen andern mehr nebensächlichen Gründen sind die Zollerträge in den letzten Jahren stetig gefallen, obgleich der Wert des chinesischen Außenhandels sich ziemlich gleich geblieben ist. Er betrug:

Jahr	der Wert des Außenhandels	die Zoll-einnahmen
1890	214 Millionen Taels	22 Millionen Taels
1891	235	23
1892	238	22
1893	288	22
1894	290	22
1895	315	21
1896	334	23
1897	366	23
1898	309	23

In diesen Einnahmen sind die Zonnengelber, Transitgebühren, Küstenabgaben, Opium-Einfuhrabgaben mit eingerechnet.

Anscheinend sind die Seezölle nur gleich geblieben, in Wirklichkeit sind sie bedeutend gefallen. Es kommt eben der Kursrückgang in Betracht. Die 22 Millionen Saitwan-Taels (genau 21 996 226) in 1890 repräsentieren nämlich einen Wert von 116 Millionen Mark, die 23 Millionen (genau 22 508 397) in 1893 nur einen solchen von ungefähr 68 Millionen Mark.

Es ist daher begreiflich, daß als 1895 China die Kosten seines Kriegs mit Japan zu bestreiten hatte und ihm Japan eine schwere Kriegsentschädigung auferlegte, es an eine Erhöhung der Seezölle dachte; doch scheiterte der Plan an dem Widerspruch Englands. Jetzt kann jedoch aller Widerspruch nichts nützen. China muß unbedingt, soll es fortbestehen, seine Einkünfte erhöhen, — die Seezölle müssen heran, vor allem die Einfuhrzölle. Aus den Ausfuhrzöllen auf die ausgehenden chinesischen Waren ist nicht viel zu gewinnen; denn die Hauptartikel der Ausfuhr, wie Seide und Thee, haben schon ohnehin schwer unter der Konkurrenz Japans und Indiens zu leiden. Speziell die Thee-Ausfuhr ist unter der wachsenden Konkurrenz Indiens und Ceylons seit 1890 bedeutend zurückgegangen. Eine einigermaßen beträchtliche Erhöhung des Thee-Ausfuhrzolls würde in einzelnen der südlichen Gegenden geradezu den Theebau ruinieren. Also bleiben nur die Einfuhrartikel, die europäischen Fabrikate, als Steuerobjekte übrig. Sie

werden, soll etwas für die Finanzen herauspringen, um das Drei- oder Vierfache erhöht werden müssen.

Welche Rückwirkung das auf den europäischen Export nach China haben wird, braucht nicht erst erörtert zu werden. Hat schon unter den bisherigen niedrigen Zöllen der Handel mit China sich im letzten Jahr nicht zu entwickeln vermocht, so dürfte sich von nun ab der chinesische Absatzmarkt als noch weit weniger aufnahmefähig erweisen. Ungerechnet in Mark betrug der chinesische Außenhandel 1890 = ungefähr 1134 Millionen Mark, 1898 nur 1107 Millionen Mark. Prächtige Aussichten!

Daneben müssen die Zinszölle heran, die in den letzten Jahren 13—16 Millionen Saitwan-Taels eingebracht haben. Sie wurden 1863 zuerst eingeführt, in den sechziger Jahren aber bedeutend erweitert, da China zur Führung der Kämpfe mit England und Frankreich, vornehmlich aber zur Niederwerfung des Taiping-Aufstands Geld brauchte. Zinszölle werden, obgleich sie oft Provinzialzölle genannt werden, nicht nur von Provinz zu Provinz erhoben; einzelne Provinzen erheben gar keine Zinszölle, in andern wird von Bezirk zu Bezirk eine Zinsabgabe gefordert. Besonders sind an den großen Flüssen und Kanälen Zinsstationen eingerichtet, an dem in den Provinzen Kiangsu und Tschekiang liegenden unteren Teil des Kaiserkanals befindet sich alle fünf, sechs Meilen eine Zinsbarriere. Außerdem wird in manchen Provinzen noch eine Bestimmungs-Zoll-Taxe (Tschui-Schui genannt) und eine Sicherheits-Abgabe (Tsching-sui) erhoben, die den Zinszöllen zugerechnet werden.

Für den Handel wäre es zweifellos am besten, wenn diese Abgaben ganz fortfielen, weil sie völlig willkürlich erhoben werden und ewige Sicherheiten verursachen. Ihre Erhebung liegt ganz in den Händen der Lokalbehörden, und diese oder vielmehr die Beamten machen, was sie wollen. Giebt der Händler nicht gute Trinkgelder, werden ihm zu hohe Gebühren abverlangt, und er muß unter allerlei Vorwänden wochenlang auf die Abfertigung warten, bis vielleicht die Ware verdorrt.

Es ist deshalb denn auch schon verschiedentlich von den kaufmännischen Korporationen gefordert worden, die Zinszölle müßten fallen. Daraus wird nun schwerlich etwas werden, im Gegenteil, sie werden erhöht werden müssen.

Das nennt man Sicherheit der Handelsinteressen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. September.

Tiefe Stille

schwebt in der chinesischen Frage zu herrschen, nachdem der erste Sturm, den die deutsche Sonderaktion entfesselte, sich gelegt hat. Sicherlich werden aber zwischen den Kabinetten der Mächte sehr lebhaft Verhandlungen gepflogen, von denen nur die Öffentlichkeit nichts erfährt. Soweit die Offizien über die Stellungnahme der Regierungen noch etwas verlautbaren, läßt dies auf die Vermutung und Hoffnung hinaus, die Einigkeit in der Behandlung der Chinafrage werde trotz des russischen Zwischenspiels nicht gestört werden. So läßt ein von der „Adm. Jg.“ wiederzugebener, „aus bester Quelle geschöpfter Pariser Bericht der offiziellen Wiener „Polit. Korresp.“ aus:

„Man müsse sich darauf gefaßt machen, daß, wenn sich auch einzelne Mächte dem Verhalten Rußlands in der Chinafrage anschließen, andre Mächte doch an der Absicht festhalten würden, ihre Truppen noch einige Zeit in Peking zu belassen. In Paris sei man aber der Ansicht, daß diese Verschiedenartigkeit nicht eine wirkliche Spaltung in Bezug auf das Wesen der Frage, sondern nur eine Meinungsverschiedenheit in Bezug auf die beste Art und Form der Lösung bedeuten würde. Der Keim eines Konflikts könnte nur in dem etwaigen Gesäße irgend einer Macht nach Gebietswerbungen in China liegen; in der allseitigen Abweisung solcher Zumutung wurzele aber die Zuversicht, daß es zu keinem ersten Gegensatz zwischen den Mächten kommen werde.“

Eine Petersburger Meldung derselben Korrespondenz stellt fest:

„daß an maßgebenden Stellen mit allem Nachdruck erklärt werde, der russischen Regierung habe bei ihren jüngsten Vorschlägen keine Absicht fernere gehen als die, irgend welche Absichten anderer Mächte zu durchkreuzen. Sie sei nur überzeugt, daß, wenn man dem chinesischen Hofe die Rückkehr nach Peking ermögliche, der chinesischen Friedenspartei die Beruhigung der Aufstandsbewegung sowie die Einleitung von Verhandlungen mit den Mächten erleichtert würde.“

Derartige Verschwiegenheitsversuche können die tiefgehenden Gegensätze unter den Mächten nicht hinwegdeuten. Rußland wünscht durch eine möglichst milde Behandlung Chinas die chinesische Friedenspartei zu stärken und die Bevölkerung zu beruhigen. Andre Mächte beharren bei der Politik der Drohungen durch Truppenvermehrungen und kriegerische Machtenhaltung. Aus diesem Gegensatz können unendlich schwere Konflikte hervordringen.

Während Rußland die in der obigen Petersburger Korrespondenz von neuem gekennzeichnete Politik der Friedfertigkeit befolgt, fährt Deutschland fort, Truppen zu entsenden. Aus Bremen wird vom 6. September gemeldet:

„Die letzten Truppentransporte treffen morgen früh zwischen 3 und 5 Uhr in Bremen ein und werden noch vormittags von Bremerhaven auf den Dampfern „Krefeld“ und „Koblenz“ des Norddeutschen Lloyd und „Valdivia“ der Hamburg-Amerika-Linie nach China eingeschifft.“

Berichte aus Peking.

Von dem zweiten Admiral des deutschen Kreuzergeschwaders ist am 6. September nachstehende Meldung eingelaufen:

Kapitän Vohl berichtet aus Peking: Die Unterhaute der Leute ist gut. Der von deutschen Mannschaften besetzte Teil der Chinesenstadt ist gereinigt worden. Verhängende Proklamationen sind erlassen.

Am 27. sind zwei Hitzschläge vorgekommen, auch haben sich beim Seebataillon einige Dysenteriefälle gezeigt. Seesoldat Berger vom Peking-Detachement ist einer Kopfverwundung erlegen.

Am 28. fand ein Durchmarsch durch den Palast statt. Einmarsch im Süden, Abmarsch im Norden, Durchmarsch durch die Empfangshallen. Die Räume machten einen schmutzigen und verwahrlosten Eindruck. Kostbarkeiten waren nicht vorhanden. Später wurde der Palast wieder geschlossen.

Am 31. meldet Vohl: Das II. Seebataillon ist in Peking eingetroffen. Ich trete nach Uebergabe der Geschäfte an Generalmajor v. Höpfer mit den sehr angestrenigten Landungstruppen den Rückmarsch nach Tientsin an. Auf den Etappenstationen und für die Wasser Verbindung wird seemannsliches Personal zurückgelassen.

Am 25. August befanden sich am Lande: Deutschland: 91 Offiziere, 3150 Mann, 6 Geschütze, 344 Pferde. England: 218 Offiziere, 6748 Mann, 25 Geschütze, 1897 Pferde. Oesterreich: 16 Offiziere, 272 Mann, 2 Geschütze, 80 Pferde. Amerika: 181 Offiziere, 5427 Mann, 17 Geschütze, 1299 Pferde. Frankreich: 102 Offiziere, 5186 Mann, 37 Geschütze, 570 Pferde. Italien: 26 Offiziere, 662 Mann (V), 1 Geschütz, 10 Pferde. Ueber Rußland ist Näheres nicht bekannt.

Paris, 6. September. Ein Telegramm des Generals Frey vom 24. August lautet: In Peking herrscht wieder Ruhe. Die Einwohner kehren wieder zurück und die Stadt fängt an wieder ihr gewöhnliches Aussehen anzunehmen. Die verbliebenen Truppen haben einen Aufklärungsdienst im Umkreise von 30 Kilometer um die Stadt eingerichtet. Diese Aufklärungsabteilungen haben keine feindlichen Truppen vorgefunden. Das Land bleibt ruhig, die Bewohner der Dörfer gehen ihren Arbeiten nach.

Expedition nach Pootungin.

Taku, 3. September. Binnen kurzem geht eine Expedition nach Pootungin, hundert Meilen westlich von Tientsin ab, welche die auf ihrem Wege liegenden Dörfer säubern soll, in denen die ersten Ausbreitungen der Pöge vorgekommen sind. Es heißt, daß chinesische Soldaten auf Befehl Li-Hung-Tschangs jetzt die Pöge in den Provinzen Hu-nan und Tschili vernichten. Die Russen beabsichtigen, die Eisenbahn bis nach Peking hin wieder in stand zu setzen.

Kämpfe in Kiangschou.

Der Gouverneur von Kiangschou meldet ab Tjingtau, den 5. September:

„Eine Patrouille von 20 Mann des III. Seebataillons unter Lieutenant v. Rettberg und Djebel ist heute bei Lantsum von 400 bis 500 Pögen angegriffen worden. Letztere erlitten einen Verlust von 30 bis 40 Toten. Wir hatten keine Verluste.“

Wir begleiten diese Meldung von Kämpfen im deutschen „Pacht“-Gebiet mit einer bemerkenswerten Aeußerung, die den in Tjingtau erscheinenden „Nachrichten aus Kiangschou“ vom 16. Juli dieses Jahres entnommen ist. „Von geschätzter Seite“ veröffentlicht das deutsche Blatt für Kiangschou eine Schilderung der damaligen Lage in der Provinz Schantung. Nach einer Darlegung der gefährlichen Situation der deutschen Vergleute in dem Grubengebiet von Waichien fährt der Verfasser fort:

Es wäre den Vergleuten, die eine harte Zeit voll Arbeit und Entbehrung hinter sich hatten und denen, die einen Teil ihres Vermögens einem Unternehmen geopfert haben, welches jetzt der Spielball chinesischer Laune ist, nicht zu verdenken, wenn sie als schuldige Ursache ihres Mißgeschicks das mangelnde Verständnis der maßgebenden Persönlichkeiten in chinesischen Verhältnissen suchen würden. Welches denkende Volk wäre so blöde, sich von Fremden die besten Brocken aus der Suppe herausfischen zu lassen, wenn nicht das Schwert dabei in die Waagschale geworfen würde! Man hatte geglaubt, daß die Chinesen keine Kraft mehr befähigen, sich zu einem gemeinsamen Gedanken zusammenzuschließen, aber man hat sich furchtbar geirrt. Der Ekel und Widerwille des Einzelnen gegen Erziehung, Sitten und Charakter der Fremden ist zu einem elementaren Ausdruck des Gemeinwillsens des chinesischen Volks geworden: „Patrioten, werft die Barbaren, die unsre heilige Kultur mit Füßen treten, unsre besten Häfen rauben und nun auch in Innern des Landes unser Eigentum an sich reißen, zurück ins Meer, woher sie gekommen sind; schlachtet die fremden Teufel hin!“ Intime Kenner des Volkscharakters haben die Bewegung vorausgesehen und vorausgesagt. Es ging ihnen, wie allen Propheten: sie wurden verlacht.“

Man muß sich nur wundern, daß es blöder in der „deutschen“ Interessensphäre“ verhältnismäßig ruhig abgegangen ist.

Im Süden.

In Kanton und Hongkong soll die Lage recht bedenklich sein. Das „Meuterei-Bureau“ meldet aus Hongkong vom 5. September:

In Kanton greift die Unordnung mehr inuner um sich. Wie gemeldet wird, wurden Läden Eingeborener, welche mit ausländischen Waren handeln, angegriffen und geplündert. Ein al-

gemeines Gefühl der Unsicherheit scheint vorzuherrschen. Es geht ferner das Gerücht von bevorstehenden Unruhen am Kaiserfest (8. September). Mehrlinge Gerüchte sind unter den Chinesen in Hongkong verbreitet.

Das Abgeordnetenhaus aufgelöst!

— Wien, 5. September.

Die Auflösung des Abgeordnetenhauses ist eine vollzogene Tatsache. Die Kundmachung des Auflösungsderets ist zwar noch nicht erfolgt, aber es unterliegt democh nicht dem geringsten Zweifel mehr, daß der Kaiser den Vorschlag der Regierung angenommen und die Auflösung bereits verfügt hat. Zu der Ueberzeugung, daß die Auflösung unvermeidlich ist, ist die Regierung durchaus nicht erst jetzt gekommen, nach dem Scheitern der letzten Verhandlungen; sondern es ist ein recht alter Plan, der nur deshalb nicht früher verwirklicht worden ist, weil der Kaiser für ihn früher nicht zu gewinnen war. Wann die Neuwahlen sein werden, ist noch nicht bestimmt. Es wird zwar erzählt, daß zwischen der Auflösung und der Ausschreibung der Wahlen ein längerer Zeitraum verstreichen werde, aber das ist gewiß nicht wahr. Wir sind überzeugt, daß alle Vorarbeiten fertig sind und daß die Neuwahlen Ende Oktober oder Anfang November stattfinden werden.

Selbst die Regierung wird sich über den Effekt ihrer That wenig Illusionen machen. Die Zusammensetzung des österreichischen Abgeordnetenhauses kann überhaupt nicht einschneidend verändert werden, sie ist durch zwei Thatsachen bedingt, die immer dasselbe Ergebnis liefern: durch die Art des Wahlrechts und durch die nationalen Verhältnisse. Soviel deutsche, soviel czechische, so viel polnische Abgeordnete — das steht schon vorweg fest. Und auch soviel Großgrundbesitzer, soviel die Handelskammern, so viel der Census — an all dem kann kein Wahlkampf etwas ändern. Gerade die unstrittigen Mandate sind für die unmittelbare politische Frage ohne Bedeutung. Der Kampf zwischen Socialdemokratie und Christlich-Socialen, der Kampf zwischen den einzelnen liberalen Parteien — das geht an der akuten Frage, der des Verhältnisses zwischen Deutschen und Czechen, gänzlich vorbei. Worauf die Regierung zu rechnen scheint, daß die nationalen Abgeordneten infolge der Neuwahl befremdeter und der vernünftigen Erwägung zugänglicher werden können: das ist gleichfalls ausgeschlossen. Der Wahlkampf wird die nationale Leidenschaft nicht mindern, sondern steigern. Der „Radikalismus“, der Eroberungen machen wird, wird nicht der politische sein, derjenige, der die sozialen und politischen Momente betont, sondern der nationale, das heißt die verrückten Chauvinisten werden an manchen Punkten durch noch verrücktere Ueber-Chauvinisten ersetzt werden. Die Neuwahlen werden die Dinge nicht in das Geleise bringen, sondern das Geleise demokratisieren. Es sind, das kann ruhig vorausgesetzt werden, die letzten Wahlen in dem Parlament, was auf dem Privilegienwahlrecht beruht. Ihr Ergebnis wird diesen unmöglichen Parlamentarismus endgültig ad absurdum führen. Man kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß dieses Ergebnis sogar angestrebt wird. Man braucht noch einen Beweis, daß ein solches Parlament unmöglich ist — die Wahlen werden ihn liefern.

Es wird wohl der schwerste Wahlkampf werden, den je eine socialdemokratische Partei geführt hat, der nun der österreichischen Socialdemokratie als Aufgabe zugewiesen ist. Die Socialdemokratie verlor die Vernunft, in Oesterreich herrscht aber der Raub. Gegenüber dem alle Dämme niederreißenden nationalen Chauvinismus die nächste Besonnenheit zu vertreten, ist also keine dankbare Stellung. Dazu kommt das Indirekte, in der Hälfte der Staaten mündliche Wahlrecht, das die abhängigen Schichten in der härtesten Weise trifft, kommt die politische Sterilität der letzten Jahre, die naturgemäß die Energie mindert, kommt mit einem Wort der unglückliche politische Zustand dieses verfluchten Oesterreich. Es wird der Einsetzung aller Kräfte bedürfen, um aus dem unter den allerungünstigsten Umständen ausgezwungenen Kampfe mit Ehren hervorzugehen. Daß die Partei nicht verabsäumen wird, die volle Spannkraft auszulösen, daß sie ihre Pflicht in vollem Umfange erfüllen wird: das unterliegt natürlich keinem Zweifel, und das ist die Hoffnung, womit sie in den Wahlkampf zieht. Harte Arbeit wird gethan werden müssen, aber sie wird gethan werden.

Das „Freidenkblatt“ meldet: Ministerpräsident Dr. v. Körber wurde gestern vom Kaiser in längerer besonderer Audienz empfangen. Eine Entscheidung in der inneren politischen Lage ist bis her nicht bekannt geworden.

Deutsches Reich.

Die Hunniferung. Blätter unserer Partei hatten aus einem Soldatenbrief von Tsingtau citirt, in dem der Schreiber erzählt, daß in den Kämpfen bei Tientsin von den deutschen und russischen Soldaten auch Frauen und Kinder niedergestochen und totgeschossen seien. Die „Köln. Ztg.“ belehrt uns, wir sollten nachsichtiger sein und nicht alles glauben, was die blutrünstige Phantasie und geschmacklose Renommisterei eines Soldaten unserer Seebataillon aufträgt; unsre Soldaten wollten bloß „eine wilde Geschichte aufsuchen, um sich interessant zu machen und im Lichte eines ganz entsehligen Kriegsmanns zu erscheinen.“

Wir wünschten, die „Köln. Ztg.“ hätte recht. Wir können aber keinen deutschen Soldaten für so verwegend erachten, daß er glaubt, sich durch erfundenes Niederstehen von hilflosen Frauen und Kindern in den Ruf eines „entsehligen Kriegsmanns“ zu bringen. Da dürfte er sicherlich andersartige Thaten erzählen. Wir fürchten daher, daß die Mitteilung des Briefes nur allzu richtig ist.

Wenn die „Köln. Ztg.“ zur Vorsicht bei der Aufnahme zweifelhafter Kriegserzählungen mahnt, so ist diese Mahnung am wenigsten angebracht gegenüber den Blättern unserer Partei, die sehr zurückhaltend in der Wiedergabe von Nachrichten sind, über die eine Kontrolle unmöglich ist. Beherzigendwert wäre die Mahnung dagegen für die Mehrzahl der bürgerlichen Blätter und nicht zum wenigsten für die mahnende „Köln. Zeitung“ selbst, die tagtäglich zur Förderung der patriotischen Chinanut die tollsten Erfindungen von chinesischen Grausamkeiten austreut.

Zur Frage der Berginspektion.

Unser O. H.-Mitarbeiter schreibt uns: Daß unsre Konstatierung des „Blastos“ der lärmend angekündigten Preussischen Berginspektions-Reform“ verächtliche Kostgänger des Werdens Replikensfonds in Richtung setzen würde, wußten wir; deshalb überraschte uns der von einer Berliner Korrespondenz unternommene Versuch, die „Reform“ herauszubauen, nicht. Es verlohnt sich aber wirklich nicht der Mühe, dem verlegenen Gestammel des Verteidigers unsrer Grubeninspektoren ausführlich zu antworten.

Nur das sei ihm gesagt: Als wir im Vorjahre die bergleichen Unfallstatistik aus dem deutschen Bergbau veröffentlichten und auf die enorm gestiegene Unfallziffer gebührend hinwiesen, da belehrte uns ein gutentlohnter Offizious, daß es nicht angängig sei, die Opfer der Massenunfälle ohne weiteres mit in die Unfallziffer einzuzählen, da nur die normale Zahl der Unfälle, d. h. exklusive Opfer der Massenunfälle, Anspruch auf wissenschaftlichen Wert hätte. Wir haben dieses Argument schon vorjährig als richtig anerkannt und uns vertrotet auf die kommende „normale Unfallziffer.“ Für das Jahr 1899 sind wir dem Rat des Bergvertheidigers gefolgt, haben die normale Unfallzahl in Betracht gezogen und

konnten so eine Steigerung der tödlichen Unfälle von 1,98 auf 2,00 pro 1000 Beschäftigte feststellen. Aber jetzt kommt unser Kritiker her und versucht uns der — Fälschung zu zeihen, weil wir die Opfer der Massenunfälle außer Acht ließen. Man sieht: bald ist's ein Kater, bald ist's eine Katze, je nachdem wie man's triff.

Worauf es ankommt, daß die alleinige Steigerung der Unfälle in den Revieren, wo die Preussischen „Einspahrer“ in Thätigkeit waren, und zwar schon monatelang! Ein Blick auf die Statistik lehrt, daß sogar in den Monaten Juli—Dezember 1899), in denen die „Einspahrer“ ja auch nach dem Zustand der Bergbauinspektoren funktionierten, die Zahl der Unfälle unauffällig sank — dort, wo die „Einspahrer“ nicht wirkten, haben wir weniger Unfälle zu beklagen!

Was soll die Rederei von der „Kommission zur Untersuchung der Ursachen des Stein- und Kohlenfalls“? Dürfen wir denn etwa annehmen, währenddem diese famose Kommission noch tagt, würde alles laufen lassen, wie es wolle, und keine Anstalten zur Verhütung des Stein- und Kohlenfalls gemacht? Aber es sieht doch fest, daß die „Einspahrer“ eigens zur Verhütung der freilich ausschlaggebenden Unfälle beim Stein- und Kohlenfall ange stellt sind! Und gerade diese Unfälle sind gestiegen, während die Gesamtzahl sank!

Unterlasse man doch die Mohrentänze! Es wird der Skandal dadurch noch schlimmer gemacht. Allerdings schrieben wir den Artikel in Nr. 203 d. Ztg., um die sogenannte „Reform“ der Berginspektion an den Pranger zu stellen und für wirkliche Reformen, für wirkliche Grubencontroleure zu plädieren. Uns ist es nämlich noch lange nicht einerlei, ob Tausende von Bergarbeitern mehr oder weniger passieren. Uns ist das Leben eines Arbeiters genau so viel wert, wie das eines Fürsten, um deswillen großartige „Anarchistenkongresse“ inszeniert werden.

Wierzig Pfennig pro Kopf veranlaßt bekanntlich die Anstellungs-Kommission für die Ernennung ihrer Arbeiter. An dem lucralischen Küchenzettel der Kommission ist dann auch von der Unternehmerpresse, zur Wahrung des Scheins der Arbeiterfreundlichkeit, scharfe Kritik geübt worden. Diese pharisäische Kritik erfährt eine Gegenkritik durch eine Zuschrift an die „Germania“, in der der zahlenmäßige Nachweis geführt wurde, daß ein Industriearbeiter mit einem Tagelohn von 3,50 M. und einer fünfköpfigen Familie noch nicht einmal 40 Pf. für Nahrungsmittel pro Kopf seiner Familie ausgeben könne, daß also das Schlotjunkerthum eigentlich keine Ursache habe, in Entrüstung über die Anstellungs-Kommission, für die übrigens der Eindecker durch keine lange Brechen zu wollen erklärte, zu machen. Wir nahmen von dieser Zuschrift Notiz mit der Anerkennung, daß nicht nur das Pharisäertum der Industriellen im vorliegenden konkreten Falle, sondern auch das Geschrei derselben über die Begehrlichkeit der Industriearbeiter eine treffende Abfertigung erfährt. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ fühlte sich dadurch begreiflicherweise getroffen und wirft uns dreifache Gedanklosigkeit vor.

Es sei, bemerkt sie, ganz davon abgesehen, daß in Arbeiterfamilien doch auch häufig die Frau und die erwachsenen Kinder verdienen und daß die Löhne für sehr zahlreiche Betriebe in der Rechnung des „Vorwärts“ um die Hälfte bis zwei Drittel zu niedrig angegeben sind; es sei vielmehr nur auf den Hauptunterschied hingewiesen, der den trefflichen Vertretern der roten und der schwarzen Internationale nicht einzuleuchten scheint. Bei dem „Küchenzettel“ handelt es sich nicht um die Auslegung von 40 Pf. pro Kopf einer Familie, sondern um die Auswertung dieser Summe pro Kopf des schwer arbeitenden ländlichen Arbeiters.

Diese erregte Entgegnung ändert nichts an der Wichtigkeit der von uns aus der „Germania“ übernommenen Berechnung. 3,50 M. pro Tag ist als Durchschnittslohn eines Industriearbeiters eher zu hoch, als zu niedrig gegriffen. Da der Verdienst der Arbeiter erst nach dem zurückgelegten 14. Jahre in Frage kommt, und die Frau nur unter Gefahr völliger Verwahrlosung ihrer Kinder und ihrer Hauslichkeit mitverdienen kann, bleibt die Thatsache bestehen, daß ein sehr großer Teil der Industriearbeiter pro Kopf seiner Familie noch nicht einmal 40 Pfennige für Beschaffung der Nahrungsmittel rechnen kann. Daß unter den fünf Köpfen sich drei Kinder befinden, konnte natürlich auch von uns nicht übersehen werden. Aber auch mit Berücksichtigung dieses Umstands erschien uns die Ernährungsweise der Arbeiterfamilie eine unerhörte niedrige. Bekreitet dies das rheinische Schlotjunkerorgan? Leugnet es mit dreifacher Stirn etwa, daß die notwendige Folge einer solchen Lebenshaltung eine bellagenswerte Unterernährung sein muß? Kann die Fabrikantengattin ihrem Säugling etwa für 40 Pfennige eine Amme halten?

Uebrigens nimmt das rheinische Schlotjunkerorgan in edler Unternehmerrsolidarität die Anstellungs-Kommission bereits insoweit in Schutz, als es betont, daß die Anstellungs-Kommission infolge ihrer Engherg-Einkäufe für ihre 40 Pfennig entsprechende mehr liefern könne. Das Blatt hat augenscheinlich den Küchenzettel der Kommission vergessen, der sich nur unwesentlich — und dann nicht einmal immer zu seinen Gunsten — von dem in Buchhäusern üblichen „Küchenzettel“ unterscheidet!

Im Gothaer Lande sind die Wahlmännerwahlen jetzt im vollen Gange. Die Wahlbeteiligung ist allenthalben außerordentlich reg. Soweit bis jetzt gewählt worden ist, haben wir unser Bestreben an Wahlmännern nicht nur mit erdrückenden Mehrheiten erhalten, sondern auch neue Orte hinzugewonnen.

Ende dieser Woche entscheiden sich eine Anzahl Wahlkreise, bei welchen wir beteiligt sind.

Das Saale Land mit Ausnahme der Dörfer um Gotha herum (Wahlkreis 104) wählt agrarisch, Land und Waldorte südlich von Gotha meist socialistisch. Am heftigsten wird gestritten werden um die vier Stadtbezirke, von denen die Socialdemokraten bei den letzten allgemeinen Wahlen zwei eroberten.

Das bedrückteste Bündnis zwischen der konservativ-antifemilischen Mittelstandspartei und den Freisinn-Liberalen ohne Freisinn und ohne Liberalismus ist nicht zu stande gekommen. Jede dieser Parteien wird daher eigene Kandidaten aufstellen. An den „Freisinnigen“ liegt es nicht, daß das Wahlbündnis gescheitert ist, denn in ihrer Hölleangst vor den Socialdemokraten haben sie sich rechtlich dorum bemüht. Offenbar haben ihnen die Konservativen die Luft ganz abschneiden wollen und das wollen sie wohl doch selbst die Freisinnigen unter gothaischer Couleur noch nicht gefallen lassen.

Unse Parteigenossen gehen mit den besten Hoffnungen in den Wahlkampf.

Brutalitäten gegen Deutsche in Transvaal.

Beim Berliner Auswärtigen Amt gehen zahlreiche Beschwerden deutscher Reichsangehöriger ein gegen die brutale Behandlung, die sie in Transvaal durch die Engländer haben erdulden müssen. Deutsche, die lange Jahre in Pretoria oder Johannesburg ihrem Beruf nachgegangen sind, wurden — so wird mitgeteilt — ohne jeden Grund aus ihren Stellungen gerissen und zwangsweise aus dem Lande geschafft. So schildert z. B. ein sachlicher Staatsangehöriger Namens Jaumid seine Erlebnisse folgendermaßen:

„Nach dem Einzuge des Lord Roberts in Johannesburg erließ er eine Proklamation und verbot in derselben, daß alle diejenigen, welche die Waffen abliefern und einen Neutralitätseid leisten würden, in Johannesburg unangefochten bleiben und volle Freiheit genießen sollten. In welcher Weise das Versprechen des englischen Oberbefehlshabers gehandhabt wurde, ergiebt sich nun aus folgender Thatsache: In der Nacht zum 13. Juli und am folgenden Tage wurden Verhaftungen im großen Stil vorgenommen. Alles was „Mann“ hieß, wurde auf den Straßen aufgegriffen, viele wurden in ihren Wohnungen aus dem Schlaf gerissen und zur Polizei-Office geführt. Auch ich gehörte zu diesen Opfern eich englischer Hoheit. Wir waren nur mit den notwendigen Kleidungsstücken angethan, viele trugen im Augenblick ihrer Verhaftung keinerlei Geldmittel bei sich. Bald wurde uns klar, auf welche Weise man mit uns zu verfahren gedachte.

Unter starker Bedeckung wurden wir nach der Johannesburger Festung gebracht, woselbst wir je 9 Mann in einer Zelle von kaum 10—12 Fuß Durchmesser Unterkunft fanden. Unse Witten, von unfern Freunden und Angehörigen Abschied nehmen zu dürfen, wurden mit höhnischen Bemerkungen beantwortet. Sonntag um 2 Uhr nachmittags wurden wir, abermals unter starker Bedeckung, auf den Bahnhof gebracht, wo die Angehörigen in schlimmer Vorahnung des uns bevorstehenden Schicksals die ganze Nacht und den Sonntagvormittag bereits auf uns gewartet hatten. Als wir in Trupps von 90 Mann amarrschiert kamen, schämten sich hohe englische Offiziere nicht, Moment-Photographien von uns abzunehmen. Der beschrieb das Behlagen der Frauen und Kinder, als sie von ihren Gatten und Vätern Abschied nehmen wollten und von den englischen Soldaten mit Kolbenstößen zurückgetrieben wurden. Zu je 30 Mann wurden wir in offene Viehwagen verladen. Unse Kost während der vierstägigen Eisenbahnfahrt bestand aus fast völlig faulem Corned Beef und schlechtem Zwieback. In East-London angelangt, wurden wir in eine Schute geladen, in der wir paar hundert Mann wie Heringe zusammengepackt wurden. Dieses Fahrzeug überführte uns zu dem englischen Kriegsschiff „Hawarden Castle“, welches sofort, nachdem wir an Bord gegangen waren, die Ankreise antrat. Durch die lange Reise bei ungenügender Kost waren wir mehr tot als lebendig. Auch jetzt noch wurden wir fortgesetzt in Ungezißtheit darüber gehalten, wohin wir gebracht werden sollten und warum man uns in dieser Weise aus dem Lande geschafft hatte. Am 21. kamen wir nach Simonstown, wo wir uns an das deutsche Konsulat wandten mit der Bitte, uns durch den Gouverneur der Kapkolonie wissen zu lassen, welches die Gründe dieses beispiellosen Gewaltakts seien. Wir erhielten jedoch keinerlei Antwort und es gelang nur, zu veranlassen, daß uns zu unfern Wählzeiten wenigstens Messer, Gabel und Löffel gereicht wurden. Unse Bitte an den Kapitän des Schiffes, uns menschlicher Kost zuzulassen, wurde mit einem Hinweis an den Ober-Steward beantwortet, der uns jedoch sagen ließ, wenn es nach ihm ginge, belämen wir nur Dr... zu treffen. Viel bessere Kost hat es denn auch nicht gegeben, und die Krankheiten auf dem Schiffe waren die Folge einer so brutalen Behandlung und gesundheitsschädlichen Kost. — Am 23. Juli langten wir in Bliffingen an, wo wir an Land gebracht wurden. Oesterreicher, Russen und Italiener weigerten sich, in Bliffingen das Schiff zu verlassen und wurden infolgedessen nach London mitgenommen. Bemerkenswert ist nur noch die kennzeichnende Thatsache, daß man sich infolge energischer Aufstehens des französischen Konsuls wohl gehütet hatte, den französischen Staatsangehörigen auch nur das mindeste zu leide zu thun. Bei meiner Rückkehr nach der Heimat mußte ich ferner feststellen, daß schon seit zwei Jahren meine an deutsche Freunde gerichteten Briefe bei ihrer Beförderung durch englische Schiffe geöffnet und ihr Inhalt einer Art Censur unterworfen worden war. Stellen dieser Briefe welche sich auf englische Politik in Südafrika bezogen, waren aus den Briefen herausgerissen und dieselben sodann wieder geschlossen worden.

Es ist Sache des Answärtigen Amtes, diese Beschwerden sorgsamst zu prüfen und sofern sich die Verrechtigung herausstellt, vollen Schadenersatz von der englischen Regierung zu fordern.

Europäische Kultur in China.

Ueber schlimme Scenen, welche der Rückeroberung von Tientsin folgten, berichtet die jetzt hier eingetroffene Nummer des „Ost. Lloyd“ vom 27. Juli: Nach der Einnahme der Chinesenstadt Tientsin, die von mehr als einer Million Menschen bewohnt war, gestaketen die Franzosen, Engländer, Amerikaner und Russen ihren Soldaten offiziell, einen halben Tag zu plündern. Es darf besonders hervorgehoben werden, daß an der dann sich entspinnenden Plünderung sich kein deutscher Soldat beteiligt hat. Was für einen Umfang diese aber angenommen hat, davon macht man sich kaum einen Begriff. Tagelang wurde nicht nur die Chinesenstadt geplündert, sondern auch jedes Haus in der Europäerstadt. Das schlimmste aber ist, daß an dem schamlosen und barbarischen Treiben, das sich nun entwickelte, auch eine ganze Reihe von Zivilisten teilgenommen haben und unter ihnen auch Mitglieder der sogenannten besten Gesellschaft Tientsins. Die mündlichen Berichte wiederzugeben, die von Augenzeugen hierher gebracht sind, stäubt sich die Feder. Wie es aber in Tientsin zugegangen ist, davon erhält man einen Begriff aus den folgenden Schreibern, die dem „Ost. Lloyd“ von befreundeter Seite zur Verfügung gestellt worden sind:

Tientsin, 16. Juli. Sofort nach Besetzung der Chinesenstadt sah man Leute, die während des Bombardements nur in den tiefsten Kellern zu finden gewesen waren, dorthin ziehen und schwer beladen mit Beute aller Art, namentlich aber Silber-Spyees heimkommen. Die Freude dauerte indessen nicht lange. Bald, der englische Oberkommandierende in der Stadt, nahm den Plünderern alles schnellstens wieder ab. Keiner von ihnen hatte auch nur eine Hand gerührt in Zeiten, als die Lage für uns alle recht gefährlich war; das hinderte sie aber nicht, sich an der Plünderung zu beteiligen und dabei gründliche Beute zu machen. Alles ihnen wieder abgenommene Geld und Silber fällt dem Kriegsfonds zu. Thüren und Thore wurden besetzt und gründliche Hausdurchsuchung vorgenommen. Am meisten enttäuscht war ein englischer Berichterstatter, der sich Spyees im Werte von 28 000 Taeln mühsam herbeigeschleppt hatte. Heute tritt in dieser Sache ein Kriegsgericht zusammen. Es brennt rings umher, wohin man auch sein Auge wendet. Auch ein Teil der Chinesenstadt steht bereits in Flammen. Die Luft ist ganz entsehlig. In der ganz enormen Hitze kommen noch die üblen Gerüche der Leiden und des Feuers. In unsem Bureau sieht es nicht aus. Ich kann kein Cafe öffnen, da alle Griffe abgehoben und die Cafes selbst umgeworfen sind. Die sämtlichen deutschen, in der französischen Niederlassung ansässigen Firmen haben nach Midsprache mit dem deutschen Konsul durch ihn ein Schreiben an den französischen Generalkonsul gerichtet, in dem sie Schadenersatz beanspruchen.

17. Juli. Ich schrieb Ihnen gestern morgen und muß Ihnen heute die traurige Mitteilung machen, daß inzwischen unser ganzes Haus vollständig von den russischen und französischen Soldaten ausgeraubt und alles Mobiliar gewaltig demolirt worden ist. Alle Safes sind ebenfalls erbrochen und ich bin jetzt bemüht, wenigstens meine Wäcker zu retten. Vom französischen Konsul war keine Hilfe zu erlangen, und der deutsche und der russische konnten nichts machen. Konsul Dr. Zimmermann hat sich aber die zerstörten Plätze angesehen und ist dann persönlich zu Comte du Chahard gegangen, der ihm versicherte, daß die Ansprüche der deutschen Firmen, falls sie von ihm (dem deutschen Konsul) gegenzeichnet würden, genau in derselben Weise von du Chahard bei seiner Regierung vertreten werden würden, als kämen sie von französischen Firmen.

Ausland.

Schweiz.

Bern, 4. September. (W. Ver.) Daß auch in der Demokratie nur dann jede Klasse wie jede Partei zu ihrem Recht kommt, wenn sie sich rührt, lehrt jeder neue Vorgang. Die mit so großem Erfolg verfolgte Parole der deutschen Agrarier: „Schreiben wir!“ wird ungehört auch in der Demokratie praktiziert. Besonders bersehlend dies die bürgerlichen Klassen und Parteien, die im Weich der wirtschaftlichen und politischen Macht sind und denen entsprechende Organisationen zur Seite stehen, sowie eine weitverbreitete Presse, die alles beherrscht. Wenn nun da einmal eine Gruppe am staatlichen Futtertrog oder sonstwo zu kurz kommt, so schreit sie und rächt wird sie befriedigt. Leider aber sind die Arbeiter noch nicht so weit, sie lassen die „Herren“ machen, die ja alles viel besser verstehen, wie sie und die daher schon alles zum Besten ge-

halten werden. Ihre paar einsichtsvollen Genossen und Führer gleichen unter diesen Umständen noch immer den Predigern in der Wüste, die Wüste bleibt träge und ist zufrieden mit Brot und Spiel.

Zu diesen leinsten ammutigen Betrachtungen regen die Wahlen an, die in den letzten Wochen von den 25 Kantonsregierungen und vom Bundesrat in die Kreis-Eisenbahnrate der künftigen Bundesbahnen getroffen wurden. Man wählte da Regierungs-, National-, Stände- und andre Räte, Fabrikanten, Kaufleute, Grobhaner — aber Arbeiter oder Arbeiter-Vertreter wurden nicht gewählt. Die andern Interessengruppen haben sich geföhrt, sie haben geföhrt und sie wurden bestrebt. In den Augen der Arbeiter war aber dies nur etwas für die „Herren“, die träge Masse rühete sich nicht und sie erhielt auch nichts. So wird eben auch in der Demokratie die zahlreichste Arbeiterklasse als eine quantitativ neblige behandelt und mit Recht bemerkt dazu das Züricher „Volkrecht“: „Diese der Demokratie leinsten zur Ehre gereichenden Vorgänge zeigen den Arbeitern neuerdings, daß sie im Staatsleben noch immer eine Null sind und daß sie noch gar keine politische oder wirtschaftliche Macht besitzen. Sie könnten aber im Besitze einer entsprechenden Machtstellung sein, wenn sie ihren Stimmzettel zweck- und zielbewußt benutzen und mächtige Organisationen bilden würden. So lange dies nicht geschieht, werden die Arbeiter immer wieder misachtet und hinter allen andern Bevölkerungsklassen zurückgesetzt werden.“

Der Gemeinderat der Stadt Bern beantragt bei dem Stadtrat (Stadtverordneten), an die von den Gewerkschaften der Schuhmacher und Schneider geplante Errichtung von Betriebswerkstätten 50 Proz. der Anschaffungs- und Einrichtungskosten zu leisten, sowie den Mietzins zu tragen mit 1000 Franken für die Schneider, Bedienung dieser sehr schätzbaren Subventionen ist die Verteilung von je 20 Arbeitern an jedem der beiden Gewerbe und die Oberaufsicht des Gemeinderats über diese Werkstätten. Stimmt diesem Antrage der Stadtrat zu, was zu erwarten steht und finden sich die verlassenen 40 Arbeiter, so haben wir hier ein Bild erfolgreichen Kampfes gegen die Heimarbeit für das Kleingewerbe, das in den Städten gesundheitlich befriedigende Werkstätten kaum noch zu beschaffen vermag, und ein praktisches Bild kommunaler Sozialpolitik.

Italien.

Korruption der herrschenden Klassen. Gegen den ehemaligen Abgeordneten des Kreises Campagna, Michael Donavoglia, schwärzt ein Prozeß der großen Dimensionen annehmen wird. Es handelt sich nicht bloß um Fälschungen und Betrugsereien in Salerno und Messina, sondern um eine ganze Reihe Gattereien, welche in andern Städten begangen worden sind. Eine zahlreiche Verbrechen-Gesellschaft hat da zusammengewirkt — Advokaten, Bucherer in Gloghandlungen und gewöhnliche Diebstahler, endlich Dürren. Aus einem Prozeß werden unverhofft deren hiebzehn. Die Untersuchung dürfte ziemlich lange dauern, zumal ein sehr eleganter Raubritter sowie einige weitere Individuen in Sizilien sind und deren Auslieferung verlangt werden muß. Wahrscheinlich wird gegen Donavoglia noch eine neue Anklage erhoben: er soll falsche Notizen der Bank von Neapel in Zirkulation gesetzt haben.

Niederlande.

Zum Schluß der „Friedenskonferenz“ ist noch nachzutragen, daß nicht einmal alle Protokolle von den Mächten unterzeichnet worden sind. Das erste Protokoll, die friedliche Schlichtung internationaler Streitpunkte, ist von sämtlichen europäischen Staaten, mit einziger Ausnahme von Spanien, unterzeichnet worden; das zweite, die Uebereinkunft hinsichtlich der Gewerbe und Gewerbe der Landwirte, ebenfalls von allen größeren Mächten, ebenso das dritte, die Anwendung der Grundzüge der Genfer Konvention von 1864, auf die Seekriege (mit Ausnahme des 10. Artikels). Dagegen hat Großbritannien das vierte, fünfte und sechste Protokoll nicht unterzeichnet, und es mag daran erinnert werden, daß Nr. 4 die Erklärung enthält, wodurch es verboten sein soll, explosiblere und andere deraartige Stoffe aus Luftballons herabzuwerfen, während Nr. 5 die Anwendung von Projektilen verbietet, die ausschließlich den Zweck haben, erschießende oder giftige Gase zu verbreiten und Nr. 6 die Anwendung von Geschossen verbietet, die sich im menschlichen Körper ausdehnen oder glatt gedrückt werden.

Norwegen.

Christiana, 6. September. Nach den bis gestern vorgenommenen Wahlmännerwahlen zum Storting wird die Partei der Linken 12 Sitze gewinnen und 6 verlieren. Die Partei der Rechten gewinnt 6 und verliert 12 Sitze. Hiernach hat die Linke bisher 57, die Rechte 16 Sitze. Zu 41 Sitzen stehen die Wahlmännerwahlen noch an.

Afrika.

Boerenkrieg.

Nach englischen Meldungen ist der Krieg so gut wie beendet. „Daily News“ melden aus Portenjo Maraudes vom 4. d. M., es seien dort 31 Kisten mit Gold in Waren eingetroffen, welche der Regierung von Transvaal gehörten. Kräger werde wahrscheinlich das Land über Incomati verlassen, in dessen Nähe zwei Schlepper auf dem Fluß bereit lägen, um ihn nach einem Schiff zu bringen, welches ihn an der Mündung des Flusses erwartete.

Eine andre Londoner Meldung sagt: Die Lage der Boeren soll verzweifelt sein. Buller vollendet seine Vorbereitungen für den Angriff auf die Boerenstellung, die stärker ist, als die bei Paarlitz oder Katkangafel gewesen ist. Hamiltons Huetskolonne ist zu ihm gestoßen; man erwartet, De Wet werde an der Entscheidungsschlacht teilnehmen.

Wahrscheinlich trümpfert John Bull auch diesmal zu früh.

Amerika.

Gegen den Imperialismus.

Wir zitieren bereits die in Indianapolis gehaltene Rede des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Bryan, der den Wahlkampf gegen Mac Kinley unter der Losung: „Gegen den Imperialismus“ führt. Der „Freiheits-Kongreß der Anti-Imperialisten“ hat seine Beratungen in einen Beschluß zusammengefaßt, in dem er sich folgendermaßen gegen die Politik Mac Kinleys lehrt:

„Dieser Freiheits-Kongreß erkennt in der gegenwärtigen Lage eine große nationale Krise, welche die Republik bedroht, von deren Zukunft in so hohem Grade die Freiheitshoffnungen der ganzen Welt abhängen. Zum erstenmal in der Geschichte des Landes hat ein Präsident es gewagt, ein fremdes Volk zu unterjochen und es mit despotischer Strenge zu regieren. Er hat den Schutz der Flagge über Vielweiderei und Sklaverei auf den Südpazifik Inseln gebreitet. Er hat sich das Recht angemacht, den Bewohnern der Philippinen eine Regierung ohne deren Zustimmung aufzuzwingen und hat ihnen Steuern auferlegt, ohne ihre Vertreter zu hören. Er fährt mit ihnen einen Krieg, weil sie dieselben Rechte beanspruchen, für welche einst unsere Väter gekämpft, und er beansprucht für sich und den Kongreß das Recht, die Gebiete ohne jede konstitutionelle Schranke zu regieren.“

Bryans Erwählung wurde mit folgenden Worten empfohlen: „Wir sind fest überzeugt von Herrn Bryans Aufrichtigkeit und glauben an seinen Entschluß, den Philippinen ihre Unabhängigkeit zu geben. Seine Stellung und die in der demokratischen Plattform diesbezüglich dargebrachten Grundsätze finden unsere volle Billigung.“

Partei-Nachrichten.

Zur Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen nahmen in den letzten Tagen noch verschiedene Kreise Stellung. Es sprachen sich für die Beteiligung aus: Die Kreisorganisation für Wiefeld-Wiedenbrück, der Kreis Dortmund,

Hörde, der Kreis Köln-Land, der 19. sächsische und der 8. Schleswig-holsteinische Kreis.

Der Wahlkreis Halberstadt-Aschersleben sprach sich unbedingt gegen die Beteiligung aus; im 18. sächsischen Kreise wünscht man gleichfalls, daß der Parteitag die Beteiligung ablehnt, sollte er jedoch das nicht, dann soll es jedem Wahlkreis überlassen bleiben, was er thut.

Andere Kreise begünstigen sich mit der Diskussion der Frage, ohne bestimmte Beschlüsse zu fassen.

Partei-Organisation. Die Parteigenossen im Wahlkreis Dortmund-Hörde beschloßen die Einführung einer einheitlichen Legitimationskarte und Culturmärkte für den ganzen Kreis. In einer weitergehenden Forderung der Kreisorganisation konnte man sich noch nicht entschließen.

Die Kreisorganisation des Kreises Zeit-Weisensfeld beschloß, vom 1. Januar ab das Vertrauensmänner-System anzuhängen und die Leitung aller Parteianglegenheiten den örtlichen Parteiverbänden zu übertragen, die unter einem Hauptort centralisiert werden.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Organisation wurde berichtet, daß im ganzen Kreise 400 Genossen den politischen Organisationen angehören, während die gewerkschaftlichen Organisationen im Kreise 5800 Mitglieder zählen. Trotzdem konnte der Vertrauensmann über eine Neumehrung von 3354 M. berichten.

Die Arbeiter-Zeitung in Halberstadt wird, nach einem Beschlusse der dortigen Parteigenossen, vom 1. Oktober an täglich erscheinen und zum Preise von 2,25 M. pro Quartal abgegeben werden.

Eine eigenartige Ehrung unseres verstorbenen Genossen Liebnicht hat der Allgemeine Arbeiterverein in Genf, dessen Präsident Liebnicht im Jahre 1849 war, diesem zugedacht. Er überreichte uns zur Liebergabe an die Familie einen prächtigen Kranz von Edelweiß, die von den Mitgliedern selbst gepflückt worden sind.

Zu dem Artikel in Nr. 205 des „Vorwärts“, 1. Beilage: „Zur Organisation der Partei“ muß zur Klarstellung noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß er schon seit mehreren Wochen in unseren Händen war, daß aber infolge besonderer Umstände die Veröffentlichung bis jetzt hinausgeschoben wurde.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Die anhaltischen Polizeibehörden** sind wieder einmal vom Ober-Landesgericht in Raumburg befehrt worden, daß ihre Praxis in Handhabung des Versammlungsgesetzes durchaus unzulässig ist und diese Belegung trifft zugleich auch das Schöffengericht in Harzgerode.

Parteigenossen in Anhalt hatten eine Versammlung angezeigt, die Kreisdirection in Ballenstedt hatte aber die Anzeigebefreiung verweigert, weil in der Anzeige der Referent nicht angegeben war. Das anhaltische Gesetz verlangt nur Angabe des Zwecks der Versammlung.

Als die Genossen die gefehrmäßig angezeigte Versammlung auch ohne Befreiung abzuhalten versuchten, wurde die Versammlung aufgelöst und die Veranstalter wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz unter Anklage gestellt. Das Schöffengericht verurteilte sie dem Antrage gemäß, indem es ausführte, das Gericht habe nicht nachzuprüfen, ob die Anzeigebefreiung rechtmäßig oder unrechtmäßig verweigert sei; es genüge, daß sie nicht erteilt worden sei, um die Versammlung zu einer ungeschlichen zu stempeln.

Die Berufungskammer fällt dagegen ein freisprechendes Urteil, indem sie den einzig zulässigen Standpunkt vertrat, daß es nicht auf die Befreiung sondern darauf ankomme, ob die Anzeige form- und fristgerecht erstattet sei. Dies habe das Gericht zu prüfen und im vorliegenden Falle entspreche die Anzeige den gesetzlichen Vorschriften.

Das von der Staatsanwaltschaft angerufene Oberlandesgericht stellte sich in jeder Beziehung auf den Standpunkt des Landgerichts.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Zur Ausperrung der Hamburger Werftarbeiter. Die Zahl der Ausgesperrten beläuft sich gegenwärtig auf 5700. Fortgesetzt werden auf einzelnen Arbeitssplätzen, so besonders bei der Firma Blohm u. Vogt Arbeiter entlassen, die sich weigern, Streikbrochendienste zu leisten. Das Anwerben von Streikbrochern gelingt in keiner für die Fabrikanten befriedigenden Weise. Auf der Werft von Blohm u. Vogt sind wohl 200 Streikbrocher thätig, aber Leute, die bisher im Schiffbau nicht gearbeitet haben, ihre Leistungen sind ganz ungenügend. Am Mittwoch tagte eine sehr gut besuchte Versammlung der Werftarbeiter, in der beschlossen wurde, in aller Ruhe die bisherige Taktik fortzusetzen, der Gegenwärtigen, zu einem allgemeinen Ausstand überzugehen, fand keinen Anklang. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der Sektion der Werftarbeiter erklärt: Nachdem die Arbeitgeber den Vermittlungsversuch des Vorsitzenden des hiesigen Gewerbegerichts abgelehnt haben und der Begründung, daß es nur Sache der beteiligten Parteien sei, den Kampf zu führen eventuell denselben zu beenden, beauftragt die Versammlung die Ortsverwaltung, sich nochmals an den Verband der Eisen-Industriellen zu wenden, um durch gemeinschaftliche Verhandlung die Ausperrung beizulegen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß es im beiderseitigen Interesse liegt, den Frieden auf einer Grundlage herbeizuführen, auf der beide Teile zu ihrem Recht kommen, und keine Rede davon sein kann, daß hier oder jener Teil unterlegen oder besiegt sei. Des weiteren beauftragt die Versammlung die Ortsverwaltung, ein gleichlautendes Schreiben an jeden Werftbesitzer resp. Leiter zu richten mit der Motivierung, daß, sollten die einzelnen Arbeitgeber zu Verhandlungen bereit sein, ihnen das Verprechen gegeben wird, daß auf Wunsch mit Hinzuziehung einer Vertretung von den bei ihnen beschäftigt gewesenen Arbeitern die Verhandlungen stattfinden können.“

Zum Lohnkampf der Steinseher. Die beiden Meister in Halle a. S., welche die Forderungen der Ausständigen bewilligt haben, unter denen sich auch ein Mitglied des Innungsverbands befindet, haben weiter auch noch ihre Zustimmung dazu gegeben, daß für die Dauer des Kampfes bei ihnen nur acht Stunden täglich gearbeitet wird. Dadurch ist es möglich gewesen, den größten Teil der in Halle ausständig Gewordenen (50 von 95) sofort wieder in Arbeit zu bringen. Eine kleine Anzahl Ausständiger ist sofort abgereist.

Von der Berliner Innung verlautet, daß dieselbe den Beschluß, wonach es jedem Meister überlassen sein soll, nach Belieben Leipziger Steinseher einzustellen, nur pro forma gefaßt habe, um dem drohenden Konflikt mit den hiesigen Steinsehern auszuweichen. Es würde sich darin ein ziemlich hoher Grad von Respekt vor der Organisation der Steinseher, die bekanntlich die Einstellung der Leipziger Steinseher verlangt, bekunden; andererseits aber auch ein

*) Hierzu möchten wir doch bemerken, daß ein solcher Beschluß, den ja höchstwahrscheinlich der Parteitag nicht fassen wird, zu den sonderbarsten Situationen führen könnte. Die Landtags-Wahlkreise werden sich in den seltensten Fällen mit den Reichstags-Wahlkreisen decken; es wird vielmehr sehr häufig vorkommen, daß ein Landtags-Wahlkreis in zwei oder auch drei Reichstags-Wahlkreisen liegt, so daß für die Bestimmung darüber, ob wir uns an den Landtagswahlen beteiligen, für viele Landtags-Wahlkreise die Organisationen mehrerer Reichstags-Wahlkreise zu entscheiden hätten. Specieil für Sachsen, wo die Partei-Organisation auf der Grundlage der Reichstags-Wahlkreise allgemein durchgeführt ist, werden ziemlich alle Reichstags-Wahlkreise in solche Lage kommen. Nun stelle man sich vor, daß für einen so geteilten Landtags-Wahlkreis die Organisation des einen Reichstags-Wahlkreises die Beteiligung beschließt, während die Organisation des andern Reichstags-Wahlkreises, gegen die Beteiligung zu agitieren. Man wird einsehen, daß so etwas unmöglich gehen kann.

Wangel an Offenheit in ihren Absichten. Dabei würde der angestrebte Zweck doch nicht erreicht; denn die Berliner Steinseher und Manner stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß nur bei solchen Firmen Nacharbeiten ausgeführt werden, welche sich schriftlich zur Einstellung von Leipziger Steinsehern verpflichten.

Zu Leipzig selbst hat sich die Situation jetzt erheblich zu Gunsten der Ausgesperrten gebessert. Verschiedene Straßen, die zu Beginn der Ausperrung provisorisch zugesperrt worden, sind jetzt wieder in Angriff genommen worden. Allerdings hatten die Leipziger Unternehmer dabei den schlaunen Schachzug gethan, diese Arbeiten an Meister von der Halleischen Innung zu übertragen, von denen sich nicht dazu erboten hatten. Nur hatten dieselben mit Ausnahme eines einzigen das Pech, daß ihnen auf der Meise nach Leipzig ihre Leute buchstäblich „verloren“ gegangen sind. Nur einer ist augenblicklich mit drei Mann in Leipzig. Es sollten dann alle Kleinmeister selber eine „freiwillige Rettungskolonne“ bilden. Das wurde dann ganz gründlich durch den noch besseren Schachzug der Halleischen Steinseher vereitelt, indem diese, wie schon mitgeteilt, ganz plötzlich und vollständig unerwartet die Arbeit niederlegten, wodurch dann in Halle selbst ein so fühlbarer Mangel an Arbeitswilligen herbeigeführt wurde, daß man für die Leipziger Meister wohl keine solchen mehr übrig haben dürfte.

Auch haben die Leipziger Steinseher durch eine erneute Zuschrift an den Rat, sowie durch ein riesenhafes Plakat an den Anschlagplätzen dafür gesorgt, daß die Behörden und das Publikum (soweit sich dieselben unterrichten wollen, über die Ursachen der Ausperrung noch einmal gründlich unterrichtet worden sind. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, haben die Leipziger Steinseher in wenigen Wochen gefiegt.

Die Leipziger Buchbinder nahmen am Mittwochabend in einer von über 3500 Personen besuchten Versammlung Stellung zu dem Resultat der Tarifverhandlungen. Nachdem der Verbandsvorsitzende die Entwicklung und den bisherigen Verlauf der Tarifangelegenheit eingehend geschildert und einige Mitglieder der Tarifkommission des näheren über die am 3. d. M. stattgefundenen Verhandlungen berichtet hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung ist mit dem Verhalten der Delegierten zur Tarifkonferenz einverstanden. Da diese Konferenz seitens der Prinzipale in dem Augenblicke abgebrochen wurde, wo unsere Vertreter eine neue, reduzierte Vorlage unserer Forderungen überreichten, beauftragt die heutige Versammlung die Tarifkommission, unverzüglich den Prinzipalen die am 20. August gestellten, münchener in einigen Punkten abgeänderten Forderungen zu überreichen und bis Sonnabend, den 8. September dieses Jahres Antwort zu erbitten. Der jetzige Tarif hat mit einem Aufschlag von 5 Proz. (ausschließlich der Pressearbeiten von Quart antwort) bis 31. August 1901 Gültigkeit. Eine am Sonnabend, den 8. September einzuberufende Versammlung hat endgültig zu beschließen.“

Merkwürdige Sachen lernt man kennen, wenn man die Rechtsauslegung und Gesetzwendung gegen Arbeiter betrachtet. In Rempten war kürzlich ein Müllergehilfe auf Probezeit engagiert worden. Nach Ablauf der Frist — vierzehn Tage — verließ er seine Stellung, weil sie ihm nicht zusagte. Der Arbeitgeber verweigerte ihm nun die Herausgabe der Quittungskarte und rief zum Ueberflus noch die Hilfe der Polizei an. Die Polizei lud den Geiellen vor, um ihn zu ermahnen. Bei der Gelegenheit brachte der „Delinquent“, der seine Rechte zu wahren sich erlöhte, auch die Bitte vor, die Polizei möge ihm — wie das ihre Pflicht — die Quittungskarte von dem Arbeitgeber besorgen. Statt der Quittungskarte erhielt nun der Müllergehilfe dieser Tage ein Schreiben, das weder durch Stempel, noch Vordruck, kurz durch nichts seine amtliche Herkunft verriet, das aber allgemeines Interesse wegen der Rechtsanschauung verdient, die in ihm zum Ausdruck kommt. Hier ist es:

Polizei-Verwaltung Rempten, 1. September 1900.

J.-Nr. 5304/00.

Es wird Ihnen hiernit aufgegeben, zur Vermeidung der Festsetzung einer Exekutivstrafe von 10 M. event. zwei Tagen Haft die Arbeit bei Herrn Fischer sofort wieder aufzunehmen.

(Unterschrift unleserlich.)

An den Müllergehilfen Herrn . . .

Hier. Ob die Polizeiverwaltung in Rempten wirklich nicht weiß, daß die zwangsweise Zurückbringung an die Arbeit glücklicherweise für Gewerbegehilfen nicht mehr zulässig ist? Zu Gewerbegehilfen sind doch schließlich Müllergehilfen auch wohl nach Ansicht der Polizeibehörde noch zu rechnen, und nicht etwa zu den Diensthilfen und Lehrlingen, für die ja — leider — immer noch die zwangsweise Ueberführung zur Arbeitsstätte an der Tagesordnung ist.

Zu wie innigem Konnex Polizei und Unternehmertum steht, lehrt folgender Vorfall: Haben da am Montag die Maurer in Solingen über einen Unternehmer aus berechtigten Gründen die Sperre verhängt und durch den Druck der öffentlichen Meinung veranlaßt, den Herrn zur Anerkennung der Arbeiterforderungen zu veranlassen. Es nützte jedoch nichts. Nach einigen Tagen versuchten der Vorsitzende der Jahreshilfe der Maurer und der Vorsitzende der Erbsenfelder Filiale Einigungsverhandlungen mit dem Unternehmer anzuknüpfen, auf welche derselbe scheinbar einging. Während der Friedenspräliminarien versetzte sich maurerlich der noble Herr an Telefon (im Nebenzimmer), und kurze Zeit darauf traten zwei berittene Gendarmen ins Comptoir, welche von den verdnst dreinschauenden Maurern das Schriftstück mit den Vergleichsbedingungen verlangten. Der Unternehmer erklärte auf Vorhalt der Arbeiter, daß er nichts dazu thun könne — man müsse sich der Polizei fügen. Die beiden Gendarmen nahmen — natürlich durchaus geschwindig — unter Protest das Schriftstück mit und erklärten, „das übrige werde sich finden“. Wir wollen noch bemerken, daß der Bauherr, über dessen Van die Sperre proklamiert wurde, der Solinger Polizei-Inspektor ist. Sollte da etwa — Die Arbeiter werden gegen die Beschlagnahme Beschwerde erheben. Es wird immer schöner in den bergischen Landen!

Maurerstreik in Essen ist aufgehoben. Eine vorgestern abend stattgefundene Maurerverammlung beschloß, den seit dem 18. Juni er währenden Maurerstreik, weil ausichtslos geworden, aufzuheben. Die Niederlage ist in erster Linie der christlichen Organisation zu verdanken. Die christlichen Führer begünstigen sich nicht damit, durch Ausstellung unwahrer Behauptungen und Verdächtigungen gegen den Centralverband einen Streikbrocherbeschlus herbeizuführen, die „Christlichkeit“ ging sogar so weit, von auswärtigen Streikbrochern zu verschreiben. Zu der christlichen Verlagspolitik kamen dann in den letzten Wochen die verschiedenen Banktrahs, was, da viele Unternehmer dadurch betroffen wurden, ganz außerordentlich lähmend auf die hiesige Baukonjunktur einwirkte. Aus diesen Gründen hob man den Streik vorläufig auf.

Der Kampf in der Münchener Möbelindustrie dauert ungeschwächt fort. Immer noch stehen ca. 1100 Tischlergehilfen im Ausstand, und hoffen dieselben zuverfichtlich auf den Sieg ihrer gerechten Sache. Die Situation der Kleinmeister wird von Tag zu Tag schlechter und befinden sich viele Meister in der äußersten Notlage. Sie begreifen jetzt erst, daß es besser gewesen wäre, sich mit den Geiellen gütlich auseinanderzusetzen. Bekanntlich hat die Lohnkommission ihre Taktik infolgedessen geändert, daß sie Bewilligungen annahm und bei den Meistern, die die neunstündige Arbeitszeit genehmigten, die Arbeit ausgenommen wurde. Aber die Schachmacher übten einen derartigen Terrorismus auf jene Meister aus, daß sie ihre Unterdrückung wieder zurückziehen mußten und dadurch in die unangenehmste Lage geriethen. Die Haltung der Streikenden, die nun schon die elfte Woche im Kampf um die neunstündige Arbeitszeit stehen, ist geradezu musterhaft und ist der Bezug von Streikbrochern gleich null. An die Arbeiterchaft von ganz Deutschland richten die Streikenden den Appell, sie auch fernherhin thätig zu unterstützen.

Ausland.

Aus der Schweiz. Die Buchdruckergehilfen Zürich stehen in einer Lohnbewegung zwecks Einführung eines einheitlichen Tarifs für den Platz Zürich. Erwähnenswert ist, daß 5 Buchdrucker in Zürich ihrem Personal alljährlich eine Woche Ferien bei Fortzahlung des vollen Lohns gewähren. — Die streikenden Maurer und Erdarbeiter in Lausanne haben angefangen der Halsstarrigkeit der protegierenden Unternehmer ihre ursprünglichen Forderungen wesentlich ermäßigt. Sie fordern jetzt für Pfisterbuden 28 Cts. (erst 35 Cts.) pro Stunde, für Handlanger 40 Cts. (45 Cts.), für Maurer 50 Cts. (55 Cts.), vom 1. Januar 1901 an 30, 42 und 52 Cts., ferner Abschaffung des Kofis- und Logiszwangs bei Unternehmern und Postieren. Da ca. 500 Streikende, lauter Italiener, abgereist sind, verbleiben noch etwa 800. — Im Kanton Graubünden verließen sämtliche Alptröchte einer Oberländer Gemeinde ihre Stellen, so daß sie gezwungen war, sich um andre umzusehen. Wahrscheinlich waren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse danach. — Die Weber im Kanton Appenzell A. (Mühlerboden) haben vor einem Vierteljahr einen Verband gegründet, der bereits gegen 900 Mitglieder zählt. Mit dem Fabrikantenverband steht er in Unterhandlungen wegen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Das neugegründete Blatt „Appenzeller Weber-Zeitung“ redigiert Pfarrer Cypser in Hundwil, der auch Präsident des Verbandes ist. — Bei dem letzten eidgenössischen Turnfest in Chaux-de-Fonds mußten die 40 Kellnerinnen in den Streik treten, um etwas zu essen zu bekommen. Gleichzeitig setzten sie die Erhöhung des Tagelohns von 3 auf 3,50 Fr. durch.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Den Mitgliedern der Lokalkommission Verlin und der Umgegend zur Nachricht, daß am Sonntag, den 16. September, die neue Lokalliste erscheint. Wir ersuchen daher, Änderungen resp. Neuauflagen bis spätestens zu Mittwoch an folgende Herren einzusenden: für Berlin an Karl Scholz, Brangelstr. 110; für Nieder-Barnim an Paul Kette, Friedrichsfelde, Lichtenberger Preitzen-allee 2a; für Teltow-Weesow an Hermann Quitt, Rydow, Hohrechtstr. 82, v. IV.; für Potsdam-Osthavelland an Ernst Kieger, Spandau, Molkestr. 3; für Ober-Barnim an A. Salomon, Wriegau a. O.

Achtung, Parteigenossen! Am 8. September feiert der Rauch- und Fideletas sein Stiftungsfest und zwar in den Concordia-Sälen (Inhaber Söger), Einfriedungsstraße. Wie bekannt, stehen unserer Partei diese Lokalitäten zu Versammlungen nicht zur Verfügung. Da genannter Verein versucht, Biletts in Arbeiterkreisen zu vertreiben, so werden die Genossen hiervon in Kenntnis gesetzt.

Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Der Wahlverein veranstaltet am Sonntag, den 9. September, einen Familienausflug nach Friedrichshagen, Lokal Nadenstein. Abfahrt vormittags 10 Uhr vom Schleißchen Bahnhof. Nege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Ober-Schönweide. Sonnabendabend 8 1/2 Uhr findet bei John die Verammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Dasselbst werden neue Mitglieder aufgenommen.

Der sozialdemokratische Verein von Johannisthal-Nieder-Schönweide hält am Sonnabend bei Franz, früher Strecker, in Nieder-Schönweide seine Mitgliederversammlung ab. Vortrag über die Organisation der Partei.

Tempelhof, Mariendorf und Mariensfelde. Den Parteigenossen und Genossen zur Beachtung, daß Sonntag, den 9. d. M. vom Arbeiter-Bildungsverein unserer Ortskosten ein Ausflug nach Rowawes mit Besichtigung der dortigen Weberei u. s. w. stattfindet. Treffpunkt Sonntag früh präzise 7 Uhr an der Verbindungsbahn Tempelhof; für Radfahrer in Rowawes, Prieserstraße, im Restaurant zur Markthalle bei Gruhl.

Gerichts-Zeitung.

Ein soziales Nachbild. Wegen versuchten Kindesmords hatte sich die 18-jährige, aus Bittsch-Polen gebürtige Ziegelei-arbeiterin Emilie Pohlschurth heute vor der ersten Ferienstrassammer am Landgericht II zu verantworten. Die Angeklagte arbeitete in einer der zahlreichen Ziegeleien in Herzfelde. Dort hat sie am 7. Juni d. J. in einem für Jäger hergerichteten Anstandsloche heimlich geboren und das Kind an Ort und Stelle im Sande verpackt. Sie ist darauf ihrer schweren Arbeit nachgegangen. Gleich nach der That führte der Zufall eine Arbeiterfrau an den Thotort. Dieser fiel der frisch aufgeworfene Hügel in der Grube auf, sie untersuchte denselben und fand das Kind, das nur noch leise atmete, aber allmählich wieder zu sich kam. Erst acht Tage später wurde die unnatürliche Mutter entdeckt und verhaftet. Sie hat ihr Kind bei sich im Untersuchungsgefängnis. Sie legte heute ein bedingtes Geständnis ab, indem sie behauptete, daß es nicht ihre Absicht gewesen sei, das Kind zu töten, sie habe sich desselben nur bis zum Nachmittage desselben Tages entledigen wollen. Gegen diese Angabe sprach jedoch der Umstand, daß auch der Kopf des Kindes dermaßen mit Sand bedeckt war, daß dasselbe in wenigen Minuten erstickt müßte, wenn nicht rechtzeitig Hilfe erlitten wäre. Der Gerichtshof erkannte auf sechs Monate Gefängnis, wovon zwei Monate als verhöht erachtet wurden. Die Frage, ob sie die Strafe sofort antreten wolle, bejahte die Angeklagte, doch hat sie, daß sie ihr Kind bei sich behalten dürfe, das sie nicht in fremde Hände geben wolle. Der Vorstehende frag den amtsenden Vater der Angeklagten, was er zu diesem Wunsch sage. Derselbe frag seine Tochter: „Hast Du das Kind an der Brust?“ — „Ja!“ erwiderte sie. „Na dann behältst Du es!“ sagte der Vater kurz angebunden und verließ den Sitzungssaal.

Wie die Handgepäck-Aufbewahrungsstelle am Alexander-Platz als Lagerort für Diebstahlsware benutzt wird, lehrt eine Diebstahls-Auslage, die gestern die Ferien-Strassammer des Landgerichts I beschlagnahmte. Sie richtete sich gegen die drei ungetreuen Hausdiener Gustav Wilhelm Wichmann, Emil Karl Paul und Karl Klingner. Die beiden ersten Angeklagten waren in der Strumpfwaren-Fabrik von Max Segall, Altmengerkstraße am Köpenicker Fischmarkt, beschäftigt. Der Portier Kunt hatte von einem früheren Hausdiener gehört, daß die Hausdiener bei Segall Diebstahle verübten und die gestohlenen Waren gewöhnlich an der Handgepäck-Aufbewahrungsstelle am Bahnhof Alexanderplatz niederlegten und sie zu gelegener Zeit dort abholen. Er beobachtete infolgedessen das Thun und Treiben der beiden ersten Angeklagten. Diese hatten eines Tags zwei Körbe mit Wollwaren auf je einem Wagen zu einem Kunden zu fahren und da nahm der Portier wahr, daß sich außer den beiden Körben noch ein großes Paket in gelbem Verpäckpapier auf einem der Wagen verirrte. Er ließ die beiden verdächtigen Leute ruhig davonfahren, folgte ihnen aber auf der Straße in einiger Entfernung. Bei dem Straßengebüsch verlor er sie auf kurze Zeit aus den Augen, und als er vor dem Geschäftsslokal des betreffenden Kunden anlangte, sah er, daß das Paket nicht mehr auf dem Wagen war. Da fiel ihm die Handgepäck-Aufbewahrungsstelle ein, er begab sich dorthin und konnte feststellen, daß das Paket in der That vor ganz kurzem dort abgegeben worden war. Nun wurden alle Maßnahmen getroffen, um die Person, welche sich zur Abholung melden würde, festzunehmen. Am Nachmittage erschien denn auch richtig der dritte Angeklagte mit dem zu dem Paket gehörigen Aufbewahrungsschein. Er wurde aufgefordert, zur Polizei zu folgen, zog es aber vor, die Flucht zu ergreifen und konnte erst nach längerer Diebstahlsjagd festgenommen werden. Er that sehr unglücklich und behauptete, daß ein fremder Mann, der vor der benachbarten Markthalle seine Koffer erwarbe, ihn ersucht habe, gegen einen Votenlohn von 1,50 M. ein größeres Paket aus der Aufbewahrungsstelle abzugeben. Dieser große Unbekannte war nicht zu finden, als man nach ihm suchte. In dem schweren Paket befanden sich 12 Dugend Damenstrümpfe, die nach dem Zeugnis der Geschäftsinhaber aus dem Segallschen

Geschäft stammten. Die beiden ersten Angeklagten bestritten entschieden, daß sich ein derartiges Paket auf dem Wagen befunden habe, und Klingner blieb bei seiner Geschichte von dem vertrauensseligen Fremden, der ihn mit der Abholung beauftragt habe. Seine Flucht erklärte er damit, daß er als vorbeistrafender Mensch nicht mit der Polizei in Verbindung kommen wollte. Die R. A. Rosenthal und Dr. Schmidt hielten dies für gar nicht unglaubwürdig und beantragten die Freisprechung, da sie den positiven Nachweis beantragten, daß die an der Aufbewahrungsstelle abgegebenen Strümpfe überhaupt aus dem Segallschen Geschäft herrührten. Der Gerichtshof hielt die Schuld der Angeklagten für nachgewiesen und verurteilte Wichmann mit Rücksicht auf seine Vorstrafen zu einem Jahr Zuchthaus, Paul zu vier Monaten, Klingner zu neun Monaten Gefängnis.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, Vortrag des Herrn Adolf Damoche über das Thema: „Wie ist es möglich, gesunde und billige Wohnungen zu schaffen? Um zahlreichen Besuch der Mitglieder und Gäste bittet Der Vorstand.“

Versammlungen.

Eine gutbesuchte Versammlung der Schmiede am Mittwoch beschäftigte sich mit der Aussperrung der Hamburger Arbeiter. Das Referat hielt Paul Jahn über die Tagesordnung, indem er die Entstehung und den bisherigen Verlauf der Aussperrung eingehend schilderte und namentlich die Schmiede zur Unterstützung der Aussperrten aufforderte. Donner und einige andre Redner äußerten sich in gleicher Weise und erwähnten alle Schmiede zum Ausschluß an deren Organisation. Eine in diesem Sinne verfaßte Resolution gelangte einstimmig zur Annahme. — Die Bezirksversammlungen für Potsdam finden am Mittwoch nach dem 15. jeden Monats im Lokal Waldenferstr. 23, abends 8 Uhr, statt.

Die Radfahrer und Träger hielten am 2. September bei Jannasch, Inselstr. 10, ihre Mitgliederversammlung ab. Bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, widmete der Vorsitzende unserm verstorbenen Genossen Wilhelm Liebknecht einen warmen Nachruf. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Kiesel über die politische und gewerkschaftliche Bewegung. In einem 1/2stündigen Vortrag entlegte sich Referent in trefflicher Weise seiner Aufgabe, wofür ihm die Versammlung reichen Beifall zollte. In seinem Bericht von der letzten Jahreshellen-Konferenz machte er darauf aufmerksam, daß der von den Arbeitgebern eingerichtete Arbeitsnachweis am Alexanderplatz für uns nicht maßgebend ist. H. G. S. wird als Ausschußmitglied gewählt, und für die streikenden Militäreffekten-Sattler werden 10 M. bewilligt.

Der Verband der Bau-, Erb- und gewerblichen Hilfsarbeiter (Zahlstelle I) beschloß in seiner Versammlung am 2. September, den Arbeitsnachweis der Unternehmer am Alexanderplatz nicht zu benutzen. Das Stiftungsfest des Verbandes hat einen Ueberschuß von 96,50 M. ergeben, von welcher Summe den Militäreffekten 25 M. überwiesen wurden. In nächster Versammlung soll ein Referat über Politik und Gewerkschaften gehalten werden.

Charlottenburg. Die Sattler beschäftigten sich in einer Versammlung, die am 3. September hier lagte, mit dem Ausstand in der Branche der Militäreffekten-Sattler. Nach einer eingehenden Darstellung des Ausstands seitens des Sattlers Hoffmann wurde eine Resolution angenommen, in der die Versammlung verspricht, für die moralische und materielle Unterstützung des Ausstands zu sorgen.

Schmargendorf. Der Arbeiter-Bildungsverein beschäftigte sich in der letzten Sitzung mit dem neuen Organisationsstatut der Partei. Der Artikel in der Dienstag-Nummer des „Vorwärts“ fand im allgemeinen Zustimmung. Zu Bedenken gab nur eine streng geschlossene Organisation, die die Frauen von der praktischen Parteithätigkeit so gut wie ausschließt. Anlaß.

In der humanistischen Gemeinde, Mohrenstraße 47, im oberen Saal des Brandenburger Hauses, beginnt am Sonntag, den 9. September, vormittags 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Benzig einen Vortragszyklus: „Der Weg zum Glück.“ I. Die Glückseligkeit als Fortschrittsmacht. Gäste, Damen und Herren, haben freien Zutritt.

Ultramontane Heerschau.

Die Generalversammlung der katholischen Deutschlands brachte am 5., wie wir telegraphisch bereits kurz mitgeteilt, zunächst Herrn Koeren eine Ovation wegen seiner Verdienste um die Heingecampagne. Abgeordneter Dr. Bachem bemerkte:

Die vorliegende Frage sei von so weittragender Bedeutung, daß Ober-Landesgerichtsrat Koeren dieselbe noch in öffentlicher Versammlung behandeln werde. Gelegentlich der Verhandlungen über die lex Feinze seien in Wort und Schrift gegen die Grundzüge der christlichen Moralanschauung fortgesetzt so heftige Angriffe gerichtet, und es seien dabei so erschreckende Grundzüge über Sitten und Eitelkeit allgemein unter das Volk verbreitet worden, daß die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands verpflichtet erscheine, in feierlicher Weise jene Angriffe zurückzuweisen und zu erklären, daß sie unabweisbar an den ethischen, ewig gültigen Grundzügen der christlichen Weltanschauung festhalte und von diesem Rechtsstand und dieser Richtschnur niemals abweichen wolle, noch abweichen werde. (Stürmischer Beifall.)

Eine von Herrn Koeren eingebrachte, in demselben Geist verfaßte Resolution wurde daraufhin angenommen.

Nach der Rede des Antragstellers wurde ferner folgende Resolution des Frh. v. Haxemann angenommen:

„Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands tritt mit aller Entschiedenheit ein für die freie und ungehinderte Bewegung und Thätigkeit der Orden und Ordensgenossenschaften der katholischen Kirche. Sie giebt in Uebereinstimmung mit allen Katholiken Deutschlands der besondern Anerkennung des segensreichen, selbstlosen und opferwilligen Wirkens derselben und den Gefühlen der dankbarsten Verehrung den lebhaftesten Ausdruck, und stellt es insbesondere als dringende Forderung auf, daß dieselben von allen ihre freie Thätigkeit hindernden Fesseln, wie solche durch manche Geseze und Verordnungen noch in Kraft bestehen, in vollem Umfange befreit werden und daß allen katholischen Ordensleuten alle Rechte und Freiheiten eingeräumt werden, welche die übrigen Staatsbürger genießen.“

Im weiteren wurde beschlossen: Die Missionen in China der besondern Sorgfalt der deutschen Katholiken zu empfehlen, um ihnen die Wiedererrichtung ihrer jetzt zerstörten Anstalten zu ermöglichen. — Ferner wurde beschlossen: Die Generalversammlung empfiehlt auch die gegenwärtig in China kämpfenden Soldaten der werthtätigen Fürsorge der deutschen Katholiken, um ihnen durch Verwendung von Liebesgaben aller Art ihre Mühsale zu erleichtern und ihre Leiden zu lindern. — Ferner wurde ein Antrag betreffs der freien Religionsübung sowie betreffs der pastoralen Fürsorge für die italienischen Arbeiter in Deutschland, und endlich ein längerer Antrag zwecks moralischer und materieller Unterstützung der Seeleute durch Begründung internationaler katholischer Schutzhäuser angenommen.

(Weniger geistliche und mehr soziale Fürsorge wäre den betreffenden Arbeiterkategorien wahrscheinlich willkommener.)

In der Nachmittags-Sitzung

trat Landtags-Abgeordneter Volkshullehrer Sittart-Nachen in einem längeren Referat für die konfessionelle Volksschule ein. Wir verlangen, daß die Schulaufsicht der Kirche zurück-

gegeben werde. (Stürmischer Beifall.) Wir verlangen aber nicht nur das Schul-Aufsichtsrecht für die Kirche, wir verlangen auch, daß der Schule wieder ihr konfessioneller Charakter gegeben werde. Die Religion muß der Sauerzweig des ganzen Unterrichts bilden. (Beifall.) Wenn höhnend gefragt wird: Giebt es denn ein katholisches Einmal, eine katholische Geographie?, so antworten wir: Katholische Kinder sollen jeden Unterrichtsgegenstand in katholischen Sinn lernen! (Beifall.)

Rechtsanwalt Fehrendach (Freiburg i. Bayern) sprach hierauf über: „Förderung der höheren Studien unter den Katholiken“. Der Redner besagte es, daß die Katholiken sich im allgemeinen nur wenig den höheren Studien zuwenden. Schuld hieran trage nicht das geringe Talent, sondern die materielle Lage der Katholiken, die im allgemeinen nicht so glänzend sei, als die der Angehörigen anderer Konfessionen. Im Interesse des Ansehens der deutschen Katholiken müsse dies aber anders werden. Nicht der katholischen Geistlichen wäre es, talentvolle Knaben auszuwählen und diesen den Weg zu den höheren Studien zu ebnen.

Der Redner bemerkt im weiteren Verlauf seines Vortrags: Im protestantischen Holland und England seien die Katholiken früher ebenso behandelt worden wie in Deutschland. Dies wurde anders durch die von diesen Staaten betriebene Kolonialpolitik. Jetzt, wo auch Deutschland angefangen habe, Weltpolitik zu treiben, dürfe es auch in Deutschland sehr bald für die Katholiken besser werden. Er habe vor einigen Tagen auf dem Niederwald das Denkmal der deutschen Einheit gesehen. Möge dieses Denkmal nicht bloß der Hort deutscher Ehre, deutscher Einheit und deutscher Größe bilden, möge es auch das Sinnbild werden für ein freies, hochgebildetes katholisches Deutschland. (Stürmischer Beifall.)

Arbeitersekretär Giesberts (M.-Gladbach) sprach hierauf über Arbeiterfrage, insbesondere Arbeiter-Gesetzgebung und Organisation. Der Redner betonte die Notwendigkeit, daß die bestehenden Klassen sich mehr als bisher mit der sozialen Frage beschäftigen, wenn den Sozialdemokraten der Wind aus den Segeln genommen werden solle. Ziel sei in den letzten Jahren durch die Geseze der Socialreform, der Arbeiterschutz-Gesetzgebung u. s. w. für die Arbeiter gegeben, und es sei sehr erfreulich, daß die Centrumpartei stets in der vordersten Reihe der Kämpfer für die Rechte der Arbeiter gestanden habe.

Allein viel sei noch zu thun übrig. Noch fehle der gesetzliche Maximalarbeitszeit u. s. w. Die Katholiken müssen den Beweis liefern, daß sie nicht bloß für das Seelenheil, sondern auch für das irdische Wohlergehen des Volks Herz und Sinn haben. Die katholische Kirche sei von jeher eine soziale Kirche gewesen. Kirchenfürsten wie der Bischof von Metzler seien Vorkämpfer für die soziale Frage gewesen. Dieser schönen Tradition müsse der Katholik stets eingedenk sein. (Stürmischer Beifall.) — Pater Bonaventura (Berlin) hielt hierauf einen längeren Vortrag über den Bonifacius-Verein.

Der Redner bemerkte: Von der Zukunft des Bonifacius-Vereins hänge die Zukunft der katholischen Kirche ab. Der Bonifacius-Verein richte seine Spitze nicht gegen Andersgläubige, sondern lediglich gegen die Socialdemokratie.

Der Staat wäre verpflichtet, jährlich eine Million Mark für den Bonifacius-Verein zu geben. (Beifall.) Wenn nur der allergrößten Not in Berlin gesteuert werden sollte, dann seien acht bis zehn Mill. Mark notwendig. Dann könnten erst soviel Kirchen gebaut werden, daß 6-8000 Menschen in jeder Pflanz finden. Die Katholiken, die, wenn der Konarak ruft, den letzten Mann und den letzten Groschen für Deutschlands Ehre opfern, haben das Recht, zu verlangen, daß man den Orden Jesu zur Mitarbeit wieder nach Deutschland lasse. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Vonn, 6. September. (W. Z. V.) Der Katholikentag wurde nach einer kurzen Ansprache des Weihbischöfs Fischer-Köln, welcher den bischöflichen Segen erteilte, geschlossen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien.

Glasgow, 6. Sept. (W. Z. V.) In dem heute ausgegebenen Bericht der Gesundheitsbehörde wird mitgeteilt, daß keine neuen Pestfälle hier vorgekommen sind. Von den unter ärztlicher Beobachtung stehenden Personen wurden zwei entlassen. Man glaubt hier, daß man der Krankheit schnell Herr werden wird.

Oslo, 6. September. (W. Z. V.) Die hiesige Regierung ordnete eine zehntägige Quarantäne gegen Glasgow an und erließ ein Ein- und Durchfahrverbot für Lumpen und gebrauchte Kleider von Glasgow her.

Hamburg, 6. September. (W. Z. V.) Am festlich geschmückten O'Swaldquai traf heute abend der Lloyd-Dampfer „Sutinat“ mit vier Verwundeten vom „Itis“ und 120 wegen Krankheit in China dienstunfähig gewordenen Mann von den übrigen Schiffen des ostasiatischen Geschwaders ein. Im Auftrage und im Namen des Senats begrüßte Hauptmann Souer die Ankommenden, welche sodann in den Passagierhallen am Grassbrook bewirtet wurden. Die Mannschaft begeben sich morgen teils nach Kiel, teils nach Wilhelmshaven.

Hamburg, 6. September. (W. Z. V.) In einer gestern abgehaltenen Versammlung der ausländischen Werftarbeiter, an welcher 2000 Personen teilnahmen, wurde beschlossen, sich nochmals an den Verband der Eisenindustriellen zu wenden, um durch gemeinschaftliche Verhandlung den Ausstand beizulegen. Die Einstellung zugereister Arbeitswilliger auf den hiesigen Werften wird, wie die „Hamburgische Börsenhalle“ (natürlich im Auftrage der Arbeitgeber) meldet, täglich geringer.

Christians, 6. September. (W. Z. V.) „Eisposten“ veröffentlicht ein Telegramm aus Tromsø vom heutigen Tage vormittags 11 Uhr, welches besagt: Die „Stella Polare“ sah 11 Monate im Eise fest; eine Seite des Schiffs ist 1/4 Fuß eingedrückt; auch die Maschine hat einen Schaden erlitten. Die Expedition erreichte 86 Grad 33 Minuten nördlicher Breite, kam also nördlicher als Ranfen, der nur 86 Grad 14 Minuten erreichte. Die Teilnehmer an der Expedition haben öfters Hunger gelitten und waren gezwungen, Hunde zu schlachten. Ein Maschinist (Norweger) und zwei Italiener sind gestorben.

Budapest, 6. September. (W. Z. V.) Der wegen Fälschung von Banknoten verhaftete Dr. Jozsa Zalac war früher Advokat. Die Polizei verhaftete ferner als Mitschuldige zehn Personen, darunter den Oudbesitzer Franz Vallint, dessen Bruder, den Polizeibeamten Josef Ballint und beider Mutter sowie den Polizeiwachmeister Lanner. Alle wohnen in Neud-Tur.

Aberdeen, 6. Septbr. (W. Z. V.) Der Dreiseiler „Heros“ aus Bergen ist mit einer verächtlichen Krankheit an Bord hier eingetroffen. Ein Mann ist isoliert worden; das Schiff wurde desinfiziert. Zwei andre Fälle wurden unter Beobachtung gestellt.

Tientsin, 30. August. (W. Z. V.) Vier angesehene Mitglieder der Vorgesetzte sind heute hingerichtet worden, zwei wurden von den Franzosen erschossen, zwei von den Japanern enthaftet.

New York, 6. September. (W. Z. V.) Heute traten hier 66 Vertreter der Nationalpartei, welche sowohl die Präsidentschaftskandidatur Rac Kintz, als die Vizepräsidenten, zusammen. Die Partei stellte den Senator Caffery (Louisiana) als Kandidaten für die Präsidentschaft und Nicholas Doize (Massachusetts) als solchen für die Vizepräsidentschaft auf.

New York, 6. September. (W. Z. V.) Nachrichten der „New York Tribune“ aus Bogotä melden, daß Marrogina an stelle Sanelamets Präsident von Columbia wurde, aber nicht in gefestmähiger Weise, sondern nachdem er Sanelamets und den Minister Paladas am 31. August festgenommen und gefangen gesetzt hatte.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Handelsvertrags- und agrarische Zollpolitik. — Ernte-Aussichten.

Handelsvertrags- und agrarische Zollpolitik. Die agrarische Presse legt ihren Kampf gegen die Handelsverträge nicht nur gegen die in den Jahren 1892/94 unter der Reichs-Langler-Schiffahrt abgeschlossenen Verträge, sondern gegen jede Tarifvertragspolitik überhaupt. Wesentlich wird diese Tendenz der agrarischen Angriffe allerdings gelegentlich, und als kürzlich in einer Polemik der „Hamburgische Correspondenz“ an die „Kreuzzeitung“ die Frage richtete, ob sie zugeben könne, daß eine Strömung vorhanden sei, die den Abschluß neuer Handelsverträge unmöglich zu machen suche, wolle das Blatt des Herrn Stropaschew von solcher Strömung nichts wissen. Tatsächlich aber laufen die Forderungen der Agrarier auf Verhinderung jeglicher agrarischer Handelsverträge hinaus; denn Handelsvertrags-schließungen, wie das Junkertum sie meint: Verträge ohne Meistbegünstigungsklausel, ohne gegenseitige Bindung der Zollpositionen auf längere Zeit und abgeschlossen auf Grund eines festen Minimaltarifs, unter dessen Säke nicht herabgegangen werden darf — das sind, wenn sie überhaupt zu Stande kommen, nur fingierte Verträge, für Handel und Industrie völlig wertlos. Erste Bedingung der Nutzbarkeit eines Handelsvertrags ist, daß er auf längere Zeit, mindestens auf zehn Jahre, geschlossen wird. Verträge, die jederzeit von den Kontrahenten gelöst und binnen kurzer Zeit aufgelöst werden können, gestatten der Industrie und dem Exporthandel keine Anpassung an die Bedürfnisse des anderen vertragsschließenden Landes. Eine gewisse Stetigkeit und Sicherheit der beiderseitigen kommerziellen Verhältnisse ist nur einmal unentbehrlich für die Entwicklung des Export- und Importhandels zwischen zwei Staaten.

Wesentlich wenden sich allerdings die Organe des Agrarierturns nur selten direkt gegen jede Handelsvertragspolitik, nur die „Deutsche Tageszeitung“ leistet sich gelegentlich, um dem ostelbischen Agrarierturn zu imponieren, solchen Ausfall. Sonst begnügt man sich damit, allerlei Gründe gegen die „jetzige“ Art der Handelsvertragspolitik hervorzuführen. Bald klagt man über den Ruin der Landwirtschaft durch das jetzige System der Tarifverträge und sucht zu erweisen, daß für landwirtschaftliche Produkte, speziell für Getreide, Minimalzölle festgesetzt werden müßten, z. B. ein Zoll von 6 oder 7 M. für den Doppelcentner Weizen oder Roggen, an den bei Vertragsverhandlungen nicht gerührt werden dürfe, bald weist man auf den englischen Plan eines Reichs-Zollverbands und auf die in einzelnen englischen Kolonien hervortretende Neigung zur Einführung hoher Schutz-Zölle hin. Dann wieder wird an der Hand der vom Ministerium des Innern veranlaßten famosen Produktionsstatistik geltend gemacht, daß der ausländische Markt gegenüber dem einheimischen doch nur eine nebensächliche Rolle spiele und deshalb die Erreichung einer größtmöglichen wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit das Ziel jeder vernünftigen Wirtschaftspolitik sein müsse; oder aber es wird auf die schutzzöllnerische Strömung in Rußland und Oesterreich hingewiesen und daraus geschlossen, daß in Anbetracht dieser Tendenzen auch Deutschland natürlich seine Zölle erhöhen müsse, „um angemessene Gegenforderungen stellen zu können“.

Wesentlich sind es die neuerdings in einem Gutachten des österrischen Vereins der Montan-, Eisen- und Maschinen-Industriellen — das österrische Gegenstück zu unserem Centralverband deutscher Industrieller — geäußerten Anschauungen, die mit Behagen ausgekostet werden. Der Verein verlangt nämlich eine weitere Ausgestaltung des Zollsystems, namentlich auch für Halbfabrikate. Dabei stellt er den Grundgedanken auf, daß für die künftige Zollpolitik nicht mehr der bloße Ausgleich der Verschiedenheit der Erzeugungsbedingungen bestimmend sein müsse, sondern die Tendenz, den inländischen Markt für die inländische Ware zu sichern und die heimische Industrie groß zu ziehen. Für Eisen, Eisenwaren, Maschinen und Fahrzeuge giebt er dem Handelsministerium Mindestzölle an, die jede Industrie unbedingt nötig hat und unter die bei Vertragsverhandlungen nicht herabgegangen werden darf. Derartige Wünsche eingefesteter industrieller Schutzinteressen sind natürlich willkommenes Material für die Ärgernisse des Agrarierturns.

Worauf die Bestrebungen der Agrarier hingingen, ist, wie schon gesagt, Abwendung von der modernen Handelsvertrags-Politik und Rückkehr zur sogenannten „autonomen Handelspolitik“, wie sie unter dem Merkantilismus zuerst entstanden ist: eine Politik des einseitigen Gewerbeschutzes, die sich um Gegenseitigkeit und Gegenseitigkeit seitens anderer Länder wenig kümmert, sondern ihren Zolltarif in Anwendung bringt, wie es die Bedürfnisse der Industrie und der Landwirtschaft des eigenen Landes, d. h. in Wirklichkeit natürlich die Wünsche der betreffenden Interessentengruppen, verlangen. Nicht immer beherrscht diese Auffassung unser Landjunktur. Als in 1860 mit dem zwischen England und Frankreich abgeschlossenen sogenannten „Cobden-Vertrag“ — nach dem englischen Unterhändler so benannt — die Ära der modernen „vertragsmäßigen Handelspolitik“ begann, als deren charakteristische Eigenheit vor allem die gegenseitige Festlegung und Bindung bestimmter Zollsätze für eine längere Zeit bezeichnet werden kann, da zeigten sich die Agrarier dieser Politik durchaus geneigt, und die wenigsten Bestrebungen, sich dem zu Anfang der sechziger Jahre herausbildenden Kreis von Vertragsstaaten anzuschließen, die sich gegenseitig die Meistbegünstigung zugestanden, fand bei ihnen lebhafteste Unterstützung. Allerdings waren bei dem Vermitteln Bismarcks, einen Handelsvertrag mit Frankreich zu Stande zu bringen, noch andre Gründe maßgebend, als nur wirtschaftliche: es galt den Eintritt des hochschutzzöllnerischen Oesterreichs in den deutschen Zollverein zu hindern und Preußen seinen beherrschenden Einfluß in ihm zu sichern.

Wesentlich allgemein wurde nämlich unter dem Einfluß der englischen Freihandelslehre die Vertragspolitik nur als An-

näherung und Durchgangsstadium zum Freihandel aufgefaßt, und unter ostelbischer Zustimmung, dem heute die landwirtschaftlichen Zölle nicht hoch genug gesteigert werden können, war damals freihändlerisch gestimmt, da die preussische Groß-Landwirtschaft ziemlich bedeutend exportierte. Die Produktionskosten und die Getreidepreise hielten sich damals in Ostpreußen ungefähr niedriger als in England und Frankreich und als Konkurrenz kam auf dem damaligen beschränkten „Weltmarkt“ eigentlich nur Rußland, teilweise noch Oesterreich in Betracht; die amerikanische Konkurrenz war noch nicht vorhanden. Deshalb kommt die damalige günstige Lage der preussischen Landwirtschaft in den Weizenpreisen und Weizenexportziffern der Jahre 1850—70 zum Ausdruck. Nach Prof. F. Conrad betrug zum Beispiel der Weizenpreis im Durchschnitt der Jahre 1851—1860 in England pro Tonne (1000 Kilogramm) 250 M., in Frankreich 231,4 M., in der Provinz Preußen nur 169,6 M.; für die Jahre 1861—70 in England 248 M., in Frankreich 224,6 M., in der Provinz Preußen 195 M. Dem entspricht die Weizenexportziffer. Nach Professor v. Juraschell belief sie sich für Deutschland im Durchschnitt der Jahre 1841—1850 auf 2.543.000 Meter-Zentner, 1851—1860 auf 3.423.000 Meter-Zentner, 1861—1870 auf 5.225.000 Meter-Zentner; dagegen 1881—1890 nur auf 200.000 Meter-Zentner. Der Zoll auf Weizen wurde dann auch in Preußen, nachdem er schon 1857 auf 20 Pf. pro Scheffel herabgesetzt worden war, 1865 völlig aufgehoben; ebenso der Zoll auf Roggen, Gerste und Hafer, der von 1857 an gar nur noch 5 Pf. pro Scheffel betragen hatte.

Mit der Entstehung der amerikanischen Getreidekonkurrenz, der zunehmenden Getreideproduktion Rußlands, Oesterreich-Ungarns, Rumäniens sowie des infolge der Verbesserungen des Schiffsahrt- und Eisenbahnwesens erleichterten und verbilligten Getreidetransports aus fremden Ländern gewinnt jedoch die schutzzöllnerische Stimmung unter den ostelbischen Agrariern immer mehr die Oberhand. Jeneher die Profite aus dem einseitigen Getreide-Export sinken, jemeher verwandeln sich die früheren entragierten Freihändler in wütende Hochschutzzöllner, je weniger wollen sie von Export und Import wissen, je mehr begünstigen sie sich für die wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit des Staates. Dabei finden sie an den rheinisch-westfälischen Eisenindustriellen, die 1876 den berühmten und verhängnisvollen Centralverband deutscher Industrieller gründeten, und denen die Konkurrenz der englischen Eisenindustrie lästig ist, einflußreiche Bundesgenossen. Ende der sechziger Jahre setzt unter Bismarcks Regide eine erneute schutzzöllnerische Hochzeit ein. Der Zoll auf Weizen und Roggen wird am 1. Januar 1880 zunächst auf 1 M. pro Doppelcentner festgesetzt, dann 1885 auf 3 M., 1887 auf 5 M.; der Zoll für Weizenfrohnter steigt im gleichen Zeitraum von 20 auf 105 M. pro Tonne (1000 Kilogramm), der Zoll für Hafer von 10 auf 40 M. pro Tonne usw.

Die Handelsvertrags-Politik selbst wurde indes von den Agrariern vorerst noch nicht grundsätzlich bekämpft; ihr Streben ging nur dahin, möglich für ihre Zollpolitik freie Hand zu behalten. Deutschland sollte seine Tarifsätze nicht binden, es sollte nur Meistbegünstigungsverträge abschließen, die ihm an den Vergünstigungen fremder Staaten den Nutzen sicherten, ohne es an eigenmächtiger Erhöhung der Zölle für landwirtschaftliche Produkte zu hindern. Die Sache hat nur den Haken, daß natürlich auch den andern Staaten, soweit sie nicht unter sich durch Tarifverträge gebunden sind, das gleiche freisteht, auch sie können eigenmächtig nach dieser oder jener Richtung Zollhöherungen vornehmen. Als deshalb 1892 die meisten der zwischen den europäischen Staaten geschlossenen Handelsverträge abliefen, sah sich die Caprivische Regierung genötigt, wollte sie nicht den deutschen Export durch fremde Zollkulturen lahm legen und verschiedenen Industriezweigen die Ausfuhr ab schneiden lassen, die Initiative zu ergreifen und Tarifvertrags-Verhandlungen einzuleiten, die dann in den sogenannten „Caprivischen Handelsverträgen“ ihren Abschluß fanden.

Was aber konnte vorwiegend Landbau treibende Länder, wie z. B. Oesterreich-Ungarn und Rußland, dazu veranlassen, der deutschen Industrie für ihre Produkte Zollermäßigungen zuzugestehen und ihnen die Thore zu öffnen, als Kompensation auf dem Wirtschaftsgelände, auf dem diese Länder mehr produzierten, als sie verbrauchten: auf dem landwirtschaftlichen Gebiet. So wurde dem vertragsmäßig der Zoll für Weizen und Roggen auf 3,50 M. pro Doppelcentner, für Weizenfrohnter auf 7,50 M., für Hafer auf 2,50 M., für Gerste auf 2 M. herabgesetzt. Erst seitdem hat sich bei den Agrariern die Ansicht eingestellt, daß sowohl das System der heutigen Tarif-, als auch das der Meistbegünstigungsverträge eine schwere Schädigung des wirtschaftlichen Gedeihens und der Wohlfahrt der Nation bedeute, deren höchste und erhaltungswürdigste Stelle natürlich durch den preussischen oder schlechten Landjunker „repräsentiert“ wird. Die Meistbegünstigungsverträge haben speziell deshalb ihr Ansehen eingebüßt, weil zufolge der Meistbegünstigungsklausel des deutschen Vertrags mit den Vereinigten Staaten die Zollkulturen, die wir den russischen und österrischen Landwirtschaftsprodukten zugestanden haben, auch denen aus der Union zu gute kommen und deren Konkurrenz teilweise noch schärfer drückt, wie die der russischen Erzeugnisse.

Statt dessen beginnt sich in den agrarischen Kreisen eine gewisse Vorliebe für das Doppeltarif-System Frankreichs breit zu machen, obgleich die Rückkehr zur autonomen Handelspolitik und die Aufstellung eines Rational- und Minimaltarifs, zu dem die französische Republik durch Gesetz vom 11. Januar 1892 zur Abwehr der Bismarckschen Zollpolitik übergegangen ist, sich für die Handelsentwicklung Frankreichs vom größten Nachteil erweisen hat. Während unter dem System der Handelsverträge sich der deutsche Export nach dem Ausland loslosig gehoben hat und die Ausfuhr einzelner Warenarten von 1891 bis 1898 geradezu erstaunliche Steigerungen aufweist, so z. B. die Ausfuhr von Erzeugnissen der chemischen Industrie eine Zunahme von 246 Millionen M. in 1891 auf 389 Millionen M. in 1898, der Eisen-, Zinn-, Glas-, Industrie usw. von 79 auf 168 Millionen M., der Metallindustrie von 294 auf 498 Millionen M., der Maschinenindustrie von 153

auf 280 Millionen M., der Textilindustrie von 20 auf 46 Millionen M., in Frankreich Außenhandel zurückgegangen. Im Durchschnitt der drei Jahre vor Einführung des Doppel-Tarifsystems, der Jahre 1895/96, erreichte der Wert des französischen Außenhandels 5167 Millionen Franken, die Ausfuhr allein 3065 Millionen Franken; dagegen stellte sich der Durchschnitt der drei Jahre 1896/98 nur auf 7570 Millionen Franken, die Ausfuhr auf 3503 Millionen Franken. Das ist gerade kein Ergebnis, das für die Güte des von agrarischer Seite angepreisenen Doppel-Tarifsystems spricht.

Ernte-Aussichten. Nach der Zusammenstellung des kaiserlichen statistischen Amtes über den Saatensstand in Deutschland mit 12 K u n g u t ergeben sich folgende Noten:

Nr. 1 bedeutet sehr gut, 2 gut, 3 mittel, 4 gering, 5 sehr gering, die Zwischenstufen sind durch Decimale bezeichnet.

Table with columns for crop types (Winter-Weizen, Sommer-Weizen, Winter-Weizen, Sommer-Roggen, Sommer-Gerste, Hafer, Kartoffeln, Acker, Luzerne, Weiden) and rows for years (1900, 1899) with sub-columns for months (August, Juli, Juni, Mai, April, August).

Die erläuternden Bemerkungen des statistischen Amtes fügen hinzu:

Wintergetreide. Die für Roggen angegebene Note ist vielfach als eine solche über die Ernte anzusehen, da die Roggenernte zumeist beendet ist. Die Note für das Reich beträgt nun 3,0; unter dem Mittel bleiben Königreich Preußen, Königreich Sachsen nebst Sachsen-Weimar und Sachsen-Altenburg und Mecklenburg-Strelitz. Selbst in Bayern, das den günstigsten Bericht aufweist, bleibt der Ertrag infolge des dünnen Saats hinter der vorjährigen Ernte bedeutend zurück. Der Weizen hat stellenweise durch Brand, Frost und Weizenhalmstübe gelitten, auch durch Rotzeife in der Julihälfte, insgesamt aber wird er eine gute Durchschnittsernte ergeben. Unter dem Mittel bleibt von den Staaten nur Mecklenburg-Schwerin (mit 3,2), über die Note gut gehen Bayern und Neuchâtel (mit 1,8).

Sommergetreide. Obgleich alle Sommerfrüchte in diesem Jahre erheblich bessere Ernte als in den meisten der Vorjahre geben, werden doch in einzelnen Fällen verhältnismäßig über Rotzeife, Lagerstellen, Körnerverlust durch Wind und Hagel, Anstich, Diebstahl, etc. die Ernte vermindert. Die Reichsnote 2,3 läßt aber erkennen, daß bis jetzt die Ernte-Aussichten selten gute sind und in keinem der letzten sieben Jahre um diese Jahreszeit übertraffen wurden.

Für Oesterreich-Ungarn sind nach dem letzten Bericht des ungarischen Ackerbau-Ministeriums und sonstigen Schätzungen die Ernte-Aussichten entschieden ungünstigere, als im vorigen Jahre. Im ganzen wird vom Ackerbau-Ministerium der Ertrag der diesjährigen Weizenernte auf 36 1/2 Millionen Meter-Zentner geschätzt. Da im vorigen Jahre der Ertrag sich auf 38,45 Millionen Meter-Zentner belief, ist auf einen Ausfall von 2 Millionen zu rechnen. Dieser Ausfall würde indessen nicht so sehr ins Gewicht fallen, weil er teilweise durch alte Vorräte bedeckt wird; der Schwerpunkt der Situation liegt darin, daß auch die Roggenernte, die mit 10.000.000 Meter-Zentner notiert wird, gegen das Vorjahr ein Minus von mehr als 1 1/2 Millionen Meter-Zentner ergeben würde und der Ertrag der Gerste mit 11.800.000 Meter-Zentner gegen das Vorjahr sogar mit 2,1 Millionen Meter-Zentner im Rückstand wäre. Gerste ist in qualitativer Beziehung ebenfalls wenig befriedigend. Beim Hafer wird gegen das Vorjahr ein Ausfall von 1 1/2 Millionen Meter-Zentner befürchtet.

In Frankreich ist nach den amtlichen Ernteschätzungen eine mittlere oder ziemlich gute Ernte zu erwarten. Der Ertrag der Weizenernte wird auf höchstens 85 Millionen Doppelcentner gegen 100 Millionen Doppelcentner im Vorjahr geschätzt. Der Jahresbedarf Frankreichs wird mit 95 Millionen Doppelcentner angenommen; die letztjährige Ernte soll aber einen Ueberschuß von nahezu 10 Millionen Doppelcentnern gelassen haben. Das Annehmen der Kartoffeln hat begonnen, und die Ernte verspricht einen guten Ertrag. Die Weizen-, Acker- und Luzernfelder sowie die Weiden haben sehr unter der Trockenheit zu leiden gehabt.

Nach Meldungen aus Rußland wird die Getreideernte kaum eine mittlere sein. Weizen sieht schlecht, stellenweise recht schlecht und man befürchtet in einzelnen Gouvernements, daß der Ertrag gegen das Vorjahr noch beträchtlich zurückbleiben wird; vielfach rechnet man auf einen Ausfall von 30 bis 40 Proz. Auch die Roggenernte wird kaum eine mittlere werden. Dazu kommt, daß die Qualität im südöstlichen Rußland nur eine niedrige ist, da das Korn zum Teil notreif wurde. Aus Sibirien laufen nach wie vor schlechte Nachrichten ein. In der letzten Zeit eingetretener Regen kann nur den Weizen und den zu bestellenden Winterfeldern nützen. Die Dürre hat sich allmählich bis nach Stretenski verzoogen, wo die Taiga seit Wochen brennt. H. C.

Parteitag der österreichischen Socialdemokratie.

Graz, den 4. September 1900.

Dritter Verhandlungstag, nachmittags.

Den Vorsitz führt Popp, Wien.

Zur Verhandlung gelangt als fünfter Punkt der Tagesordnung die Frage der Landtagitation.

Der Berichterstatter, Dr. Alenbogen-Wien, empfiehlt folgende Resolution:

„Obgleich die industriell-kapitalistische Entwicklung Oesterreichs gegen die anderer Staaten weit zurückgeblieben ist und demgemäß auch der Ausbau der Organisation der industriellen Arbeiterchaft noch einer gründlichen und mühevollen Arbeit bedarf, ist es unsere Pflicht, die Ideen des Socialismus, soweit es möglich ist, schon jetzt unter die Landbevölkerung zu tragen, deren wirtschaftliche Existenzbedingungen unter denselben schweren Druck leiden, wie die der Arbeiter. Ueberdies nötigt uns hierzu das aller Verzicht höhnische Wahlrecht der fünften Kurie mit seinen ungeheuren Wahlbezügen.“

Ohne in prinzipielle Erörterungen der Agrarfrage, deren wissenschaftliche Grundlagen noch teilweise unangebahnt sind, einzugehen, erklärt daher der Parteitag:

Die Aufgabe der socialdemokratischen Landtagitation ist es zunächst, die Landbevölkerung zu socialistischen Denken zu erziehen, und sie hat sich dabei in erster Linie an jene Schichten zu wenden, die vermöge ihrer Klassenlage der Idee des Socialismus am zugänglichsten sind, an die Landarbeiter und Kleinbauern.

Sie muß ferner vor allem die Befreiung all der geistigen und politischen Schranken des ländlichen Konservatismus anstreben, also die Erweiterung der Schulbildung, die Uebernahme der Schulkosten durch den Staat, die Erhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und die Aufklärung der Landbevölkerung durch Zeitungen, Broschüren, landwirtschaftliche Kalender und dergleichen energisch betreiben, und hat, indem sie es gemäß ihrem Programm vermeidet, die religiösen Empfindungen der Landbevölkerung zu verletzen, den Kampf gegen den völkerverderblichen Merkantilismus mit aller Macht zu führen. Da die kleinen Landgemeinden vorzügliche Ausgangspunkte für die Landtagitation sind, soll der provinziellen Kommunalpolitik ein sorgfames Augenmerk zugewendet werden.

Unter den praktischen landwirtschaftlichen Reformen ist für diejenigen einzutreten, die

- 1. auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Verteilung der Bodenprodukte abzusehen, also: Vergeellschaftung von Wald, Wiese, Wasserkraft durch Staat, Land oder Gemeinde. Erweiterung des öffentlichen Landbesitzes durch eine völkerverdienliche Landpolitik, Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens auf völlig demokratischer Grundlage und dergleichen;
2. Die gegen die Privilegien und Uebergriffe einzelner Besitzender gerichteten sind, also: Aufhebung sämtlicher mit dem Grundbesitz verbundenen Vorrechte (Bannrechte, Fideikomnisse, Wahlcurien), Uebergabe der Jagd- und Fischereirechte an die Gemeinden;
3. Die auf die allgemeine, der Gesamtheit zu gute kommende Hebung der Bodenkultur, sowie die Verbesserung, Verbilligung und Zufuhrverleicherung der Lebensmittel gerichtet sind, also: Bodenmeliorationen durch Staat und Land (Wildbachverbauungen, Drainagen, Gewinnung wässriger Ländereien für die Kultur usw.), Errichtung von landwirtschaftlichen Versuchsanstalten und Untersuchungsstationen, eine den Anforderungen der modernen Wissenschaft entsprechende Vieh- und Fleischschlacht-, Aufzucht der Lebensmittelzucht, Herabsetzung der Frachttarife für Lebensmittel, Unerreglichkeit des landwirtschaftlichen Unterlebens, Wahrung der Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung gegen die Ueberverwertung durch Ungarn, nützlich politische und soziale Trennung Oesterreichs von Ungarn;

4. die auf den physischen und geistigen Schutz der Landarbeit gerichtet sind, also: Staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Landarbeiter, Vereinfachung der Besuchs-Ordnungen, landwirtschaftliche Inspektoren, Gründung von Landarbeiter-Gesellschaften, volles Konstitutionsrecht für die Landarbeiter, Landgerichtshöfe analog den Gewerbe-gerichten, mit der Befugnis der Bestimmung der Arbeitszeit, des Lohns, der Pachtverträge und dergleichen.

Schließlich ist daran festzuhalten, daß die Aufrüstung der Landbevölkerung auch wesentlich Sache des politischen Kampfs ist und die Bewohner des ländlichen Landes um so ungeringer Anknüpfung an die Sozialdemokratie suchen werden, je energischer und rücksichtsloser diese ihre Pflicht im Kampf für alle Forderungen der Menschlichkeit, des Rechts und der Freiheit erfüllen wird. Darum ist es die Aufgabe auch der Landagitation, für alle übrigen Forderungen der Sozialdemokratie unerschrocken überal einzutreten, wo sie in Frage kommen, und durch unermüdete Aufklärungsarbeit die Landbevölkerung dem Banne des Indifferentismus zu entreißen.

Zur Begründung sagt der Redner etwa folgendes:

Allmählich hat sich in der Partei die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß es notwendig ist, ein Programm für die Gewinnung der ländlichen Bevölkerung, zum wenigsten eine Direktive für die Landagitation aufzustellen. Zwei Gründe sind dafür vorzugsweise maßgebend, einmal der ökonomische Aufbau unseres Staats, der überwiegend agrarisch ist, dann aber auch die Grundlage unserer politischen Einrichtungen. Wir haben hier nicht das allgemeine gleiche Wahlrecht wie in Deutschland, sondern das Kurienwahlrecht, mit den riesengroßen Wahlbezirken, wo Land und Wald wohl durcheinander geworfen sind und die Industriezentren vom Lande förmlich erdrückt werden. Mit wissenschaftlichem Material sind wir für die Landfrage wenig gerüstet. So großartig sind Marx und Engels die Entwicklung der Industrie vorgezeichnet haben, so mangelhaft sind unsere theoretischen Schriften über die Entwicklung der Landwirtschaft. Im Schoß der Partei ist ja in den letzten Jahren eine agrarische Literatur entstanden, aber die Ansichten gehen da recht weit auseinander, stehen sich häufig sogar diametral gegenüber. Von dem einen wird die Entwicklung zum Großbetrieb auch in der Landwirtschaft angenommen, von dem andern das Gegenteil. Landverwalter hat in seinem Buche von der belgischen Agrarwirtschaft statistisch nachgewiesen, daß dort von einer Konzentration der landwirtschaftlichen Betriebe keine Rede ist. Die bäuerlichen Besitzer, noch mehr aber die Pächter haben sich dort vermehrt. Das eine scheint mir sicher zu sein, daß sich die Verhältnisse der Industrie nicht ohne weiteres auf die Landwirtschaft übertragen lassen.

Bis jetzt sind Landarbeiter-Organisationen in der Welt nur wenig zu finden. Selbst in England sind die Organisationen der Landarbeiter, die sich in früherer Zeit gebildet haben, wieder eingegangen. Sie sind natürlich nur möglich, wo große Güter vorhanden sind. Organisationsansätze sind in Italien und zwar in Sizilien und in der Provinz Emilia vorhanden. Die Regierung hat bestialische Unterdrückungsmaßregeln angewendet, man hat von blauen Wölfen keinen geringen Gebrauch gemacht, auch bei Lohnbewegungen Soldaten als Arbeiter kommandiert, aber die Bewegung der Landarbeiter in Italien ist doch nicht völlig zu unterdrücken gewesen.

Organisationsansätze sind auch in Ungarn vorhanden. Diese Landarbeiter-Organisation hat sogar eine eigene Zeitung. Auch in Böhmen gibt es einige von ezechischen Arbeiter gebildete politische Vereine. Für die Gewinnung der ländlichen Bevölkerung sind diese rein politischen Organisationen aber auch noch recht einflusslos.

In Belgien und auch in Deutschland hat man bisher auf ein besonderes Agrarprogramm verzichtet. Sie lernen das Schicksal, welches die Behandlung der Agrarfrage in Deutschland gehabt hat. Man hat die Bearbeitung des Programms vorläufig ad acta gelegt. Dessen ungeachtet ist man aber in der Landagitation nicht müßig gewesen. Die letzten Reichstags-Wahlen haben in rein ländlichen Bezirken einen erheblichen Stimmenzuwachs für die Sozialdemokratie gebracht, selbst in Ostpreußen, wo das Junkerregiment am stärksten ist. Wenn in Süddeutschland die Erfolge nicht so groß sind, so liegt das an dem Fehlen der Kandidaten. Schlecht waren nur die Erfolge in Rheinland und Westfalen, wo alles unter Herrschaft Einfluß steht, und in Posen und Westpreußen, wo nationale Streitigkeiten zwischen Polen und Deutschen bestehen.

Es fragt sich nun, wer ist für uns von der ländlichen Bevölkerung zu gewinnen. Es gibt Genossen, die es als einen Druck des Princips ansehen, wenn wir uns an die Kleinbauern wenden, da diese ja zu den Besitzenden gehören. Die Genossen übersehen, daß die meisten dieser Besitzenden, wie der italienische Nationalökonom Morpurgo so treffend gesagt hat, Märtyrer ihres Besitzes sind. Ich meine, wir haben sehr sorgfältig zu beobachten, was auf dem Lande vorgeht.

Voraussetzungen für unsere Annäherung an die Bauern sind natürlich eine Erweiterung des Geschäftskreises der Bauern, eine Erweiterung ihrer Schulbildung und ihre politische Erziehung. Die Erweiterung der Schulbildung kann nur erfolgen durch die Uebernahme der Schulkosten durch den Staat, die politische Erziehung durch das allgemeine gleiche Wahlrecht. Wir müssen eine zweckentsprechende Agitation entfalten gegenüber dem erdrückenden Einfluß des Pflanzens. Unsere Geistlichen bekämpfen die Sozialdemokratie mit den verwerflichsten Mitteln. Bei der Landagitation darf nicht die Verhinderung des Pflanzens mit der Verhinderung der Religion verwechselt werden; heilig muß uns der Grundlag sein Religion ist Privatfrage. Es gibt echte religiöse Ueberzeugungen, wenn wir sie auch nicht teilen.

Wir haben ihnen eine Resolution vorgelegt, in der mit peinlicher Vorsicht alles ausgeschaltet ist, was in der Theorie noch zünftig ist.

Redner bespricht die einzelnen Forderungen und hebt u. a. hervor, daß wir mit dem Verlangen: Aufhebung der Getreidezölle, die Groß- und Mittelbauern allerdings nicht gewinnen werden; aber auf sie rechnen wir nicht. Die Vorschläge, die wir bringen, sind nur ein weiterer und großer Mahnen, aber so gefaßt, daß sich unser weiteres Programm für die Landfrage natürlich hineinmischen kann. Die Frage der Landagitation eröffnet uns ein Gebiet vielgestaltiger Tätigkeit.

Verzeihen wir uns dabei nicht: Wenn wir uns auf Land gehen, so sind wir nicht nur Lehrer und Aufklärer, sondern auch Schüler, die zu lernen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben der Antler tausend neue Anknüpfungspunkte zu finden. Neue große Versprechungen werden sich uns eröffnen, uns, die wir uns bisher auf ein enger begrenztes, wenn auch weltgeschichtliches Gebiet beschränkt haben. In das Rätsel der menschlichen Gesellschaft werden wir neue Einblicke gewinnen, und mit größerem und rascherem Erfolge wird unsere Partei sich jenem herrlichen Ziele nähern, das ihr die Geschichte gezeigt hat. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Die Diskussion.

Dolejski-Wien beantragt, die Parteileitung solle eine Preis-Konkurrenz für eine den ländlichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen angepaßte Agitationschrift zur Massenverbreitung unter der Landbevölkerung veranstalten.

Redner Redner sprechen sich im Sinne des Referenten aus.

Vollmar-München: Ich halte darauf, zu sagen, daß ich mich nicht zum Wort gemeldet habe, sondern gemeldet worden bin. (Heiterkeit.) Ich bin hierher gekommen, um zu hören und zu lernen. Als Ausländer kann es mir nicht einfallen, Ihnen irgend welche Ratschläge zu erteilen oder geschweizer sein zu wollen, als Sie. Aber eine wachsende Anzahl Genossen hat gemeint, es wäre nicht übel, wenn ich einige Worte zu dieser Frage sagte, und als guter Kerl will ich mich dem Wunsch nicht entziehen. (Heiterkeit.) Freilich kann ich nur ganz aus dem Zusammenhang gerissen über einige Punkte ein paar Worte sagen. Ich bin auf dem Lande erzogen und wohne auf dem Lande. Wenn ich auch selber kein Landwirt bin, so glaube ich mir doch zutrauen zu dürfen, das Wesen der Landwirtschaft in Altbayern und Bayern über-

haupt zu kennen. Vor allem muß man sich bei der Beurteilung landwirtschaftlicher Dinge von allen vorgefaßten Meinungen frei machen. Täglich wir uns nicht; unsere Partei hat in der Landfrage bisher in wesentlichen Analogieschlüssen aus der Industrie gezogen. Man hat gesagt, Marx hat die Entwicklung des industriellen Produktionsprozesses, der Kapitalkonzentration aufgewiesen, und wenn der Satz richtig ist, muß er auf alles sich anwenden lassen. Wenn wir es in der Wirklichkeit noch nicht sehen, so muß es eben erdacht werden, daß dieses Gesetz sich auch auf die Landwirtschaft erstreckt. Im prinzipiellen Teil unserer Programme ist die Landfrage ein reines Aushängsel; früher stand gar nichts von der Landwirtschaft drin. In Erfurt hat man schnell noch eine Einfügung über die Landwirtschaft gemacht, und die Landarbeiter des Programms haben damit bewiesen, daß sie der Meinung waren, im wesentlichen müsse doch unverändert an dem Grundlag der Konzentration festgehalten werden. Heute hat Ihr Referent Ihnen unwiderleglich gezeigt, daß diese Annahme für die Landwirtschaft ganz unhaltbar ist. Was die Zukunft bringen wird, wissen wir nicht. Zur Zeit steht die Sache so: So lange die internationale Sozialdemokratie existiert, hat sich auf dem Gebiete der Landwirtschaft nichts gezeigt, was der industriellen Entwicklung und Kapitalkonzentration entspricht. Das hat die letzte deutsche Verensammlung unwiderleglich gezeigt, trotz des kindlichen Unterfangens einiger Leute, den Hahnen-Gewalt anzuhängen. Die Tatsache einer Entwicklung in der Landwirtschaft analog der Entwicklung in der Industrie vom kleinen zum mittleren, vom mittleren zum Großbetrieb, ist nicht vorhanden. Ob sie später eintreten wird, bin ich zu beurteilen zu wenig Theoretiker. Mit dogmatischen Phrasen habe ich mich nicht abgeben: Das steht auf dem Papier schon aus, aber die Wirklichkeit kümmert sich nicht darum. Es steht so, daß auch der Beweis, daß die Großproduktion in der Landwirtschaft vorteilhafter sei als der Kleinbetrieb, nicht erbracht ist. Das muß uns einen Fingerzeig geben, uns vor vorkühnen Schlüssen zu hüten — wie ich überhaupt der Meinung bin — hier bin ich vielleicht sehr lehrerisch (Heiterkeit) —, daß nicht bloß auf dem landwirtschaftlichen, sondern auch auf dem industriellen Gebiet die Sache nicht ganz so steht. Es gibt Leute, die entgegen der Marx'schen Auffassung den äußeren Formen der Dinge mehr Bedeutung beimessen, als ihrem inneren Wesen, die bei dem Begriff der Verstaatlichung mehr die juristische Seite im Auge haben und nicht, ob es nicht eine Form der Vergesellschaftung gibt, die, ohne äußerliche Verstaatlichung zu sein und diese juristische Form zu haben, gleichwohl thatsächlich ein Stück dieser Vergesellschaftung darstellt, d. h. die fortgesetzte Verstaatlichung des staatlichen und gesellschaftlichen Einflusses und die Einschränkung des früher unbeschränkten Privatrechts. Das spielt besonders in der Landwirtschaft eine Rolle. Ich kann nicht oft genug betonen, daß Bedenken prinzipieller Art gegen ein Landprogramm nicht allzu großer Wert beizulegen ist, weil unsere Programme überhaupt nicht die absolute Bedeutung haben, die man ihnen manchmal beilegen möchte, sondern nur eine relative. Früher hat man gesagt: Wir stehen auf dem Standpunkt der kollektiven Wirtschaft, deshalb können wir nicht unterstützen, was den Privatbesitz zu fördern oder zu halten geeignet ist. Wenn das richtig ist, dann würden wir allerdings sagen, wir haben es nur mit dem Landproletariat zu thun. In Wirklichkeit ist es nicht so. Nach meiner Auffassung ist es ein Aushängsel, sich vorzustellen, daß in einem Jahr oder auch nur einem Jahrzehnt, in einem noch so stark entwickelten Staate die ganzen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und gesellschaftlichen Betrieb übergeführt werden können, sondern in dem Maße, in dem die Produktionsmittel gesellschaftlicher Natur geworden sind, in dem Maße, in dem die Industrie riesengroß angewachsen und dadurch der Privatwirtschaft entzogen ist, geht die Verstaatlichung vor sich, während da, wo die Konzentration noch nicht eingetreten, der Privatbesitz vollkommen in seinem Recht ist und unter Umständen auch viel nützlicher sein kann für das Allgemeinwohl. Es ist besser, wir gehen der Reihe nach vor, weil der Anknüpfung sonst so gewaltig wäre, daß die Kräfte nirgends ausreichen würden. Das heißt: wir können sehr wohl Maßregeln ergreifen, die den Kleinbesitz in der Landwirtschaft zur Zeit aufrecht erhalten und ihn befähigen können, sich gegen den Großbesitz zu halten, ohne daß wir deswegen unsere Prinzipien entgegenhandeln. Wer nicht auf diesem Standpunkt steht, kann ein Landprogramm, ein Bauernprogramm nicht machen. Denn wenn ich den kleinen Bauer schütze, schütze ich damit auch sein Eigentum.

Ellenbogen hat sehr schön gesagt, daß wir auf dem Lande vor allem lernen müssen. Wir sollen uns hier nicht schöne Worte sagen, sondern unser Gewissen erforschen und unsre Sünden entdecken: Unter hundert Genossen ist kaum einer fähig, auf dem Lande etwas zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Und weshalb nicht? Weil zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung eine tiefe Kluft klafft, die trotz aller Abwanderung nicht geschlossen ist, weil die Städte und auch die städtischen Arbeiter sich in die Seele des Bauern nicht verlesen. Der Gedanke herrscht bei ihnen: der Bauer ist ein dummes Kerl. Manche sind so freundlich, es bei der Agitation gleich zu sagen. (Heiterkeit.) Bei den andern ist es innerliche Vorspielung wenigstens. Der Bauer mag in mancher Hinsicht beschränkt sein, aber dumm ist er nicht. Durch allgemeine Redensarten ist er nicht zu gewinnen. Ueberhaupt: eine Handvoll Praxis und praktischer Kenntnis ist mir lieber, als ein ganzer Hügel Theorie, sobald es an den Bauer geht. (Zustimmung.)

Damit läßt die ganze Behandlung des Bauern zusammen. Agitatoren gibt es, die reden den Bauer mit Genossen an und schließen mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Das kommt den Bauern griedisch vor. Ich muß sagen, es ist mir lieber, wenn gar nicht agitiert wird, als wenn so „pöpslich“ agitiert wird. Voraussetzung für erfolgreiche Bauernagitation ist, daß in unserer Partei in Bezug auf die Religion andre Grundzüge Platz greifen. Ich rede hier von deutschen Verhältnissen. Religion muß wirklich Privatfrage sein, ein völlig neutrales Gebiet. Von den wenigsten wird dieser Grundlag beachtet. Aber gerade das ist der Hauptfehler. Je weniger einer von Religion redet, desto besser ist es und wenn er gar nicht darüber redet, so ist er ein Meister der Agitation. Die Leute, die von sich selbst glauben, die Auffassung des ganzen Jahrhunderts mit Köpfen getroffen zu haben und jeden religiösen Ueberzeugungen für einen Schafstopf halten, sollen von der Landagitation, vielleicht auch von anderer Agitation fernbleiben.

Die heutigen Verhandlungen erinnern mich lebhaft an unsere Verhandlungen in Frankfurt 1894. Viel ist nicht herausgekommen. Zuerst war freilich große Begeisterung, allmählich ist die Sache im Sand verlaufen. Die Bauern haben ein schönes Programm ausgearbeitet. In Erfurt fand es keine Gnade, namentlich den Leuten, die von der Landwirtschaft gar nichts verstehen, und die waren in der Mehrheit (Heiterkeit), war es gar nicht recht, und wir mußten froh sein, noch mit dem blauen Auge davongekommen zu sein. Ich meine das nicht östereich-parlamentarisch (Große Heiterkeit), sondern mir bildlich. Seitdem gehöre ich nicht mehr zu denen, die eine Behandlung der Agrarfrage beschleunigen wollen. Die Sache muß ihre Entwicklung gehen. In der Partei können solche Fragen nicht durch Majoritätsbeschlüsse entschieden werden.

Wenn Sie nun auf das Land gehen, glauben Sie nicht, daß sich sofort Erfolge einstellen. Der Bauer denkt langsam, er ist nur langsam zu bekehren. Auch unsere Wahlerfolge sind noch sehr gering. Aber die Bauern haben uns nicht mehr für Räuber und Spitzbuben, sie glauben den Geistlichen nicht mehr, was sie ihnen aber uns erzählen. Ich kann Ihnen zum Schluß nur raten: Man muß auf dem Lande langsam vorgehen, vor allem vom Bauer zu lernen suchen. Die Frage ist schwieriger als jede andre. Aber ob die Bauern schwer oder leicht zu kriegen sind, sie müssen gewonnen werden, denn die Eroberung der politischen Macht ist ohne die ländliche Bevölkerung nicht möglich. (Stürmischer, sich immer wiederholender Beifall.)

Die Diskussion wird hierauf abgebrochen.

Die Wahlkommission unterbreitet dem Parteitag noch die Vorschläge für die Wahl der Parteivertreter, dann werden die Verhandlungen auf Mittwoch früh vertagt.

Vierter Verhandlungstag, vormittags.
S. 23, den 6. September 1909.

Poppe-Wien führt den Vorsitz.

Die Debatte über die Landagitation wird fortgesetzt.

Rich-Bilach: Wir müssen zu den Bauern hinausgehen, wenn wir weiter kommen wollen. Ganz Ränthen ist so wenig industriell, daß wir die Bauern für uns brauchen. Die Bauern sind uns auch zugänglich. Bollmars Ausführungen freilich haben mich etwas verschümpft. Ich glaube, wenn wir alles so über Bord werfen, um die Bauern zu bekommen, dann entzieht in mir der Gedanke, daß wir nicht mehr jene Partei sind, die wir eigentlich sein wollen. In Ränthen wird es für uns mit unserm Programm möglich sein, da festen Fuß zu fassen, wo Industrie in der Nähe ist.

Nachdem Tuller-Leoben sich gegen die Resolution ausgesprochen und Schramel-Kuffig sein Einverständnis mit dem Referenten ausgedrückt haben, erhebt das Wort

Dr. Adler-Wien: Die Notwendigkeit, uns mit der Landbevölkerung zu beschäftigen, ist uns geradezu aufgedrängt. Andererseits aber erscheint es mir als eine Verschwendung, wenn wir in solchen Gegenden, wo diese Notwendigkeit nicht so unmittelbar und ausschließlich hervortritt, Kräfte auf die Landagitation verwenden. (Zustimmung.) Ich habe den Eindruck, als wenn die harte und schwierige Aufgabe, zurückgebliebene Schichten des Industrie-proletariats zu gewinnen, manchmal vernachlässigt wird, um — eine allerdings auch harte und schwierige Aufgabe — die bestehenden Erfolge in der Landbevölkerung einzuflechten. Das gilt für bestimmte Bezirke Böhmens und Mährens. Da sollten die Genossen sich überlegen, ob es nicht notwendig ist, der Industriebevölkerung die Kräfte zu widmen, die sie zu den Bauern schicken — nicht immer mit dauerndem Erfolg.

Ich bin mit den Ausführungen Ellenbogens und vielfach mit denen Bollmars einverstanden, aber ich bin nicht ein solcher Optimist wie sie. Es hat mich gefreut, daß Rich, der aus einem Landbezirk kommt und gewiß ein kompetenter Beobachter ist, hier ausgesprochen hat, daß ihn manches in Bollmars Rede verschümpft hat. Ich bedauere aufrichtig, daß Bollmar nicht die Möglichkeit hat, unserer heutigen Debatte beizuwohnen. Er und Segig mußten wegen des nahenden deutschen Parteitag uns heute schon verlassen. Was an Kritik nötig ist, muß also in seiner Abwesenheit erfolgen.

Was Bollmar über die Technik der Agitation gesagt hat, ist in den allermeisten Punkten auch auf Oesterreich anwendbar. Nur in Bezug auf den Punkt „Religion“ möchte ich nicht ganz so weit gehen, wie er. Wir können nicht immer so handeln, wie wir wollen. Keinen kann die Lommene Pfaffenprediger, das oberflächliche Diskutieren über schwere philosophische Fragen so verhaft sein, wie wir, und alle Religion ist, wenn sie überhaupt etwas ist, Philosophie. Aber die Träger des kirchlichen Organismus sind gleichzeitig Organe der politischen Agitation, und da können wir das von Bollmar geforderte scharfe Messer, das Religion und Pfaffen von einander trennen soll, nicht immer so anwenden, wie wir möchten. Wenn der Schnitt manchmal daneben geht, so ist das nicht unsere Schuld. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun kommen wir zu den theoretischen Grundlagen. Bollmar hat seiner Beringschätzung für das, was er Dogma nennt, hier Ausdruck gegeben, aber das sind immer die Dogmen der andern Leute. (Heiterkeit.) Für die eignen Dogmen aber hat er eine ganz erhebliche Wertschätzung. (Dr. Ellenbogen: Das ist bei uns aber auch so.) Ich bemühe mich, vorurteilslos zu sein. So gebe ich ohne weiteres zu, daß die Ziffern der deutschen Statistik nicht jene Konzentration be weisen, wie wir sie uns vor 10 oder 20 Jahren von der Entwicklung der Landwirtschaft vorgestellt haben. Die Verhältnisse in Altbayern sind jedoch nicht maßgebend für weite Bezirke des Deutschen Reichs, wo die Industrie eine vollständige Umwälzung auch in den agrarischen Verhältnissen hervorgerufen hat. Wenn eine quantitative Entwicklung in der Landwirtschaft auch nicht nachweisbar ist, eine qualitative Entwicklung ist in ganz ungeheurem Maßstabe vor sich gegangen. (Lebhafte Zustimmung.) Gewiß, die Zahl der Bauern hat sich nicht vermindert, gerade so gut, wie sich die Zahl der selbständigen Schneider in der Statistik nicht vermindert hat. Der Schneider, der Bauer vor zwanzig Jahren war aber ein ganz anderer. Wenn die Zahl der Bauern sich auch nicht verändert hat, die Besitzverhältnisse und das Verhältnis des Besitzenden zu seinem Besitz ist total verschieden. (Sehr richtig.) Nicht überall, das gebe ich zu. Bollmar hat konstatiert, daß unsere sozialistische Theorie über diese Dinge nicht viel Neues zu Tage gefördert hat. Ich wünsche aber doch, daß die Genossen die Resultate dieser so gering geschätzten Theorie, die Bollmar selber sehr gut zu verwerten weiß, lernen lernen. Ueber den Einfluß der Industrie auf die Landwirtschaft findet sich in Kautskys Buch das vorzüglichste Material.

Noch mehr: Bollmar kommt thatsächlich zu denselben Resultaten, wie unsere verworrensten Theoretiker (Heiterkeit), wie Kautsky, um den schwärzesten gleich zu nennen. Jene unter den Grundbesitzern, die heute noch wirklich im Besitz sind, die von der ansteigenden Flut des Kapitalismus noch nicht angegriffen sind oder nie angegriffen werden in ihrem Besitz sind, die werden wir so wenig gewinnen als die Unternehmer. (Sehr richtig.) Das versteht sich von selbst; wir wollen sie auch gar nicht haben, wir könnten sie auch gar nicht brauchen, weil wir ihnen zu viel Konzessionen machen müßten. (Zustimmung.) Jene Leute aber, die nur noch im Besitz der bäuerlichen Aufkammerung stehen, während sie wirtschaftlich ihrer Proletarisierung entgegengehen, die können wir mindestens — und das hat Bollmar genau wie Kautsky gesagt — neutralisieren.

Die praktischen Erfahrungen, die große Weltklugheit Bollmars — und auch Dr. Ellenbogen ist ein kluger Mann — sind außerordentlich wertvoll, aber das kritische Auge müssen wir uns bewahren.

Auch das Wort vom relativen Wert der Programme muß auf sein richtiges Maß zurückgeführt werden. So sehr ich von der Notwendigkeit überzeugt bin, auch die agrarische Bevölkerung in den Kreis der sozialistischen Idee und Aktion zu ziehen, so sehr ist das Wort Bollmars unterwürdig, daß wir ohne die Bauern die politische Macht vielleicht gewinnen, aber sie ohne sie sicherlich nicht behalten können, so sehr bin ich auch der Ansicht, daß wir es sein müssen, die zur politischen Macht kommen und sie behalten, das heißt der durch die Einsicht getriebene Wille der Sozialdemokratie. (Bravo.) Die politische Macht hätte für das Proletariat keine Bedeutung, wenn wir uns aus einer sozialdemokratischen in eine ganz verworrene Opportunistenpartei nicht nur in der Taktik, sondern im Prinzip entwickelt hätten. (Bravo!)

Glauben Sie nicht, daß ich Programme und Prinzip gegen Bollmar und Ellenbogen retten wollte. In der Praxis gehen wir vor mit ganz gutem Gewissen. Wir können, ohne uns etwas zu vergeben, ruhig sagen: Wir haben über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse keine so klare Einsicht, weil sie viel längere Zeiträume beansprucht, als die industrielle. Und weiter können wir sagen: Allerdings hat sich heute das kleine oder sagen wir das mittlere Eigentum in der Landwirtschaft noch nicht in dem Grade als kalunwidrig herausgestellt, als das Eigentum in der Industrie. Wir können zugeben, daß wir mit Rücksicht auf den langsamen Verlauf der Entwicklung ohne weiteres vom sozialdemokratischen Standpunkt aus den kleinen Besitz schützen können gegen Andwanderung von oben. Wir können aber nicht so weit gehen, daß wir in einem Konflikt zwischen Proletariern, Anekdoten und Besitzenden, Großbauern, uns, um uns zu rechnen, auf Seite des Großbauern stellen, was nicht geschieht, oder auch nur stillschweigend darüber wegzugehen. Alle Erfolge, die erkauft werden durch feiges Preisgeben der ländlichen Lohnarbeiter, nicht nur auf den großen Plantagen, sondern auch auf den großen Bauerngütern, erscheinen mir nicht als Erfolg, sondern als prinzipieller Parteiverrat (Lebh. Beifall), als ein Verrat, der sich früher oder später an uns rächen würde. (Erneuter Beifall.) Ich verahre mich dagegen, daß ich Bollmar unterwürdig, er rate zu solchen Dingen. Aber eine Gefahr besteht! Bollmar sagt zwar: Meine Worte beziehen sich auf Bayern und ich rede von nichts andern; hernach aber zieht er die Konsequenzen ganz ins Allgemeine. Da ist es möglich, daß Verstellungen über seine Theorie in den Köpfen entstehen, die seiner Absicht nicht entsprechen.

Sie fürchten und nicht vor der Befestigung des bayerischen Gebietes, ebenso wenig aber fürchten wir uns vor allzu rascher und allzu schleimiger Verstaatlichung. Doch wir gar noch Vorkehrungen treffen sollen, daß es nicht allzu geschwind gehe, ist nicht notwendig. (Weiterleit.)

In der weiteren Diskussion sprechen noch die Genossen Schönbauer, Wölfling-Schönberg, Schälinger, Florisdorf, Seeliger-Reichenberg, Jodlbauer-Graz und Neffel-Graz.

In seinem Schlusswort wendet sich der Referent Dr. Ellenbogen-Wien noch mit einigen Bemerkungen gegen Dr. Adler. Bei der Abstimmung wird die Resolution Ellenbogen angenommen, außerdem noch zwei Ergänzungen der Resolution: 1. ein Antrag Jodlbauer betreffend den Ausbau der Versicherungsanstalten und Uebernahme der Kosten durch den Staat, 2. ein Antrag Schönbauer auf Verbesserung der Versicherung-Gesetze durch Schadloshaltung der durch die Handhabung dieses Gesetzes geschädigten Landwirte.

Der Antrag auf Anschließung einer Preisliste für eine Agitationschrift, welche für Massenverbreitung unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung geeignet wäre, wird der Parteivertretung zur Berücksichtigung überwiesen.

Es wird hierauf über den Punkt „Gemeindevahlrecht“ verhandelt. Als Referent hebt Schönbauer-Wien die Notwendigkeit hervor, daß sich die Partei bei den Wahlen der kommunalen Körperschaften betätige und für diese Wahlen das allgemeine gleiche Wahlrecht zu erstreben habe. Ein von ihm ausgearbeitetes umfangreiches Kommunalprogramm bietet er als Material einem Ausschuss zu überweisen, der ein endgültiges Programm zu entwerfen habe. Mit großer Entscheidung wird er sich gegen einen Antrag Austerlitz, der die Schaffung einer reinen Arbeiterkurie als Uebergangsstadium zum allgemeinen gleichen Wahlrecht empfiehlt, und befürwortet einen Antrag der Bezirksorganisation Wien VII, der sich gegen jede Interessentvertretung ausspricht.

Es wird hierauf noch die Stimmzettwahl für die Parteivertretung vorgenommen. Das Resultat wird erst später verkündet werden. Die Diskussion wird auf Nachmittags vertagt.

Graz, 6. September. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Der Parteitag wurde heute geschlossen. Der allgemeine österreichische Parteitag findet 1901 in Krakau statt, während der nächste Parteitag der deutschsprachigen Parteigenossen Oesterreichs 1902 in Wien ab-

gehalten werden wird. Beschlossen wurde noch die sofortige Rüstung für die zu erwartenden Neuwahlen zum Reichsrat.

Die Genossen Bernerstorfer und Ellenbogen wurden von der Parteileitung beauftragt, die deutsch-österreichischen Genossen in Mainz zu vertreten.

Nach Paris wurden delegiert: Adler, Ellenbogen und Bernerstorfer.

Witterungsüberblick vom 6. September 1900, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Wetter. Rows include Zwickau, Chemnitz, Leipzig, Dresden, etc.

Wetter-Prognose für Freitag, den 7. September 1900. Bientlich kühl, zeitweise anfallend, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 7. September. Opernhaus. Der Prophet. Schauspielhaus. Raub der Sabinen. Neues Oper-Theater (Kroll). Die Fledermaus. Deutsches Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg. Kammerspiele. Die Geisha. Apollo-Theater. Venus auf Erden. Carl Weiss-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Heute Freitag, wegen Vorbereitung zur Kapitulation. Müller und Schulze auf der Pariser Weltausstellung.

Urania

Tanzenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung. Invalidenstr. 57/62. Tagl. Sternwarte. Nachmittags 6-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Marokkaner (11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder). Vorstellung stündlich. Von 7 bis 10 1/2 Uhr: Théâtre varié.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Graf Waldersee in der Tropen-Uniform. Kampf eines deutschen Seesoldaten mit Boxern bei Tientsin! Die sensationellen lobenden Photographien: Russische Nationale Streichkapelle.

Secessions-Bühne.

Eröffnungs-Vorstellung 15. September 1900. Komödie der Liebe. Von Henrik Ibsen. Vorverkauf an der Tageskasse. Thalia-Theater. Dresdenstr. 72/73. Wieder-Gründung Morgen, den 8. September cr.: Novität! Novität! Zum 1. Male: Der Liebesknecht.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Direktion: Winkler und Fröschl. Sonnabend, den 8. September: Gr. Eröffnungs-Gala-Vorstellung. Diefen-Programm. Vom Besten das Beste! Neu! Neu! Puffschmutzen.

Deutsche Konzert-Hallen

Spandauer Brücke 3. Großer Naturgarten. Täglich von 6 Uhr ab: Gr. internationale Konzerte von sämtlichen Gesangs-Kunst-Kapellen. Entree frei.

Theater-Abteilung.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9. Freitag, den 7. September: Benefiz für das Schauspiel-Veren. Die Lieder des Musikanten. Benefiz für das Schauspiel-Veren. Die Lieder des Musikanten.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr, Entree 50 Pfennig, Vorverkauf 40 Pf.

W. Noacks Theater.

Beimnstrasse 16. Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Der Sängling. Posse mit Ges. in 1 Akt v. O. Richter. Plaut von Thiele. Neu! Spreelottchen Neu! Ein Sommerfest in Klantschon.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Berlin.

Sonnabend, 8. Sept., in Stecher's Festsälen, Kudbeckstr. 21: Stiftungsfest. Beteiligung sämtlicher Mitglieder erwünscht. Sonntag, den 9. Sept.: Gau-Versammlung im Moabit Clubhaus.

Etablissement See-Terrasse

Röderstr. 1-6, unweit Landsberger Allee (Stouerhaus). Sonntag, den 9. September 1900: Gr. Künstler Frei-Konzert. Von 4 Uhr ab: Grosser Tanz. Kaffeeküche, 4 Kegelbahnen, Aussichtsturm. Entree frei!

Metropol-Theater.

Der Mandarin von Tsing-ling-ling. Eduard Steinberger als Gast. Bianca & Desroche. La Charmeroy. Rudinoff. Sisters Danbar. Les 3 Keziahs. Woodsou.

J. Rosenthal & Co.

Charlottenburg, Wilmersdorfer-Str. 64, Ecke Kantstrasse. Ein großes Lager in fertigen Herren- u. Anabengarderoben. Größte Auswahl in Arbeiter-Garderoben.

Max Kliem's Sommer-Theater

Gartenstraße 13-15. Künstliche Leitung: Paul Hilbitz. Täglich: Grosses Doppel-Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. - Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. - Donnerstag: Elite-Tag.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. Jeden Sonntag: Frei-Konzert. Im Saale Tanz. [45000] Richtung: J. M. Hätt.

Treptow. Restaurant Karpfenleib.

an der Köpenicker Landstraße. Jeden Sonntag: Frei-Konzert. Im Saale Tanz. [45000]

Cohns Festsäle.

Beuthstrasse 19/20. Empfehlung meine Säle zu Versammlungen. Einige Sonnabende und Sonntage noch frei für Feiern. [45000]

Todes-Anzeige.

Allen Kollegen, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Montagabend 6 1/2 Uhr nach kurzem schwerem Leiden meine innig geliebte Frau Margarethe durch den Tod entrißen wurde. Um stille Teilnahme bitten die Hinterbliebenen. N. Schwager, Bildhauer, 27296 nebst Sohn.

Dankfagung.

Meinen herzlichsten Dank den Kollegen der Firma Schönlager u. Größ für die rege Teilnahme an dem Beerdigung meines lieben Vaters. Die trauernden Hinterbliebenen. Wwe. Schumann nebst Kindern. Weis- und Bayerisch-Bier-Loth Oswald Grauer, Frankfurter Allee 181. Französ. Billard. Vereinszimmer.

Achtung, Vereine!

Wohlfahrt- und Theaterverein Marie sucht Verein, welcher gewillt, im Oktober in den Andreas-Festtagen mitzumachen. Meldungen Dienstagabend 9 Uhr bei Dalg, Faltstr. 94b.

Filzhüte für Herren

neueste Form, 1,50 und 2,00, höchste Qualität 2,50 und 3,00, extra feine 3,50-4,50 im Hut-Engros-Lager, Prinzlaurostrasse 20, 2 Tr. Cylindershüte, Chapeaux claque und Knabenhüte in großer Auswahl.

Pflanzendünger.

Mit hoher Schutzmarke versehen, echte Packung für 15 L., 25 L., 40 L. u. 60 L. in Progen-, Material-, wagen-, Blumen-, u. Samen-Mischungen.

Nüßl. Böhne

2 Pf. an, vorzügliche Zeitfahrlung. Plombieren. Schmezzlozes Bohnenschen. Reparaturen in 2 Stunden. Spreng 3-8. N. Lange, Blumenstraße 25, Ecke Markstraße.

Oderbruch-Gänse

Gänsefleisch, Linsen, Federn. Wildfleisch. Enten, Gänse, Tauben. A. Ritschl, Dresdenstr. 61. Gerrenrad umhängebender (Hottel) billige Eisenerze. 33 II. 32/19

!! Für Mk. 25 !!

liefern Anzug nach Maß, haltbare Stoffe, beste Zutaten, port Anproben, Garantie für guten Sitz, fairen Verarbeitung. Um Kunden zu erlangen! Ohne Konkurrenz! Derrenbekleidung. Ludwig Engel, Münzstr. 26.

Einsegnungs-Anzüge, neueste Façons in blau und schwarz Kammgarn u. Cheviot Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße Nr. 141, Ecke Fruchtstraße.



Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

24. Sitzung vom Donnerstag, den 6. September 1900, nachmittags 5 Uhr.

Nach zweimonatlichem Sommererstein tritt heute die Vertretung der Berliner Bürgererschaft zur Wiederaufnahme der Geschäfte zusammen.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans begrüßt die Versammlung und weist auf die schweren Arbeiten hin, die dieselbe in den nächsten Monaten zu erledigen haben werde.

Der Stadtv. Soli hat sein Mandat nach fast 25jähriger Mitgliedschaft aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt.

81 Mitglieder der Versammlung weisen zur Zeit noch in Urlaub. Für das im Tiergarten an der Schmalseite des Goldfischteichs aufzustellende

Sahn-Mozart-Beethoven-Denkmal

sollen dem geschäftsführenden Ausschuss des betreffenden Komitees 10 000 M. als Beitrag zu den Gesamtkosten von 80 000 M. bewilligt werden.

Die im Juni abgelehnte Vorlage wegen Vermietung einer im Hause der Pumpstation des Radialsystems III der Kanalisation, Schönebergerstr. 21, belegenen Wohnung hat der Magistrat mit der von uns schon ausführlich besprochenen Erläuterung ihrer ursprünglichen „Begründung“ der Versammlung zum zweitenmal zu gehen lassen.

Ohne Diskussion erteilt diesmal die Versammlung zu der Vorlage ihre Zustimmung.

Auf Antrag des Stadtv. Justizrat Cassel wird dem Komitee die ganze an dem Kostenbetrag noch fehlende Summe von 12 000 M. fast einstimmig bewilligt.

Für die abermalige Veranstaltung von

Vorlesungen über Elektrotechnik

durch den Subdirektor Professor Szymanski im Hörsaal der ersten Handwerkerschule sollen im kommenden Winter 1900 M. veranschlagt werden.

Stadtv. Schwalbe beantragt die Erhöhung der Summe auf 1800 Mark.

Stadtv. Vorkmann beantragt, den Magistrat zu ersuchen, gleichzeitig auch für die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung solche Vorlesungen zu veranstalten, weil sich gezeigt habe, daß schon vor zwei Jahren auch seitens einer großen Zahl von Kollegen die damaligen Vorlesungen beachtet wurden, ein erheblicher Teil derselben aber noch nicht Gelegenheit gehabt habe, an denselben teilzunehmen, und das Bedürfnis, sich auf diesem so bedeutsamen Gebiete zu unterrichten, gerade für die städtische Behörde unbestreitbar sei.

Stadtrat Ramskau: Dem Wunsche der Antragsteller selbst wird der Magistrat natürlich nicht entgegen sein, aber für dieses Jahr wird sich die Sache praktisch kaum durchführen lassen, da wir auf das Auditorium in der I. Handwerkerschule und allein auf den Prof. Szymanski angewiesen sind.

Stadtv. Schwalbe hält diese Gegenstände nicht für durchschlagend, ebenso wenig der Vorsitzende Dr. Langerhans, der ebenfalls dringend um die Annahme des Antrags Vorkmann ersucht und außerdem ausführt, daß für die Mitglieder des Magistrats und der Versammlung statt 4 Vorlesungen 2 ausreichen dürften.

Stadtv. Esmann meint, es müßte dem doch ein größerer Saal in Aussicht genommen werden; der Saal in der Handwerkerschule könne nur 80 Personen. Der Professor Szymanski sei auch sehr überhärdet und dürfe nicht überanstrengt werden.

Nach einer kurzen Entgegnung des Stadtv. Vorkmann, der bezweifelt, daß es in Berlin nur die eine Autorität des Professors Szymanski gebe, die über Elektrotechnik Vorlesungen halten könnte, schließt die Debatte. In zweiter Beratung wird der Antrag Schwalbe und sodann auch der Antrag Vorkmann mit großer Mehrheit angenommen.

Die durch Beschluß vom 15. Dezember 1898 vorläufig festgestellte Fluchtlinie für eine neue Straße 5a VIII zur Verbindung der Siemens- und Turmstraße im Zuge der Ottostraße soll, dem Verlangen des Ministers der öffentlichen Arbeiten entsprechend, mit Rücksicht auf die Verkehrsbedürfnisse in der Weise abgeändert werden, daß die Entschlung eines Knickes vermieden und die neue Straße allmählich von dem nördlichsten in den südlichsten Teil übergeführt wird.

Die Versammlung tritt dem Magistratsantrage ohne Debatte bei. Die Umänderung der Gasbeleuchtung in 59 älteren Gemeindefachschul-Turnhallen in Gasglühlicht und die Herstellung rauch- und feuerfesterer Kesselabschlüsse in den Gemeindefachschulen ist in den letzten Schulferien erfolgt und hat ca. 25 000 M. Kosten verursacht, welche nachträglich als Staatsüberweisung bewilligt werden.

An der im Jahre 1903 in Dresden stattfindenden Städte-Ausstellung soll nach einem Antrage des Magistrats auch Berlin sich beteiligen. Von dem für dieses Unternehmen seitens der beteiligten Kommunen eingeleiteten Ausschuss ist zur Deckung der Kosten ein fester Beitrag von je 750 M. auf 1000 Einwohner (alle deutschen Städte von mindestens 25 000 Einwohner dürften ihre Teilnahme erklären) als erforderlich bezeichnet worden. Auch Berlin soll diesen Beitrag zuführen. Die Versammlung stimmt zu.

Nach der neuen Fassung des

Gewerbe-Unfallversicherung-Gesetzes

vom 5. Juli 1900 treten vom 1. Oktober v. J. ab wesentliche Änderungen in der Bemessung der Leistungen ein. Eine Vorlage des Magistrats bezweckt, diese Änderungen auch für die städtischen Arbeiter vor dem erwähnten Zeitpunkt ab in Kraft treten zu lassen.

Ohne Debatte gelangt die Vorlage unbedenklich zur Annahme. Das zur Friedrich-Wilhelm-Kube-Stiftung (Mietverfugung-Anstalt für Lehrer usw.) gehörige Grundstück Müllerstraße 14, dessen Wert auf 263 000 M. abgeschätzt ist, soll für 210 000 M. verkauft werden.

Stadtv. Hünge will die Vorlage ablehnen. Es liege kein Grund vor, unter dem Tagwert herunterzugehen. Der gebotene Preis von 210 000 M. bedeute nur den Nutzungswert, der schon heute durch die Mietzins erzielt werde. Das Grundstück könnte noch ausgebaut und so stärker nutzbar gemacht werden; es würde, wenn dies geschähe, in etwas des herrschenden

Wohnungsnot

abgeholfen werden, da es sich um lauter kleine Wohnungen handle. Mit dieser brennenden Frage müßten sich endlich auch die städtischen Behörden beschäftigen. Döllsdorf und Charlottenburg hätten schon auf dem Wege der kommunalen Herstellung von Arbeiterwohnhäusern die Initiative ergriffen. Berlin solle diesem Beispiel folgen. Der städtische Besitz an kleinen Wohnungen sollte erweitert, nicht verringert werden.

Stadtrat Marggraf: Der übliche Zweck, den der Vorredner im Auge hat, kann bei dieser Stiftung nicht verfolgt werden. Es handelt sich nicht um städtisches, sondern um stiftisches Geld. Das Grundstück ist öffentlich ausgeschrieben worden, und die Angebote haben den Tagwert nicht erreicht; die Grundeigentumsdeputation hält den gebotenen Höchstpreis für sehr angemessen. Wenn die Stiftung ins Leben treten soll, müssen die Grundstücke, wie ja auch die Stiftungsurkunde verlangt, allmählich veräußert werden.

Stadtv. Wallach äußert sich in demselben Sinne.

Stadtv. Hünge: Nach der Vorlage ist nur ein Gebot von Herrn Wolter abgegeben worden; Herr Wolter ist ein Nachbar des

Grundstücks und kann es für seine Maschinenanlagen gut verwerten. Durch eigene Erbauung von Wohnhäusern seitens der Stadt kann letztere sehr wohl der Wohnungsnot steuern; es liegt keine Veranlassung vor, dem Privatunternehmer etwas zu schenken, damit er vielleicht selber billigere Wohnungen bauen kann. Daß er das wirklich tut wird, glaubt übrigens wohl Herr Wallach selbst nicht. Ich beantrage ebenfalls die Verweisung der Sache an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern.

Stadtv. Marggraf: Es sind tatsächlich auch niedrigere Angebote abgegeben worden; die Vorlage beschränkt sich darauf, das höchste zu erwählen.

Unter Ablehnung des Antrags auf Ausschussberatung wird die Vorlage angenommen.

Für die Beschaffung von zwei Baracken und zum Wiederaufbau des abgebrannten

Heimstättengebäudes in Heinersdorf

sollen nachträglich die Kosten von 8096 bzw. 37 508 M. genehmigt werden.

Stadtv. Freudenberg fragt an, ob es bei diesem Neubau nicht möglich sein würde, die Vorkosten zu vermindern; wenn das nicht angehen sollte, wäre es angezeigt, beim Ausbau der Wirtschaftsgebäude darauf Rücksicht zu nehmen, daß die beiden in diesem Sommer provisorisch besetzten Baracken auch weiter in Benutzung genommen werden können.

Stadtrat Marggraf: Für die männlichen Kranken, die im Heinersdorf untergebracht werden, ist ein größeres Bedürfnis nicht hervorgerufen. In Plantensfelde und Polchow ist allerdings ein solches anzuerkennen. Stellt sich auch für Heinersdorf ein Bedürfnis heraus, so werden wir nicht säumen, mit einem Antrage an die Verwaltung heranzutreten.

Die Vorlage wird angenommen.

Zur Erörterung gelangt nunmehr die von uns ebenfalls bereits beleuchtete Vorlage, wonach

1. die ältere Hälfte des Wasserwerks am Tegeler See dergefaßt umgebaut werden soll, daß nicht mehr Oberflächenwasser, sondern Grundwasser zur Verwendung gelangt,

2. das Wasserwerk am Müggelsee, und zwar ebenfalls unter Verwendung von Grundwasser, weiter ausgebaut werden soll.

Zur Ausarbeitung der Entwürfe und zur vorläufigen Beschaffung von Material werden zu 1. 150 000, zu 2. 250 000 M. aus Anleihe-mitteln gefordert.

Stadtv. Rosenow befürwortet Ausschussberatung. Die Vorlage erweise sich unübersichtlich, die Konsequenzen seien aber sehr wichtige und weittragende. Die

Wasserversorgung Berlins

liege augenblicklich sehr im Argen; es handle sich um eine Frage von eminentester Bedeutung für das vitale Lebensbedürfnis der Berliner Bevölkerung. Die Frage der Gewinnung eines einwandfreien Grundwassers sei noch keineswegs gelöst, während der Oberpräsident immer energischer in den Magistrat dringe, in kürzester Frist Abhilfe zu schaffen. Obgleich der Magistrat sich seit 2 Jahren mit der Angelegenheit beschäftigt, sei man noch keinen Schritt weiter gekommen und befände sich nunmehr in der Kalamität mitten drin.

Stadtv. Lüben hält aus denselben Gründen Ausschussberatung für unumgänglich.

Auch Stadtv. Schwalbe tritt für dieselbe ein.

Stadtrat Hirsfeldern bemerkt, daß die Wasserwerksdeputation es in der Förderung der Angelegenheit an nichts habe fehlen lassen. Stadtv. Dr. Freudenberg: Als über die Verunreinigung des Müggelwassers vor einigen Monaten hier verhandelt wurde, stellte sich eine allgemeine Zufriedenheit mit dem vom Magistrat gegebenen Aufklärungen ein, und ich war eigentlich der einzige, der an seinen Zweifeln festhielt. Es freut mich, daß sich jetzt so allgemein die Ansichten geändert haben (Widerpruch), und daß man sich überwiegend der Meinung zuwendet, daß die bisherige Wasserpolitik des Magistrats keine besonders zweckmäßige war. Der Oberpräsident hat doch auch nicht erst jetzt, sondern schon im vorigen Oktober eine ganz ähnliche Verurteilung an den Magistrat erlassen. Wir werden natürlich für die Vorlage stimmen.

Stadtv. Dr. Langerhans: Die Sache ist so wichtig, daß wir uns des Tadels des Beschlusses doch enthalten könnten. Die Abwässer von Reinickendorf fließen schon lange in den Tegeler See (hört, hört! und Heiterkeit.); nur werden jetzt, wo wir im Zeitalter der exaktesten Hygiene leben, die Gemeinden von den Behörden härter herangezogen. Der Magistratsantrag muß zur Annahme gelangen, aber Ausschussberatung halte ich mit allen Vorrednern für durchaus unentbehrlich, damit auch die im Publikum auftretenden Beforgnisse zerstreut werden.

Stadtv. Rosenow: Nicht Herr Kollege Freudenberg allein stellt in dieser Frage die Wichtigkeit und das Gewissen der Versammlung dar (Heiterkeit); ich habe ebenfalls damals meine Zweifel an den bernhardigen Zusicherungen des Magistrats zum Ausdruck gebracht. Der Magistrat hat in der Sache entschieden nicht tadel genug gearditet.

Damit schließt die erste Beratung. Persönlich stellt Stadtv. Dr. Freudenberg nach dem stenographischen Bericht fest, daß in der erwähnten früheren Verhandlung auch Herr Rosenow sich mit den Erklärungen des Magistrats ausdrücklich zufrieden gegeben hat.

Die Vorlage wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats bewilligte in ihrer am Mittwochabend abgehaltenen Plenarsitzung sechs Handwerks-gewerliche Weibissen zum Verkauf dieser Hochgewerbeschulen in Höhe von je 100 bis 120 M. aus dem Gewerlichen Stiftungsfonds, und drei Schülern der Maurer-Hochschule Weibissen von je 30 M. aus dem Fonds für gewerbliche Ausstellungen. Ferner wurde beschlossen, die Fachschule für Buchbinder von der Blumenstraße nach der Wasserhofsstraße 4 zu verlegen und dieser Schule 600 Mark zur Einrichtung in ihrem neuen Heim aus dem Fonds der Abegg-Stiftung zu überweisen. Die Schule wird gegenwärtig von 132 Schülern besucht. — Zur Anschaffung von Maschinen für die Lehrwerkstatt, welche die Klempner-Hochschule eingerichtet beabsichtigt, sollen in den nächsten Jahren 3000 M. eingesetzt werden. — Einem Lehrer der höheren Weiberschule wurde die Fortzahlung seines Gehalts für die Dauer seiner zweimonatlichen Erkrankung bewilligt und die Maurermeister Charles und Knobloch zu Mitgliedern des Kuratoriums der Fachschule für Maurer und Zimmerer gewählt. — Neben ein Besuch der Vereinigten Berliner Ortsgruppen des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verebands wegen Errichtung eines kaufmännischen Schiedsgerichts konnte nicht verhandelt werden, weil der hierzu bestimmte Referent verhindert war, in der Sitzung zu erscheinen. Die Angelegenheit wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt, bezw. die Beschlußfassung über die Verwendung des Vermögens der aufgelösten Seifenfabrik-Zunimung.

Die städtische Schuldeputation hat mit Rücksicht auf die stets zunehmende Bevölkerungszahl des Stadtteils Gesundbrunnen beschlossen, auch in der 140. Gemeindefachschule Prinzen-Allee Fortbildungskurse einzurichten. Der Verein für das Wohl aus der Schule entlassener Jugend hat beim Magistrat den Antrag gestellt um Hergabe von Räumlichkeiten in der Nähe des Örtlicher Ufers zur Errichtung einer Kochschule. Die Schuldeputation hat in Aussicht genommen, für diesen Zweck einen Raum in dem im Bau begriffenen Gemeindefachschulhaus am Örtlicher Ufer zur Verfügung zu stellen.

Lokales.

Den 30. Oktober,

einen Dienstag, hat der Magistrat, wie wir vernahmen, als Wahltermin für die durch den Tod unseres Lieblinges erforderlich gewordene Ersatzwahl im 6. Berliner Reichstags-Wahlkreise in Vorschlag gebracht. Die Entscheidung über den Termin liegt nunmehr beim Oberpräsidenten.

Unsere Parteigenossen werden die Vorarbeiten zur Wahl und die Agitation derart betreiben, daß der Nachfolger unseres unvergesslichen Lieblinges mit möglichst imponierender Stimmenzahl in den Reichstag gewählt wird.

Die Stadtverordneten-Versammlung

nahm gestern nach einer Ferienruhe von zwei Monaten ihre Arbeiten wieder auf. Unter den zahlreichen Beratungsgegenständen, die auf der langen Tagesordnung bewilligte einstimmig den gesamten nur wenige von allgemeinerem Interesse.

Als städtischen Beitrag zu den Kosten des geplanten Sahn-Mozart-Beethoven-Denkmales fordert der Magistrat 10 000 M. Die Versammlung bewilligte einstimmig den gesamten zur Deckung der Herstellungskosten noch fehlenden Rest in Höhe von 12 000 M. Der Antrag auf Erhöhung war von Mitgliedern aller Fraktionen gemeinsam gestellt worden.

Die Frage einer städtischen Wohnungspolitik wurde von unserm Genossen Hünge berührt aus Anlaß der Magistratsvorlage über den beabsichtigten Verkauf eines der Kluge-Stiftung gehörigen Grundstücks. In Berlin treibt man bekanntlich überhaupt keine städtische Wohnungspolitik. Von Seiten der Stadt geschieht hier nichts zur Vinderung der Wohnungsnot und zur Bekämpfung des Wohnungswuchers; das überläßt man andern, weniger großen Städten. Die Wohnung, den städtischen Grundbesitz nicht zu verringern, sondern zu erweitern, ist daher durchaus angebracht. Sie läßt sich zwar mit Bezug auf den Grundbesitz der erwähnten Stiftung nicht gut verfolgen, aber leider ist der Magistrat samt der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung prinzipiell gegen jede Maßregel, die darauf abzielt, dem Treiben des Hansagrariums einen Damm entgegenzusetzen. Stadtrat Marggraf meinte, die Antragsvorlage sei immerhin ganz anerkennenswert. Eine Anerkennung durch Worte ist billig und verpflichtet zu nichts; auf eine Anerkennung durch die That werden wir lange warten können.

In der Vorlage, betreffend den Wiederaufbau der abgebrannten Heimstätte in Heinersdorf und die bei dieser Gelegenheit vorzunehmende Erweiterung dieser Anstalt machte unser Genosse Freudenberg den Vorschlag, die Vorkosten noch stärker zu vermindern, als es vom Magistrat beabsichtigt wird, und durch Erhaltung der provisorisch errichteten Baracken die Möglichkeit zu schaffen, die im Sommer stets sehr zahlreichen Ansuchen rascher als bisher berücksichtigen zu können. Dem gegenüber bestritt Magistratsdeputierter Stadtrat Marggraf, daß für Heinersdorf ein größeres Bedürfnis vorliege. Die Verwaltungsberichte des Heimstätten-Kuratoriums könnten den Herrn Stadtrat eines andern belehren.

Die Angelegenheit der geplanten Umwandlung der Wasserversorgung Berlins führte zu einer längeren Debatte, die mit Ueberweisung der Magistratsvorlage an einen Ausschuss endete. Die Vorlage, in der sich die Stadtgemeinde augenblicklich befindet — sie wird von der Regierung mit Rücksicht auf die wachsende Gefahr einer Verseuchung des Tegeler und des Müggelsees gedrängt, baldigt zu dem Tiefbrunnensystem überzugehen — ist nicht ganz unversuchbar. Sie ist den Fühlern zu danken, die in frühern Jahren gemacht worden sind, und der Sorglosigkeit, mit der man die weitere Entwicklung der Dinge abgewartet hat.

Lieb Vaterland, magst ruhig sein. Achttausend Hektoliter Bier in Pässern hat die Militärverwaltung, wie bürgerliche Blätter melden, den ostasiatischen Truppen, einschließlich der in diesen Tagen abreisenden Expedition, mit auf die Fahrt gegeben. Das Bier, in Gebinden, das für die Tropenländer nicht eigens zubereitet worden, ist lediglich dazu bestimmt, den Bedarf der Mannschaften bis zum Äquator zu decken. Darüber hinaus ist es nicht von Bestand, und für die fernere Seereise kommt dann Flaschenbier zur Verwendung, das durch Pasteurisierung für den Gebrauch in der heißen Zone zubereitet worden ist.

Auf den Raum würden nach unserer Berechnung täglich etwa zwei Liter Bier kommen. Bis zum Äquator hat es also mit dem Verdauern keine Not.

Dreihundert Bäckler sagte gestern, wie die „Berl. Ztg.“ meldet, in einer Vorerberatung folgende:

Wenn wir etwas erreichen wollen, dann müssen wir jetzt mit Fächtigungen anfangen. Wenn wir erst einmal angefangen haben, dann wird uns die Sache schon Spaß machen. Sie müssen den Juden in allen Theatern, in allen öffentlichen Gärten, überall, wo sich so ein widerwärtiger Jude zeigt, mit Knütteln oder was sonst in der Nähe zum Hauen ist, verhanen, auf die Judenbände losdrücken. Gauen das ist eine ganz famose Sache. Es muß wieder mehr gedrohen werden, dann wird es wieder besser werden in der Welt. Die Judenfrage ist nur durch rassistische und kolossale Verteilung zu lösen. Deswegen, meine Herren, machen Sie jetzt eine schnelle Klade auf die Judenbände. Wenn wir auf unser Minister und Staatsmänner warten wollen, dann können wir lange warten. Wie Sie gehört haben, bin ich neuerdings wieder angeklagt worden. Da kommt doch Leben in die Bude! Einem jüdischen Assessor, der zu mir sagte: „Wegen Sie ja, daß Sie sich gegen den Paragrafen 118 vergangen haben, geben Sie’s zu?“ erwiderte ich: „Ich gebe gar nicht zu.“

Die hiesigen Vorer sagen gleich ihrem Führer, daß Vorsicht der bessere Teil der Tapferkeit ist, und lassen es halbwegs bei großen Worten bewenden. Leider ist man in Weipreuzen und andern Gegenden des dunkelsten Deutschlands nicht so vorsichtig; manchem armen dummen Teufel ist dort die rabau-antisemitische Propaganda der That recht übel bekommen.

Eine Preiserhöhung für das Mittagessen um 10 Pf. hat gestern auch der Verein der Berliner Weibierwirte beschlossen. Begründet wird die Preissteigerung mit der Verteuerung aller Rohmaterialien, des Heizmaterials und den ganz enormen Mietsteigerungen für Geschäftslokale. Ueber die Stichhaltigkeit der Gründe für die Preissteigerung ist weiter kein Wort zu verlieren. Wenn nur der Arbeitsdienst der Bevölkerungsschichten, die am meisten unter der Teuerung und Auspöherung zu leiden haben, einigermassen zu den Preissteigerungen im Verhältnis stände.

Zu dem vom Charlottenburger Magistrat erwogenen Plan, am Orte eine öffentliche Schreibstube zu errichten, schreibt uns der Centralverein der im Adressenwesen Beschäftigten: Wir können einen Vorteil von der Einrichtung dieser „Schreibstuben“ nicht versprechen. — Diefert der Magistrat dafür städtische Arbeit, so werden eine nicht geringe Anzahl Personen, die heute periodisch als Hilfsarbeiter angenommen werden, geschädigt

oder gar gezwungen, das, was sie jetzt als freie Arbeiter verdienen, in Zukunft auf dem Umwege über die „Schreibstube“ als „Armenunterstützung“ zu empfangen. Zudem würden die Zinsen der Schreibstube mit städtischer Arbeit jedenfalls als Lohn der Arbeiter für die Hilfsarbeiter dienen, da man den arbeitslosen Armenunterstützung Erhaltenden doch kaum den Lohn eines freien Arbeiters zahlt. Plant man aber die Schreibstube etwa in der Form der hier seitens des Vereins zur Besserung entlassener Strafgefangener unterhaltenen Schreibstube, indem man das bestehende Zimmer als Wärmehalle ansieht, Vorkältemarkten ausgiebt und auf Privatansprüche wartet, die man zu jedem Preise annimmt — dann um so schlimmer und der „Vorwärts“ hat guten Grund für seine warnenden Worte am Schluss der gestrigen Notiz. Die Arbeit der Adressenschreiber ist heute schon so unlohend wie möglich, und wir fürchten allen Ernstes, daß die berufsmäßigen Adressenschreiber durch diese Institutionen mit der Zeit auch noch auf den Weg zum Armenhaufe gelangen. Darum ist es dringend nötig, daß sie sich Ramm für Mann ihrer Organisation, dem Centralverein der im Adressenwesen und verwandten Branchen Beschäftigten anschließen und, sobald sie beschäftigungslos sind, die von der Organisation eingerichtete Schreibstube, welche sich im Gewerkschaftshaus Zimmer 34 befindet, aufsuchen. — An die Arbeiterorganisationen aber richten wir die Bitte, dieses Unternehmen, welches in Wäde noch ausgebaut werden soll, nach Möglichkeit zu unterstützen.

Nachrichtlosigkeit der Großen Berliner. Die Wagen der südlichen Vorortbahn und die des Halbring zwischen Schöneberg und Nixdorf dürfen auf dem Blücherplatz von jetzt ab nicht mehr halten. Diese Anweisung hat die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft am Sonntag ihren Schaffnern und Wagenführern zugehen lassen, ohne daß auch nur im geringsten dem Publikum eine Mitteilung gemacht worden wäre. Täglich sieht man denn auch Leute auf der neuen, erst vor kurzem hinter der Normaluhr angelegten Rettungsinself der Kunst der Wagen horten und diese hart an dem Inselperron vorbeifahren. Erst am Eingang zur Bellealliancestraße ist jetzt die Haltestelle. Derartige plötzliche Aushebungen von Haltestellen sind bei der Straßenbahn schon öfter erfolgt.

Wie kann man von der Großen Berliner auch verlangen, daß sie das Publikum anständig behandle!

Veranstaltung Stiftung. Die Vogelgesang-Stiftung, aus welcher nach dem Willen des Testators die Bibliotheken unserer Kranken-Anstalten zu vervollständigt werden sollen, ist, wie wir hören, vom Oberpräsidenten beanstandet worden, weil drei bedürftige Verwandte des städtischen Oberarztes Dr. Vogelgesang vorhanden sind, nämlich zwei Tanten und ein Vetter, dieselben, die sämtlich außerhalb wohnen. Die Genehmigung zur Annahme des der Stadtgemeinde Berlin zufallenden Nachlasses von rund 58 000 Mark, so heißt es in dem Erlaß des Oberpräsidenten, „kann ich mit Rücksicht auf die Verhältnisse der genannten Hinterbliebenen nur bewilligen, wenn sich die Stadtgemeinde Berlin bereit erklärt, ihnen eine angemessene Abfindung zu gewähren.“ Nach dem Vorschlag des Oberpräsidenten würde diese Abfindung für die eine der Tanten 10 000 Mark, für den Vetter 5000 Mark betragen und der andere Tante würde eine Jahresrente von 500 Mark lebenslanglich zu zahlen sein. Der Magistrat hat nun beschlossen, den beiden letztgenannten Verwandten die vorgeschlagenen Abfindungen zu zahlen, die 10 000 Mark indes abzulehnen, weil die abzulehnende Tante, die Ehefrau eines pensionierten Oberleutnants Dr. S., in unzulänglichen Vermögensverhältnissen lebe. Die Stadtverordneten-Versammlung wird demnächst über den Magistratsantrag zu beschließen haben.

Einen heftigen Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Omnibus, einer Droschke und einem Obwagen gab es gestern abend in der Friedrichstraße in der Nähe des Dranienburger Thors. Der Omnibus sah die Droschke, die zwischen ihm und dem an der Vordachkante stehenden Wagen eines „fliegenden Obwagens“ hindurchfahren wollte, so heftig, daß sie gegen den Obwagen flog und diesen umwarf. Die Fahrgäste kamen unverletzt davon, auch die drei Führer wurden nicht sehr stark beschädigt. Einen empfindlichen Schaden dagegen erlitt der Obwagentreiber an seiner Ware. Fast sein ganzer Vorrat an schönen italienischen Steinen usw. flog auf die Straße und wurde verdorben. Der bedauernswerte Mann brach über den ihm schwer treffenden Verlust in Thränen aus und mußte sein Geschäft aufgeben. Die Nummer der Droschke, deren Fahrer die Schuld treffen soll, wurde festgestellt.

Ein dreifacher Schwind ist gegen die hiesige Silberwaren-Fabrik von H. Meyer u. Co. versucht worden. Aus Brandenburg erhielt die Firma von einem „Lieutenant Soltan“ den Auftrag, eine Kollektion silberner Pokale zur Ansicht zu senden. Die Firma schickte allzu vertrauensvoll ohne weiteres Waren im Werte von 600 Mark nach Brandenburg, wo sie dem in einem Gasthaus einlogierten Vertreter auch eingehändigt wurden. Sofort nach dem Eintreffen der Sendung machte sich dieser nun aber daran, die Pokale in Brandenburger Geschäften zu verkaufen, und da er sich dabei höchst auffällig benahm, wurde die Polizei benachrichtigt, die sich den „Herrn Lieutenant“ etwas näher ansah und bald feststellte, daß der angebliche Offizier der wohnungs- und stellenlose 27jährige Handlungsgehilfe Emil Sell aus Hildburghausen ist, der früher schon als „Kaufmann Soltan“ sich auch in Schöneberg in der Stubenrauchstraße 4 hatte anmelden lassen. Man nahm den Herrn Lieutenant natürlich schleunigst in Gewahrsam und schickte damit die Firma vor weiterem Schaden.

Ein Cyper des Straßendiebstahls ist die 70 Jahre alte Witwe Wilhelmine Müller geb. Traugott aus der Steinstraße 17 geworden. Die alte Frau machte noch jeden Tag ihren Spaziergang und hatte sich trotz ihrer Schwerhörigkeit auch noch immer im Straßengewühl zurechtgefunden. Am Sonnabendvormittag aber, als sie am Rosenthaler Thor den Fahrdamm überschreiten wollte, überhörte sie den Ruf eines Kutschers, wurde von der Deckel eines langsam fahrenden Geschäftswagens umgestoßen und am Hinterkopf überfahren. Im Moabiters Krankenhaus, in das ein Lächler Rettungswagen sie brachte, ist sie jetzt ihren Verletzungen erlegen.

Die Brände von Straßenbahn-Wagen mehrten sich jetzt in geradezu unheimlicher Weise. Seit Sonntag ist kein Tag vergangen, an dem nicht durch derartige Unfälle der Straßenbahn-Betrieb gestört und die Passagiere gefährdet worden sind. Nachdem bereits am Sonntag ein durch Feuer nicht unerheblich beschädigter Wagen nach der Reparatur-Werkstätte geschafft worden, wurden am Montag in der Köpenickerstraße in der Nähe der Feuerwache die Accumulatoren eines Wagens durch Brand beschädigt. Das Feuer konnte jedoch mit Hilfe von Vorkältemarkten unterdrückt werden. Von einem gleichartigen Unfall wurde auf der Treptower Chaussee ein Wagen der Linie Behrenstraße-Treptow betroffen. Mittwoch geriet, wie schon gemeldet, am Potsdamer Thor ebenfalls ein Wagen in Brand. Der Kurzschluß, durch den die Brände veranlaßt werden, wird verursacht teils durch die zerfetzende Wirkung der Accumulatoren-Säuren, teils durch die vagabondierenden Ströme. Die letzteren machen sich besonders bei starker Witterung bemerkbar.

Bei der Arbeit vom Tode überrascht wurde Mittwochabend der 58 Jahre alte Antreiber Reinhold Schmöder aus der Linienstraße 230. Der alte Mann konnte seit zehn Jahren eines Bruchleidens wegen in seinem Beruf nicht mehr arbeiten und verdiente sein Brot damit, daß er in einem Gasthof in der Rhen-Ringstraße beim Ausspannen und Ab- und Zutragen half. Gestern abend brach er vor dem Hause Nr. 22 plötzlich zusammen und starb auf dem Flur unter den Händen eines Arztes, wahrscheinlich an einem Herzschlag. Die Leiche wurde zur Feststellung der Todesursache in das Schauhaus gebracht.

Von seinem eignen Wagen überfahren wurde heute morgen an der Ecke der Großen Hamburger- und Dranienburgerstraße der 27jährige Vierfahrer Hermann Niepmann aus der Invalidenstr. 5. Infolge Zusammenstoßes seines Wagens mit einem Melchwagen

wurde er vom Rad gefleudert und fiel unter seinen Wagen. Die Räder gingen dem Unglücklichen über den Leib. Er wurde mittels Droschke in die Charité gebracht, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Ein gefährlicher Fabrikbrand kam gestern früh 1/4 Uhr in der Alexanderstraße 97 zum Ausbruch. Das große, drei Höfe umfassende Grundstück ist durchweg mit Fabrikbetrieben besetzt. Im dritten Stock des zweiten Energiegebäudes befindet sich die Metallschleiferei und galvanische Anstalt von E. Engel, in deren Schleifsaal das Feuer auf nicht ermittelte Weise ausbrach. Es wurde erst bemerkt, als die von der Hitze gebohrten Fensterheben auf den Hof flogen, konnte dann aber auch durch kräftiges Eingreifen der Feuerwehr unter Leitung des Branddirektors Giersberg bald zu Stehen gebracht werden. Als ein Glück muß es betrachtet werden, daß die über dem Brandherde im vierten Stock liegende Kontostickerfabrik und Buchbinderei von Julius Rosenthal gehalten werden konnte, da die dort lagernden Papierbörse die Ausdehnung des Brandes wesentlich begünstigt hätten. Da jedoch die Dede zum vierten Stock stark gelitten hatte, so wurde das während des Brandes erschienene Arbeiterpersonal der Rosenthal'schen Fabrik wieder nach Hause geschickt. Eine größere Betriebsstörung wird indessen in den beiden Fabrikbetrieben nicht eintreten.

Im Streit schwer verletzt wurde gestern, Donnerstag, nachmittag ein Arbeiter Gollmig in dem Hause Schiffbauerdamm 20. Der Förster Gardle, der hier ausging, machte seinem eingehenden Nachfolger den Vorwurf, daß er ihn durch billigeres Angebot an den Grundbesitzer verdrängt habe. In dem Streit, der darüber entstand, schlug der neue Förster den Schwiegersohn des Gardle, dem Arbeiter Gollmig, mit einem Gashahnhüchler vor die Stirn und verletzte ihn so schwer, daß ein Schuttmann des 5. Reviers ihn mit einer Droschke in die benachbarte Charité bringen mußte. Auf beiden Seiten bildeten sich Parteien, die nun ebenfalls an einander gerieten. Mehrere Teilnehmer an der Schlägerei wurden polizeilich festgesetzt.

Das Komitee für Ferienkolonien teilt uns mit, daß Sammelbüchsen, die in Barchinien etc. aufzustellen sind, im Bureau Krausenstraße 5 abgegeben werden.

Die Verbreiterung der Kommandantenstraße zwischen der Linden- und der Deuthstraße ist schon seit etwa zwei Jahren in der Hauptstraße beendet, aber auf der Südseite verließ die Vordachkante des Bürgersteigs bisher immer noch in der alten, den Fahrdamm stellenweise stark einengenden Bildung. Erst jetzt wird hier der Bürgersteig durchgängig auf die bebauungsplanmäßige Breite eingeschränkt und der Fahrdamm entsprechend verbreitert. Der „Großen Berliner Straßenbahn“ wird damit die Möglichkeit gegeben, die in diesem Teil der Kommandantenstraße geplante Gleisverbindung mit der Lindenstraße auszuführen. Die Konzeption dazu ist ihr bereits im Frühjahr erteilt worden. Durch diese kurze Ergänzungsstraße wird für die Straßenbahn ein neuer, bequemer Zugang von der Luisenstadt nach der Friedrichsstadt und den anschließenden Stadtteilen geschaffen werden.

Feuerbericht. Eine Reihe kleiner Brände erfolgt am Donnerstag, 26. September, 08, Curvstr. 45 und Havelbergstr. 12 gingen Kleidungsstücke und Wäsche in Flammen auf. Reichenbergstr. 47 brannten Tische und Regale. Außerdem erfolgten Alarmierungen aus unbedeutenden Anlässen nach Reußstr. 61, Luisen-Ufer 41, Gorgenstr. 5 und Thierstr. 20.

Jungen gesucht. Die Personen, welche am 6. August früh 7 1/2 Uhr in der Brückenstraße gesehen haben, wie der Bergolder Hebenstreit von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn überfahren wurde, werden gebeten, sich bei der Witwe des Verunglückten, Frau Hebenstreit in Rummelsburg, Prinz-Albertstraße 5, zu melden.

Die Direktion des Circus Busch teilt uns mit, daß der Circus nächstens nach Berlin kommen und die Reichshauptstadt mit einem Veltausstellungs-Programm überraschen wird.

Aus den Nachbarorten.

Magistrat und Deputation in Nixdorf gegen die Streiklausel. Die Nixdorfer Deputation hatte kürzlich die Vergabe der Erd- und Maurerarbeiten für den Turnhallenbau in der Kopfstraße zu erörtern und zu beschließen. In der Submission bewarben sich fünf Unternehmer darum. Die höchste Forderung betrug 38 229 Mark, die niedrigste 15 397 Mark. Der Zweifelhöchstfordernde, Maurermeister Kleme aus Nixdorf, verlangte 20 732 Mark und wollte beim eventuellen Abschluß die Streiklausel in den Vertrag mit ausgenommen haben. Ein Vertreter des Magistrats teilte mit, daß der Magistrat beschlossen habe, keine Arbeiten an solche Submittenten zu vergeben, welche die Streiklausel zur Bedingung machten. Die Kommission schloß sich diesem Beschlusse an. Den Zuschlag erhielt der Mindestfordernde.

Die Scharfmacher halten kürzlich die Nachricht verbreitet, daß auch Nixdorf sich für die Streiklausel erklärt hätte. Nun kommt die Lügenhaftigkeit dieser Tendenznachricht an den Tag.

Charlottenburg. Die erste Stadtverordneten-Sitzung nach den Ferien fand am Mittwochnachmittag statt. Die umfangreiche Tagesordnung wurde verhältnismäßig rasch erledigt, da die meisten Vorlagen des Magistrats ohne erhebliche Debatten angenommen wurden. Nur wenige Punkte wurden nicht so rasch erledigt.

Der Magistrat beantragte, zwei Grundstücke, Ballstr. 25 und 26, zum Preise von 68 000 und 90 000 Mark anzukaufen, weil dadurch das dahinterliegende im städtischen Besitz befindliche Gelände erheblich an Wert gewinnen würde. Stadtv. Ströbler hielt den geforderten Preis für zu hoch und beantragte Ablehnung der Vorlage; die Befürworter meinten, er müßte der Stadt später doch ein Anerbieten machen. Bürgermeister Matting fürchtete wohl nicht mit Unrecht, daß später höhere Preise gezahlt werden müßten. Die Vorlage wurde schließlich an einen Ausschuss von 9 Mitgliedern verwiesen.

An der Forderung für einen Schuldener in neuen Gebäude des Reformatoriums am Savignypfad wurde eine Streichung vorgenommen. Die Beihilfe für Reinigung soll erst von der Zeit an zur Auszahlung kommen, wenn der Unterricht in den neuen Räumen eröffnet worden ist.

Eine längere Diskussion knüpfte sich an die Vorlage, die Etats-Uebersichtungen der Kasse der Casanustalten für das Jahr 1899 zu genehmigen. Stadtv. May brachte hierbei die Coalsfrage zur Sprache und fragte an, warum kleine Leute oft nur einen halben Scheffel Coals erhalten könnten. Es sei vielleicht angebracht, in Zukunft dem Großunternehmer, welcher Coals abnehme, weniger entgegen zu kommen. Stadtv. Samter glaubte die Coalsnot daraus zurückführen zu können, daß viele Leute aus Furcht vor einem Steigen der Preise ihren Bedarf für den Winter schon jetzt einkaufen wollten. Es seien 720 000 Hektoliter Coals vorhanden gewesen, von denen ein Großunternehmer 240 000 erhalten habe, so daß also 480 000 für den Einzelverkauf verblieben. Uebrigens würde bei der Wintercampagne so viel Coals produziert werden, daß jeder Wunsch nach Coals befriedigt werden könne. Stadtv. Warnow II erklärte dieses für die Hauptfrage, obgleich in keiner Weise gesagt war, daß die Preise im Winter dieselben bleiben würden. Der Redner glaubt sogar, daß sie im Winter noch weiter steigen würden. Dem kleinen Mann ist aber keineswegs damit gedient, daß die Casanustalten Coals haben, wenn die Heizung so teuer ist, daß er sie nicht kaufen kann. Die Coalsfrage scheint uns daher durch die Erklärungen des Magistrats durchaus noch nicht in zufriedenstellender Weise gelöst.

Aus Nixdorf. Das Erntefest auf dem Nixdorfer Riefelgut Waghmannsdorf wurde alljährlich bei Mist, Lanz, Preibler etc. auf Gemeindelosten begangen. Dabei ist es wiederholt zu unliebsamen Vorgängen gekommen. Einige Teilnehmer verstanden das: „Immer mit Wagen!“ falsch. Die

Socialisten in der früheren Gemeindeverwaltung regten schon vor Jahren an, den Leuten statt des Preiblers und Preiblers lieber ein höheres Erntefest — dies betrug 3 Mark — zu geben. Damals fanden unsere Genossen keine Gegenliebe. Jetzt hat nun der augenblickliche Administrator des Guts, Herr Kaufmann, der Deputation, der das Riefelgut als Teil der Kanalisationsanlagen untersteht, denselben Vorschlag gemacht. Er berechnete, daß bei den bisherigen Veranlassungen auf die Person einschließlich des Erntefestes 6 Mark gekommen seien. Die Kommission stimmte dieser Anregung zu und beschloß einstimmig, dem Magistrat zu empfehlen, die Festveranstaltung nicht zu wiederholen, sondern den Gutsarbeitern von jetzt ab nach der Ernte stets einen freien Tag, selbstverständlich ohne Lohnabzug, zu gewähren und das Erntefest von 3 auf 6 Mark zu erhöhen.

Versuche mit einem neuen Vasa-Zementpflaster werden zur Zeit in der Ringbahnstraße in Nixdorf gemacht. Das Pflaster ist von Hamburg aus empfohlen worden, wo es am Amerikaquai verwendet wurde. Der Quadratmeter Pflasterfläche soll sich auf 9 Mark stellen, während er bei schwedischen Steinen 11—12 Mark kostet.

Vom städtischen Arbeitsnachweis in Nixdorf verlangten im Monat August 142 Arbeitgeber insgesamt 150 Personen, und zwar 44 Handwerker, 10 Fabrikarbeiter, 88 ungelernete Arbeiter, 12 Dienstmädchen, 7 Fabrikarbeiterinnen, 14 ungelernete Arbeiterinnen, 1 Lehrling und 4 Arbeiter unter 16 Jahren. — Beschäftigung gesucht bezw. Nachweis von Arbeit erbeten haben 311 Personen, die sich wie folgt gruppierten: 45 Handwerker, 30 Fabrikarbeiter, 183 ungelernete Arbeiter, 3 Dienstmädchen, 9 Fabrikarbeiterinnen, 18 ungelernete Arbeiterinnen, sowie 23 Arbeiter unter 16 Jahren. Von diesen erhielten Arbeit nachgewiesen 152 Personen, und zwar 39 Handwerker, 10 Fabrikarbeiter, 81 ungelernete Arbeiter, 1 Lehrling, 4 Fabrikarbeiter unter 16 Jahren und 17 weibliche Personen. Der Fernsprecher wurde in 107 Fällen benutzt.

Vermischtes.

Ein Grabenunglück. Wie man aus Raitowitz meldet, wurden auf dem Bahnhofsamt der „Königsgrube“ vier Bergarbeiter von herabfallenden Gesteinsmassen verschüttet. Einer wurde getötet, zwei sind schwer und einer leicht verletzt.

Offenherzigkeit. Die „Münch. neuesten Nachrichten“ erzählen von einer sehr unvorsichtigen Bekanntmachung, die am vorigen Sonnabend von einer Münchener Weinhandlung angeschlagen war: „Wein-Occasion, wegen Geschäftsverlegung. In Fabrikpreisen.“

Mädchenhandel. In Posen wurde, wie man uns von dort schreibt, ein beschäftigungsloser Inspektor verhaftet, der im Verdacht steht, den Versuch begangen zu haben, Mädchenhandel zu treiben.

Die Nordpol-Expedition des Herzogs der Abruzzen hat mit einem Mißerfolg geendet. Nach einer Drahtmeldung aus Hammerfest, 5. Septbr., schleift der Dampfer „Gertha“ gegenwärtig den Dampfer der Expedition des Herzogs der Abruzzen „Stella polare“ südwärts. Eine weitere Meldung aus Hammerfest lautet: Der Dampfer „Gertha“, der vor einiger Zeit mit einer privaten Jagdgesellschaft von hier abgegangen war, war gestern hierher zurückgekehrt, ohne Franz Josefland erreicht zu haben, wo die Jagd stattfinden sollte. Die für den Herzog der Abruzzen bestimmte Post wurde damals dem Herzog nicht zugesellt. Die Insel war mit mehreren Meilen sich hinziehendem Eise umgeben. Die „Gertha“ versuchte vergeblich von mehreren Seiten, an die Insel heranzukommen, traf aber überall große Eisberge an. Der kürzeste zwischen der „Gertha“ und der Insel erreichte Abstand betrug sechs Seemeilen; man wagte aber nicht, da das Eis in starker Bewegung war, das Schiff zu verlassen. Als die „Gertha“ gestern Hammerfest wieder verließ, begegnete sie in der Nähe der Stadt der „Stella polare“. Die Post wurde sofort an Bord gebracht, weshalb die „Stella polare“ nicht mit dem Festland korrespondierte, sondern südwärts weiterging.

Stützen der Gesellschaft. Eine sensationelle Meldung wird dem „Berliner Tagebl.“ aus Budapest übermittelt: Die dortige Polizei kam einer großen und gefährlichen Geldfälscherbande auf die Spur, welcher zwei Advokaten, mehrere Grundbesitzer und andre Leute aus besseren Klassen angehörten. Heute vormittag wurden bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen, darunter auch die des Advokaten Jostan Takacs, der als Agitator bei allen Straßendemonstrationen sich in den weitesten Kreisen der ungrischen Hauptstadt bekannt gemacht hat.

In Havana ist eine Epidemie von gelbem Fieber ausgebrochen. Gestern betrug die Zahl der Todesfälle 83.

Marktpreise von Berlin am 5. September 1900

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

	15.00	15.56	16.00	16.56	17.00	17.56
1) Weizen, gut D. Gr.	15.00	15.56	16.00	16.56	17.00	17.56
„ mittel	15.52	15.48	16.00	16.56	17.00	17.56
„ gering	15.44	15.40	16.00	16.56	17.00	17.56
2) Roggen, gut	14.80	14.78	14.80	14.78	14.80	14.78
„ mittel	14.78	14.74	14.78	14.74	14.78	14.74
„ gering	14.72	14.70	14.72	14.70	14.72	14.70
3) Weizen, gut	15.40	14.90	15.40	14.90	15.40	14.90
„ mittel	14.80	14.40	14.80	14.40	14.80	14.40
„ gering	14.30	13.90	14.30	13.90	14.30	13.90
4) Hafer, gut	10.10	10.20	10.10	10.20	10.10	10.20
„ mittel	10.10	10.20	10.10	10.20	10.10	10.20
„ gering	10.10	10.20	10.10	10.20	10.10	10.20
Rüchstroh	6.82	6.50	6.82	6.50	6.82	6.50
Heu	7.40	7.40	7.40	7.40	7.40	7.40
Größen	40.—	25.—	40.—	25.—	40.—	25.—
Speckschonen	45.—	25.—	45.—	25.—	45.—	25.—
Lein	70.—	30.—	70.—	30.—	70.—	30.—

1) ab Bahn.
*) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 6. September. Getreide. Am heutigen Getreidemarkt war die Tendenz durchweg matt insolge etwas schwächerer Preisermittlungen aus Nordamerika und reichlichen Vorratsangebots von in- und ausländischer Ware. Nordwestlicher Roggen wurde in einigen Posten nach hier verschifft. Daraufhin traten hiesige Kommissionäre als Abgeber für Lieferungen auf. Im Preise war Roggen 0.50 Mark, Weizen 1 Mark billiger zu haben. Am Marke für Futterartikel lag Hefer etwas schwächer, Mais behauptet. Rüböl konnte kein getrigtes Alveolat abhandeln. Weizen 51 Mark. Spiritus 80. Spiritus war im Preise unverändert. Der loco 51 Mark.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

G. N. 100. Soll gelegentlich angezogen werden.
R. 1. 50. Ja. — **Fren.** Die Mutter wird wahrscheinlich als Zeugin vernommen werden. Der Richter kann die Frage nach der Person des zweiten Schwängerers zulassen, wird sie aber voraussichtlich als nicht zur Sache gehörig ablehnen. — **R. P. 21.** Ich in dem vor Gericht abgeschlossenen Vergleich nichts bezüglich der Kassen vereinbart, so haben Sie die Hälfte der entstandenen gerichtlichen Kosten zu tragen und falls Kläger sie veranlagt hat, diesem zu erlassen. Wie hoch diese Kosten sind, läßt sich am Grund Ihrer Angaben nicht feststellen. — **Victoria.** Kommen Sie mit der Police in die Sprechstunde. — **W. W., Nixdorf.** 1. Ja. 2. Nein. — **Wegner.** Watterstraße. Fordern Sie den Wirt auf, die Wohnung bis zum Beginn Ihrer Mietzeit ordnungsmäßig austrocknen zu lassen. Thut er dies, dann müssen Sie einzeln, unterbleibt es, dann brauchen Sie nicht einzuziehen und können Schadenersatz beanspruchen. — **G. P. 100.** 1. 150 Mark. 2. 6000 Mark. — **G. K., Kroschstraße.** Sie haben keinen Anspruch auf Rückzahlung der gezahlten Beiträge. — **52 P.** Soweit sich nach Ihren Angaben beurteilen läßt: Nein. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **A. G.** Ihre Söhne können weder beim Militär noch sonstwo gezwungen werden, sich taufen zu lassen. — **G. M. Ja.** die Konventionalschraube ist einfallig. — **A. P. Sp.** Sie brauchen die Klimente nicht weiterzugeben. Einen Anspruch auf Vergütung ihrer Bemühungen haben Ihre Eltern gegen die Mutter nicht. — **K. P. 3.** Nein